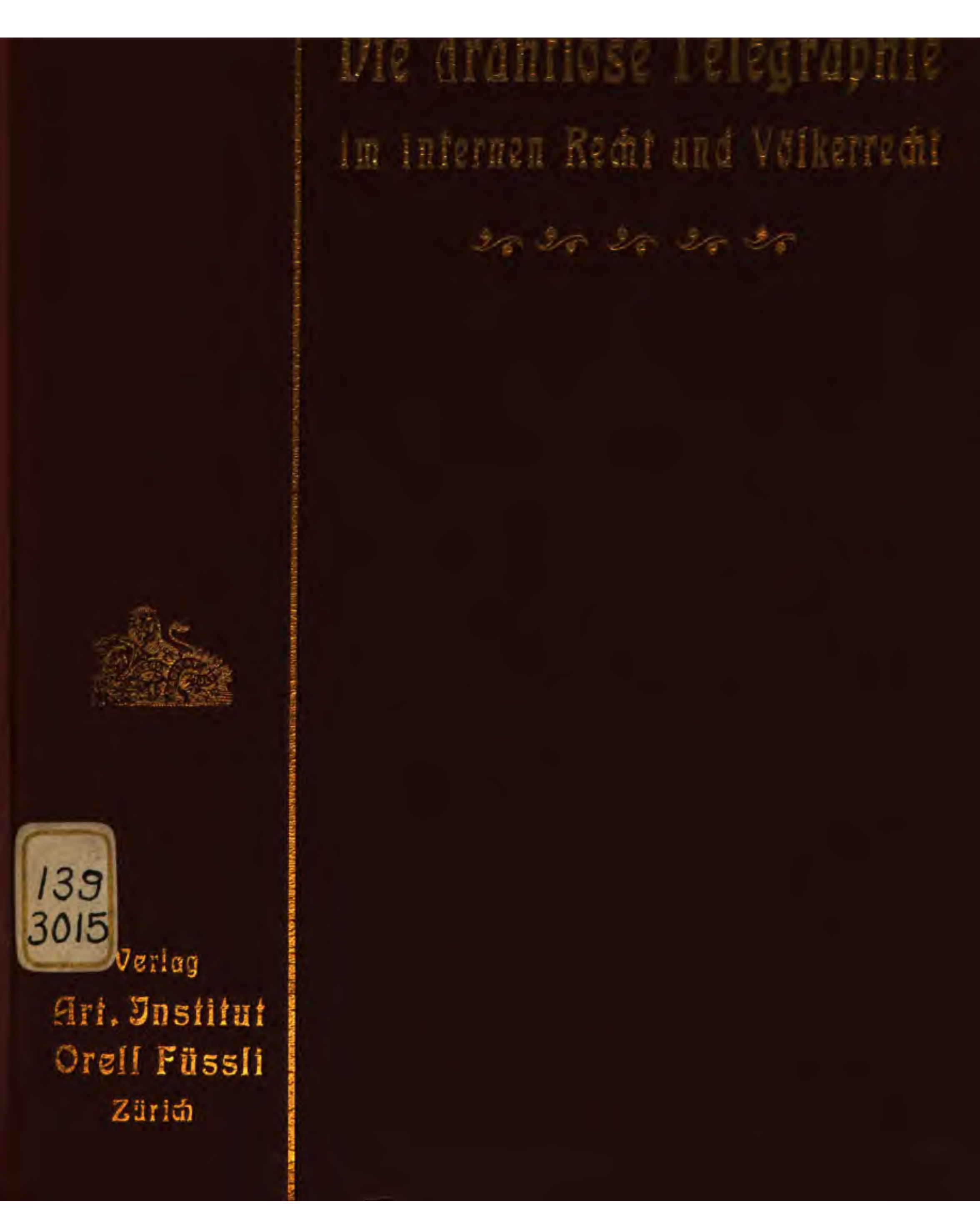

Die drahtlose Telegraphie
im internen Recht und Völkerrecht
Verlag
Art. Institut
Orell Füssli
Zürich


SIGILLVM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV ANG
VE
RI
TAS

Die drahtlose Telegraphie im internen Recht und Völkerrecht



Von

Dr. F. Meili,

o. ö. Professor des internationalen Privatrechts an der Universität Zürich,
Membre de l'Institut de droit international.



ZÜRICH
Verlag: Art. Institut Orell Füssli
1908.

The invention of wireless telegraphy raised many novel problems in international law.

P. S. Reinsch

(American Journal of international law I, S. 585.)

Inhaltsangabe.

Vorwort.

Wenn die Jurisprudenz der modernen Welt sich den Vorbildern der antiken würdig zeigen will, muss sie bei neuen technischen Erfindungen nicht ruhig zuschauen und warten, bis praktische Fälle an sie herantreten. Vielmehr erscheint es als ihre Pflicht, neue Gebilde, sobald sie auf der Bühne des Lebens erscheinen, korrekt und zielbewusst zu erfassen und nach den Rechtssätzen zu suchen, die dafür massgebend sein sollen.

So habe ich denn bei meiner Vorliebe für das moderne Recht geglaubt, die neuen Probleme, welche die wunderbare Institution der drahtlosen Telegraphie aufwirft, einer kurzen Betrachtung unterziehen zu sollen, zumal ich seit langer Zeit darnach strebe, nach und nach den Ehrentitel eines modernen und internationalen Juristen zu verdienen. Indem ich die kleine Studie ausarbeite und publiziere, kehre ich zu meiner Jugend zurück, denn die vorliegende Publikation ist in der Tat eine Art Annex zu der Schrift über das Telegraphenrecht, mit der ich in die juristische Literatur

eintrat (1871). Ich hoffe, dass der Reiz, welcher die Neuheit der drahtlosen Telegraphie umgibt, sich auch ein wenig auf die Gedankenkreise ausdehne, zu welchen ein Jurist durch sie angeregt wird.

Zürich, im Monat November 1907.

D. V.

Einleitung.

Der geheimnisvolle elektrische Funken hat ein neues Gebiet erobert: die sogenannte drahtlose Telegraphie ist erfunden und im Verkehre in Aktion getreten.

Damit erwächst auch den Juristen eine neue Aufgabe, und sie ist denn auch wirklich schon zum Teil in Angriff genommen worden, wenn auch bisher eine zusammenfassende Monographie über das Recht der drahtlosen Telegraphie noch nicht geschrieben worden ist. Namentlich sind einzelne kleinere Schriften und Abhandlungen über solche Fragen, die mit dem Völkerrechte zusammenhängen, publiziert worden.[1] Ganz besonders machte sich das Institut de droit international um die Ordnung der hier auftauchenden völkerrechtlichen Rechtsfragen verdient: es trat ihnen ernsthaft und eingehend nahe. Innerhalb dieser geschlossenen Akademie[2] kommen namentlich die Bemühungen des Referenten (P. Fauchille) in Betracht; denn er ist es, der ein sorgfältiges Referat über ein „Régime international de la télégraphie sans fil" unterbreitete, das dann die Grundlage lieferte für die Resolutionen des Institut, von denen nachher noch gesprochen werden wird.[3]

---

[1]) Vgl. *Scholz,* Drahtlose Telegraphie und Neutralität. Sonderabdruck aus der Festgabe für Prof. Hübler (Berlin 1905); *Rolland,* La télégraphie sans fil et le droit des gens in Revue générale de droit international public XIII, S. 58—92; *Bruno Zuculin,* I cavi sottomarini e il telegrafo senza fili nel diritto di guerra (Roma 1907).

[2]) So nannte ich das Institut de droit international in meinem Buche: Das internationale Zivil- und Handelsrecht auf Grund der Theorie, Gesetzgebung und Praxis I, S. 12 u. 13. Beiläufig gesagt, ist und bleibt es unrichtig, vom Institute für Völkerrecht zu sprechen. Ein hervorragendes deutsches Zeitungsorgan nannte es einmal mit besonderem Sachverständnis ein „Institut für Völkerkunde". Neuestens erschien eine Schrift von *Rafael M. de Labra,* El instituto de derecho internacional (Madrid 1907).

[3]) Vgl. Annuaire de l'Institut 1906 XXI, S. 76—87 (Rapport). Die Diskussion findet sich S. 293 und die Konklusionen S. 327. Vgl. auch *v. Ullmann* in Z. für Privat- u. ö. R. XVI, S. 566/67.

Die praktische Verwendung der drahtlosen Telegraphie erfolgt von der festen Erde oder von Schiffen oder von Luftballons aus. Man darf sagen, dass die neue Erfindung den hauptsächlichsten Schauplatz ihrer Tätigkeit in der Luft habe. Und so liesse sich daran denken, das mit der drahtlosen Telegraphie zusammenhängende Recht gemeinsam mit dem Rechte der Luftschiffahrt unter dem Obertitel des Luftrechts zur Darstellung zu bringen.[4]) Die Literatur hat sich denn auch mit dem Luftrecht in dem hier speziell in Betracht kommenden Sinne schon mehrfach beschäftigt, und insbesondere ist es wiederum das Institut de droit international, das hier tätig war.[5]) Indessen scheint es mir richtiger zu sein, die Gebiete zurzeit noch zu trennen. Das Recht der Luftschiffahrt ist trotz der immensen technischen Fortschritte, die in der neuesten Zeit gemacht worden sind, noch nicht genügend abgeklärt, und seine Bearbeitung wird deswegen am besten noch etwas verschoben, bis reguläre Luftschiffahrten für das Publikum wenn nicht eröffnet, so doch in bestimmte Aussicht gestellt sind. Ich verkenne dabei keineswegs, dass die für die Geburt des Luftschiffahrtsrechtes gesetzte Frist nicht mehr von langer Dauer sein kann.

Der Wirkungskreis der drahtlosen Telegraphie ist naturgemäss nicht auf den internen Staat beschränkt. Diese neue Institution trägt vielmehr den Charakter der Internationalität an der Stirne.

---

[4]) Das Luftrecht hat schon einige Bearbeitungen gefunden; allein verschiedene darüber erschienene Schriften beschäftigten sich mit andern nicht hieher gehörigen Fragen (wie namentlich mit denen der Immissionen). Vgl. *Jurisch,* Grundzüge des Luftrechts (Berlin 1897), *Jurisch,* Das Luftrecht in der deutschen Gewerbeordnung (Berlin 1905) und *Kloess*, Die allgemeinen Sachen Luft und Wasser nach geltendem Rechte, unter Berücksichtigung des Gemeingebrauchs, der Rauchbekämpfungs- und Abwässerungsfrage (Halle a. S. 1907).

[5]) Vgl. *P. Fauchille,* Le régime aérien et le régime juridique des aérostats in Revue générale de droit international public VIII, S. 414—485. Er arbeitete auch ein Projet de règlement sur le régime juridique des aérostats aus (Annuaire de l'Institut XIX, 1902, S. 19. *E. Nys* erteilte ein Korreferat (das. S. 86). Vgl. auch *Nys,* Droit et aérostats in Revue de droit international, Deux. S. IV, S. 501 und *Wilhelm,* De la situation juridique des aéronautes en droit international im Journal du droit international 1891 XVIII, S. 440.



Sie ist denn auch jetzt schon zum Gegenstande einer internationalen Verständigung (Convention radiotélégraphique internationale) gemacht worden: der Staatsvertrag, dessen Inkrafttreten *auf 1. Juli 1908* in Aussicht genommen ist,[6]) kann als die Frucht einer Konferenz von 1906 bezeichnet werden, die in Berlin stattgefunden hat. An die Konvention schliesst sich an:[7])

1. ein Engagement additionnel,
2. ein Schlussprotokoll,
3. ein Règlement de service.

Es schien mir angezeigt, diese diplomatischen Aktenstücke in der vorliegenden kleinen Schrift als Beilagen zum Abdruck bringen zu lassen. Es sind grosse Interessen mit der drahtlosen Telegraphie verknüpft, und es ist dringend geboten, sich mit den daraus hervorgehenden Fragen zu beschäftigen.

Wenn ich von den grossen Interessen, welche an der drahtlosen Telegraphie hängen, spreche, denke ich in erster Linie daran, dass die drahtlose Telegraphie das wissenschaftliche Interesse jedes Gebildeten erregt, und in zweiter Linie daran, dass der wirkliche Erfolg der neuen Erfindung die Errichtung von Verbindungen zu Wasser und zu Lande gegenüber der regulären Telegraphie und der Kabeltelegraphie ausserordentlich erleichtern wird; denn die Kosten der drahtlosen Telegraphie sind naturgemäss viel geringere.

---

[6]) *Bruno Zuculin* bemerkt in der erwähnten Schrift, S. 73: La diffusione sempre maggiore dei vari sistemi di telegrafia senza fili mostrò la necessità di regolarne l'esercizio per mezzo d'una Convenzione internazionale. Die internationale Konvention ist abgedruckt als Supplément zu Nr. 2 des XXXI. Bandes des Journal télégraphique.

[7]) *v. Liszt*, Das Völkerrecht, 5. Aufl. 1907, S. 249 hat davon schon registrierend Notiz genommen. Vgl. auch *P. S. Reinsch,* International Unions and their Administration in American Journal of international law I, S. 585.

Erster Teil.

Die neue Verkehrsanstalt der drahtlosen Telegraphie im allgemeinen.

Historisch wird die glänzende Erfindung, welche zu der drahtlosen Telegraphie führte, angeknüpft an den deutschen Gelehrten Hertz, und die technische und juristische Literatur spricht vielfach von den Hertzischen Wellen (Ondes Hertziennes, Hertzian waves). Diese Bezeichnung rührt davon her, dass es der deutsche Professor Hertz von Hamburg (geb. 1857, gest. 1894 in Bonn) war, der mit elektrischen Wellen von einigen Metern Länge Experimente ausführte. Aber es fehlte ihm dabei, wie man sich poetisch anschaulich, wenn auch ungenau, ausdrückte, das „elektrische Auge": der Kohärer.[1]) Dem Italiener Marconi gebührt die Anerkennung, die latente Theorie praktisch ans Licht gezogen und verwertet zu haben.[2]) Allein man würde zu weit gehen, wenn man glaubte, er sei der Erfinder der drahtlosen Telegraphie.[3]) Auch wäre es nicht

---

[1]) *Eichhorn,* Die moderne drahtlose Telegraphie (Zürich 1906) S. 19.

[2]) Vgl. *Jentsch,* Telegraphie und Telephonie ohne Draht (Berlin 1904) S. 34 u. 35. Natürlich fehlen die Kontroversen auch über die Priorität der Erfindung der drahtlosen Telegraphie nicht. Vgl. z. B. The Electrician vom 15. April 1904, S. 1033. The Electrician nennt sich „a weekly illustrated Journal of electrical, engineering, industry, science and finance". Dieser Zeitschrift entnahm ich viele wichtige Details.

[3]) Eine eingehende und selbständige geschichtliche Darstellung gibt das Buch von *J. J. Fahie,* A history of wireless telegraphy 1838—1899, 2[d] ed. 1900. Dieser Schriftsteller unterscheidet drei Perioden: the possible — 1838; the practicable — 1880; the practical. Historische Angaben über die Entwicklung bis zur Funkentelegraphie finden sich in dem Buche von *E. Nesper,* Die drahtlose Telegraphie und ihr Einfluss auf den Wirtschaftsverkehr, unter be-

richtig, wenn man das neue Verkehrsmittel mit dem Taufnamen Marconi-Telegraphie bezeichnen und sogar von Marconigrammen reden wollte; denn auch die deutschen Forscher und Förderer der drahtlosen Telegraphie (namentlich Prof. Slaby und Braun) haben Verdienste um die weitere Entwicklung der drahtlosen Telegraphie,[4]) die, wie es scheint, nicht minder hoch anzuschlagen sind, als diejenigen Marconis.

In der deutschen Sprache werden, um die Erfindung kurz zu bezeichnen, verschiedene Ausdrücke angewendet. Man spricht von Funkentelegraphie,[5]) Telegraphie mit Hertzischen Wellen, Telegraphie ohne Leitungsdraht, drahtloser Telegraphie und Wellentelegraphie. Die romanischen Sprachen ziehen den Ausdruck Radiotelegraphie vor, während die Engländer die Nomenklatur der drahtlosen Telegraphie (wireless telegraphy) gebrauchen. In der Praxis am meisten verbreitet ist das System Marconi und das der Berliner Telefunkengesellschaft.[6])

Es gibt gegenwärtig in den verschiedenen Staaten der Welt schon mehrere hundert Land-, Schiff- und Küstenstationen für drahtlose Telegraphie. Die Zahl derselben wird auf 680 taxiert. Dazu kommen die mit entsprechenden Apparaten ausgerüsteten Handels- und Passagierschiffe, — man schätzt sie auf 480 und die Zahl der so ausgerüsteten Kriegsschiffe auf 800.[7]) Die Tele-

sonderer Berücksichtigung des Systems „Telefunken“ (Berlin 1905) S. 9—13. Die geschichtliche Entwicklung der elektrischen Telegraphie ohne Drahtleitung ist eingehend geschildert in dem zitierten Buche von O. Jentsch, S. 4—42. Vgl. ferner *Bruno Zuculin,* I cavi sottomarini ed il telegrafo senza fili nel diritto di guerra, S. 71—74.

[4]) Naturgemäss werden die Studien fortgesetzt. Vgl. auch *Tobler*, Progrès récents dans l'appareillage de la télégraphie sans fil. Journ. télégr XXIX, S. 237—243 und ferner XXVI, S. 10.

[5]) *Jentsch,* Telegraphie und Telephonie ohne Draht, S. 4, sagt, die von Prof. Slaby zuerst angewandte Bezeichnung „Funkentelegraphie“ sei für das neue Verkehrsmittel wohl die treffendste.

[6]) Vgl. *A. Carletti*, Über Télégraphie sans fil, speziell über die Systeme Marconi und Telefunken an der Ausstellung in Mailand im Journal télégr. XXXI, S. 221 ff.

[7]) Vgl. *Kareis*, Österreichische Rundschau, 15. Okt. 1907 XIII, S. 122 u. 123. Im Journal télégraphique XXX, S. 1/2 finden sich ein paar Bemerkungen über die Anwendung und Ausbreitung der drahtlosen Telegraphie. Die mexikanische Regierung entschied sich für das Telefunkensystem. Vgl.

funkengesellschaft in Berlin allein besitzt 660 funkentelegraphische Stationen, die über alle Länder und Meere des Weltalls verbreitet sind: 31 verschiedene Staaten sind Abnehmer dieses Systems. Neben diesem System gibt es noch ungefähr acht andere gleichfalls sehr verbreitete Systeme in England, Italien, Amerika, Russland, Dänemark, und ihre Reichweiten variieren nicht unerheblich.

Man war anfänglich stolz darauf, über die Entfernung von einem Kilometer drahtlos zu telegraphieren, und jetzt (1907) ist es möglich, 5000 Kilometer wellenartig zu überbrücken. Gegenwärtig erhalten die auf dem Ozean kreuzenden Schiffe auf derartig ausgedehnte Distanzen täglich, ja stündlich, Nachrichten vom Lande und geben sie eventuell auch ab: es wird auf dem Ozean ein „Schiffstagblatt" ausgehängt, — eine Tatsache, welche überaus wichtig ist für das seelische Wohlbefinden der Reisenden auf den Meeren. Allein diese ständige Verbindung mit der Aussenwelt kann, wenigstens für einen Teil derselben, auch von grosser wirtschaftlicher und geschäftlicher Bedeutung sein. Man denke hier an Kaufleute, die lange Seefahrten zu machen haben, und an grosse kritische Zeitperioden, — sie können dann vom Schiffe aus geschäftliche Operationen treffen. Aber auch abgesehen davon erhöht die drahtlose Telegraphie weiter die Sicherheit der Schiffsdampfer auf den Meeren in ausserordentlicher Weise; denn die Schiffe werden dadurch in den Stand gesetzt, sich unter einander mit anderen Schiffen oder mit Küstenstationen über angetroffene Schiffahrtshindernisse, wie Wracks, schwimmende Eisberge, Nebel usw. zu verständigen.

Es ist natürlich nicht meine Sache, hier auf technische Details einzutreten,[8]) dagegen muss ich immerhin ein paar Bemerkungen,

The Electrician vom 8. Dez. 1905, S. 296. Über die Verbreitung des Marconisystems in Canada vgl. The Electrician vom 17. Aug. 1906, S. 685. Die "Austro-Americana" (österreichische Handelsgesellschaft) hat der Marconi-Gesellschaft die Errichtung von radiotelegraphischen Stationen an Bord aller Passagierdampfer anvertraut (N. Fr. Pr. 3. Okt. 1907). Die spanische Regierung beabsichtigt, in nächster Zeit ungefähr dreissig radiotelegraphische Stationen zu errichten, darunter in Ferrol, Kap Finisterre, Cadix, Teneriffa, Ceuta, Melilla, Malaga, Almeria, Cartagena, Barcelona, Ibiza (auf Mallorca) und Menorca (N. Fr. Pr. 1. Aug. 1907).

[8]) Vgl. die schon zitierten Autoren und *John Stone Stone,* The theory of wireless telegraphy in The Electrician vom 11. Nov. 1904. Es ist dies ein in St. Louis am internationalen elektrischen Kongress gehaltener Vortrag.



die in die Technik einschlagen, machen. Die Sache kann kurz so bezeichnet werden. Von einer Absendestation gehen die elektrischen Wellen ab, und diese werden von Apparaten der Empfangsstation aufgefangen. Die drahtlose Telegraphie besteht nun nicht etwa darin, wie der Name vermuten liesse, dass die Verwendung von Draht ausgeschlossen ist, im Gegenteil, es wird recht viel Draht, der von elektrischen Strömen durchflossen wird, gebraucht. Das Charakteristische an der Sache ist vielmehr der Umstand, dass die korrespondierenden Stationen nicht durch eine fortlaufende metallische Drahtleitung auf der Erde oder in Kabeln in Verbindung stehen.[9]) In der Abgangs- und Empfangsstation bestehen *hochgezogene* Drähte, sog. Antennen (wozu eventuell auch Bäume dienstbar gemacht werden); vermöge derselben kann nämlich eine weit grössere Menge erregter Wellen zur Ausstrahlung und Aufnahme gebracht werden, als dies sonst möglich wäre.[10]) Zum Empfange der Mitteilungen sind weiter bestimmte Einrichtungen (Kohärer, Detektoren, Barreter) nötig. Die Erzeugung der Schwingungen oder Wellen wird nun auch durch Verbrennung von Wasserstoff oder wasserstoffhaltiger Atmosphäre hervorgerufen, und es ist gesagt worden, dass die Anwendung der ungedämpften elek-

---

[9]) Die Telegraphie ohne Draht in diesem Sinne, die man ja auch asymptotische Telegraphie genannt hat, umfasst verschiedene Arten, und zwar hat man dieselben bezeichnet als: *a)* elektrische Hydrotelegraphie, *b)* elektrische oder elektromagnetische Induktionstelegraphie, *c)* elektrische Strahlentelegraphie. Nur mit der letzteren haben wir es hier zu tun. Sie ist die drahtlose Telegraphie im engeren Sinne, an die man zunächst denkt, wenn man von drahtloser Telegraphie spricht. *Blochmann*, Die Entwicklung der asymptotischen Telegraphie, der sogen. elektr. Telegraphie ohne Draht (Berlin) S. 6. *Nesper* a. a. O. S. 25. — *Bruno Zuculin* bemerkt in der schon zitierten Schrift (S. 73/4): Le communicazioni non sono più legate ai fili terrestri o sottomarini che possono esser tagliati dal nemico, ma *volano attraverso l'etere.*

[10]) Marconi selbst führte dies in einem Interview in Amerika aus, wie ich aus dem Werke von *Joseph A. Joyce* and *Howard C. Joyce*, A treatise on electric law comprising the law governing all electric corporations, uses and appliances also all relative public and private rights New York, 2d ed. 1907 I, § 3 Anm. 3 S. 7 sehe: Mr. Marconi said it had been discovered that the distance over which he could transmit messages depended *upon the height* of the vertical wires put up at the receiving and sending station.



trischen Wellen[11]) einem drahtlosen Telegraphensystem eine Abstimmbarkeit (Syntonisation) verleihe, die es unter Umständen ermögliche, dass mehrere Stationen gleichzeitig über dasselbe Gebiet telegraphieren. Man spricht denn auch von drahtloser „Mehrfachtelegraphie“ und versteht darunter die gleichzeitige Abgabe unter sich verschiedener Telegramme. Während man früher fand, dass die Abgabe drahtloser Telegramme zunächst durch lange Strecken geschieden sein müsse, um eine gegenseitige Störung derselben zu verhindern, glaubt man jetzt, dass bei den grossen Stationen gleichzeitig mit differenten Wellenlängen gearbeitet werden könne. Ob die neueste Technik die schädlichen Einwirkungen wirklich fernhalten kann, vermag ich nicht zu beurteilen. Wahrscheinlicher scheint es mir, dass bei der ausserordentlichen Empfindlichkeit der Wellen dieses Ziel noch nicht erreicht ist, wenn es überhaupt erreicht werden kann.[12]) Eine Gefährdung wird namentlich aber dann entstehen, wenn die Wellen von *verschiedenen* Orten aus in *entgegengesetzter* Richtung abgesandt werden.

Die drahtlose Telegraphie funktioniert im Interesse des Staates, und seit kurzer Zeit ist sie auch für den Privatverkehr geöffnet. *Damit ist die neue Telegraphenspielart zum Range einer allgemeinen Verkehrsanstalt erhoben worden.*[13]) Ihr Nutzen springt in die Augen. Sie wird z. B auch von Bedeutung deswegen, weil sie Nachrichten an Orte geben kann, wo die Telegraphen nicht oder zurzeit nicht funktionieren und wo diese Anstalten nicht hingelangen können.

---

[11]) Vgl. dazu *Valdemar Poulsen* (Kopenhagen), Ein Verfahren zur Erzeugung ungedämpfter elektrischer Schwingungen und seine Anwendung in der drahtlosen Telegraphie in der elektrotechnischen Zeitschrift 1906, Heft 45. Es wurde überholt von der deutschen Telefunken-Gesellschaft (Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik, herausgegeben von *Hinneberg*, I. Jahrg., S. 97—102).

[12]) Vgl. indessen *Eichhorn* a. a. O., S. 25. Auch *Kareis* sagt S. 121/2, die neueste Technik halte die Störung fern.

[13]) Laut Zeitungsmeldungen hat die Marconi-Gesellschaft in England am 17. Oktober 1907 *dem verkehrtreibenden Publikum* zwei Stationen zur Beförderung von drahtlosen Telegrammen von London nach Nordamerika geöffnet. — Seit Ende Oktober 1907 bringen englische Blätter umfangreiche drahtlose Telegramme aus New York.

Die drahtlose Telegraphie ist aber nicht bloss ein Verkehrsmittel im Frieden. Sie erlangt auch für den Krieg, mit dem einstweilen und vermutlich noch für längere Zeit ernsthaft gerechnet werden muss, eine hohe Bedeutung, und zwar für den Land- und Seekrieg [14]) Namentlich bedeutungsvoll sind die Küsten- und Schiffstationen für die Kriegsmarine. Es gibt aber auch fahrbare Stationen für das Landheer. [15]) Diese Einrichtungen sind sehr wertvoll bei der Küstenverteidigung, insbesondere bei Küsten mit vorgelagerten Inseln, ebenso bei der Landung von Marinetruppen an einer feindlichen Küste, wo mit Hülfe einer tragbaren Station schnellstens eine Verbindung mit den auf der See liegenden Schiffen hergestellt werden kann. Aber auch in den Landkriegen spielen sie eine Rolle: man denke an einen Gebirgskrieg und überhaupt an Kriege in Gegenden mit besonders erschwerten Wegeverhältnissen.

Um der neuen Verkehrsanstalt einen universellen Taufnamen zu verschaffen, dürfte es sich empfehlen, allgemein von Radiotelegraphie zu reden, — der Ausdruck ist kurz, und er bildet einen geschickten Gegensatz zur gewöhnlichen Telegraphie. Es liegt denn auch durchaus *im Interesse des Weltverkehrs,* dass einheitliche kosmische Bezeichnungen bevorzugt werden. [16]) Immerhin habe ich hier vorläufig noch den Namen der drahtlosen Telegraphie beibehalten.

---

[14]) Vgl. dazu *E. Nesper* a. a. O., Seite 87. Beiläufig füge ich hinzu, dass im August 1907 zwei Depeschen auf funkentelegraphischem Wege vom Eiffelturm nach Casablanca gesandt wurden.

[15]) Dazu gehört der Kraftkarren, der Apparatekarren, der Gerätekarren und der Gasflaschen-Mastenkarren (*Nesper* a. a. O., S. 89 und *Jentsch* a. a. O. S. 143).

[16]) Ich möchte hier nicht wieder auf die Gefahren zurückkommen, die mit dem in Deutschland so sehr grassierenden Sprachpurismus im Verkehre verbunden sind, verweise aber auf die Betrachtungen, die ich in meiner Schrift: Die Kodifikation des Automobilrechts (Wien 1907) S. 20—23 anstellte. — Die italienische Sprache hat auch ein Verbum „radiotelegrafare" geschaffen.

Zweiter Teil.

Die Stellung der drahtlosen Telegraphie im internen Rechte.

Gegenüber der neuen Erfindung nahmen die einzelnen Staaten eine verschiedene Haltung ein, und es lassen sich, wenn man die Sache etwas methodisch zur Darstellung bringen will, verschiedene Gruppierungen vornehmen. Dabei machen wir die Beobachtung, dass die drahtlose Telegraphie zum Gegenstande ihrer gesetzgeberischen Anordnungen gemacht worden ist speziell von solchen Rechtsgebieten und kolonialen Regierungen, die uns etwas ferne liegen und die sonst bei einer rechtsvergleichenden Studie nicht in erster Linie stehen. Allein dies hängt mit der Tatsache zusammen, dass das Mutterland einen bestimmenden Einfluss ausübte, und sodann damit, dass die drahtlose Telegraphie ihren Hauptwirkungskreis auf dem Seegebiet bezw. in der Luft über den Meeren hat.

Man kann drei Gruppen unterscheiden:

1. *Es gibt Staaten, welche die drahtlose Telegraphie einfach als einen Teil des Telegraphenmonopols ansehen und, darauf gestützt, Verfügungen und Anordnungen treffen, welche dieser juristischen Anschauung entsprechen.*

2. *Es gibt Staaten, welche die Errichtung und den Betrieb der drahtlosen Telegraphie ausdrücklich als Monopol erklären und die Verletzung desselben unter Strafe stellen.*

3. *Es gibt koloniale Rechtsgebiete, welche sich nicht damit begnügen, den Monopolcharakter der drahtlosen Telegraphie zu proklamieren oder als gegeben anzunehmen, sondern noch speziell*

den Privaten jede Errichtung von Apparaten auf dem eigenen Grund und Boden verbieten, unter Strafe stellen und Konfiskation der Einrichtungen androhen.

Über diese Verhältnisse ist nun im speziellen zu reden.

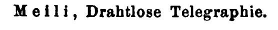
Erstes Kapitel.

Die Anwendung des bestehenden internen Rechts auf die drahtlose Telegraphie.

Wenn man sich frägt, unter welchen positiven Rechtsnormen der internen Gesetzgebung die drahtlose Telegraphie steht, so muss die Vorfrage gestellt werden, ob die neue Erfindung als eine Unterart und, wie man auch sagen kann, als eine weitere Ausgestaltung der bisherigen Telegraphie zu bezeichnen sei oder nicht. Ist die Frage bejahend zu beantworten, so folgt daraus namentlich zweierlei:

1. dass die drahtlose Telegraphie unter *das Staatsmonopol der Telegraphie* fällt, wo es besteht,
2. dass sie auch *in allen andern Richtungen* den Sätzen unterworfen ist, *welche im Telegraphenrecht gelten.* Auf dieser Grundlage sind dann die privatrechtlichen und strafrechtlichen Fragen zu beantworten. Insbesondere ist denn auch für die Klarstellung der Rechte und Pflichten des Staats als Träger des Monopols jener Zustand massgebend, den ich in meinen früheren Schriften als Rechtsnihilismus zu bezeichnen pflegte. [1])

[1]) Vgl. mein Telegraphenrecht (Zürich 1871), 2. Aufl. (Zürich 1873). Ich habe meine Revisionsgedanken ganz bedeutend reduziert in der Broschüre: Die Telegraphie und Telephonie in ihrer rechtlichen Bedeutung für die kaufmännische Welt (Wien 1892), S. 23. In Argentinien und in Nordamerika besteht eine telegraphenrechtliche Haftpflicht. In Nordamerika wird freilich immer noch darüber gestritten, ob die Telegraphengesellschaften unter die common carriers fallen. Die divergenten Anschauungen und Entscheidungen werden zitiert bei *Dewitt C. Moore*, A treatise on the law of carriers. Albany 1906, S. 73 and *Joyce*, A treatise on electric law 2d I 515 ff. Telephongesellschaften gelten als common carriers of news. *Moore* a. a. O., S. 78 und 79 und *Joyce* a. a. O., S. 21.



Die richtige Beantwortung der erwähnten Frage ergibt sich, wenn man sich daran erinnert, dass es verschiedene Modalitäten in der Telegraphie gibt, die denn auch ganz divergierende Funktionen der Telegraphenangestellten mit sich führen. Es ist hier zu erinnern an den Casellischen Pantelegraph (Faksimile-Telegraph), an den Druckapparat Hughes, an das Morsesche System. Die Telegraphie repräsentiert darnach einen *Gattungsbegriff*, und der Sprachgebrauch (diese allgemeine Münzstätte der Geistesbegriffe) hat seinen Umkreis sehr weit gefasst. *Ihr Wesen liegt in der Möglichkeit einer Korrespondenz durch Verwendung der Elektrizität oder anderer ähnlicher Mittel.* [2])

Besonders lehrreich ist in dieser Beziehung das Urteil des englischen Gerichtshofs (Queen's Bench) betreffend die Telephonie vom 20. Dezember 1880. Die Telephonie wurde in England als ein Annex der Telegraphie erklärt. [3]) Allerdings muss anerkannt werden, dass dieses Urteil zum Teil der berühmten Umständlichkeit zu verdanken ist, mit der die englische Gesetzgebung vorgeht: bekanntlich werden den Gesetzen regelmässig Begriffsbestimmungen über die darin verwendeten Ausdrücke mit auf den Weg gegeben, und nun waren die Wörter „telegraph“ und „telegram“ weit und generell gefasst. Darauf gestützt ergibt sich mit Leichtigkeit, dass speziell in England auch die drahtlose Telegraphie dem Telegraph gewissermassen auf dem Wege der Akkreszenz zufällt.

---

[2]) Ich verweise in dieser Beziehung auf die Detailausführungen, welche ich in meiner Schrift: Das Telephonrecht (Leipzig 1885), S. 47—55 gemacht habe. Neben den dort zitierten Autoren ist weiter *Dambach*, Das Telegraphenstrafrecht, 2. Aufl., S. 5 zu erwähnen.

[3]) Dieses Urteil ist in meinem soeben erwähnten Telephonrechte wörtlich abgedruckt (S. 294—309). Es kommt darin eine Stelle vor, welche mit prophetischem Blicke die neue Erfindung erfasste und welche sie zum voraus als einen Teil der Telegraphie registrierte. Der Richter führte nämlich aus: The result of the definition seems to be that any apparatus for transmitting messages by electric signals is a telegraph, whether a *wire is used or not*, and that any apparatus, of which *a wire is not used for telegraphic communication* is an essential part, is a telegraph, whether the communication is made by electricity or not. It would include, on the one hand, electric signals made, if such a thing were possible, from place to place, *through the earth or the air;* and on the other, a set of common bells...

Das Institut de droit international hat sich mit dieser Frage ebenfalls eingehend beschäftigt, und es stellte in dem von ihm in der Session von Gent 1906 angenommenen „Règlement sur le régime international de la télégraphie sans fil" die drahtlose Telegraphie dem elektrischen Telegraphen gleich.[4]) Darin wurde auf den Antrag von Fauchille folgender Satz ausgesprochen (Art. 2):

> A défaut de dispositions spéciales les règles applicables à la correspondance télégraphique ordinaire le sont à la correspondance télégraphique sans fil.[5])

Die Schriftsteller, welche sich neben Fauchille zu dieser Frage bisher geäussert haben, nehmen den gleichen Standpunkt ein. Scholz bemerkt, es könne keinem Zweifel unterliegen, dass funkentelegraphische Einrichtungen unter den Begriff der Telegraphen fallen.[6]) Auch in dem Werke von Joyce wird diese Ansicht vertreten.[7]) Und geistreich bemerkt Rolland, die drahtlose Telegraphie gehöre trotz grosser Verschiedenheiten von der gewöhnlichen Telegraphie zur gleichen Familie.[8]) Es entscheidet nicht die technische Art der Raumüberbrückung, sondern der Effekt.

---

[4]) In dem verdienstvollen Referate von *Fauchille* betreffend ein Régime international de la Télégraphie sans fil wird zutreffend bemerkt (Annuaire de l'Institut de droit international XXI. S. 80): En dépit de ses particularités, dont les principales sont de n'exiger ni établissement matériel entre les stations ni installation permanente, et de poser le problème du droit de l'Etat sur l'atmosphère, *la télégraphie sans fil n'en demeure pas moins un procédé pour correspondre de la même espèce que la télégraphie ordinaire.* Es ergibt sich aus der Diskussion, dass diese Anschauung vom Institut mit grosser Mehrheit geteilt wurde (S. 305/6).

[5]) Vgl. Annuaire de l'Institut de droit international XXI. S. 328 (womit zu vergleichen S. 76 und 293 ff.); *Mérignhac*, Traité de droit public international, II. partie (Paris 1907), S. 417, Nr. 2. Die Konklusionen des Institut de droit international sind in englischer Sprache wiedergegeben in The Electrician vom 28. Sept. 1906, S. 916.

[6]) Vgl. *Scholz*, Drahtlose Telegraphie und Neutralität, S. 19. Damit stimmt auch *Bruno Zuculin* a. a. O, S. 75.

[7]) *Joyce*, A treatise on electric law I, §§ 2 und 3. Die Verfasser fügen bei: At the present time no legal proposition upon this subject have arisen in this country, nor, as we believe, has congressional aid been secured!

[8]) *Rolland*, La télégraphie sans fil et le droit des gens in Revue générale de droit international public XIII, S. 63/4: Le télégraphe sans fil reste un procédé pour correspondre. Il est plus complexe et plus perfectionné que la poste ou le télégraphe ordinaire. *Mais il a malgré tout la même nature.* Surtout

Nach den gemachten Ausführungen unterliegt es, im allgemeinen gesprochen und unter Vorbehalt der Gesetzgebungen der einzelnen Staaten, keinem ernstlichen Zweifel, dass die drahtlose Telegraphie unter den Oberbegriff der Telegraphie fällt. Daraus folgt aber, dass sie überall da, wo ein Staatsmonopol der Telegraphie existiert, als ein Teil dieses Monopols anzusehen ist. Der Betrieb von Anlagen, dieser neuen Spielart der Telegraphie, gehört also in die exklusive Tätigkeit des Staates, wenn und soweit die Vermittlung von Nachrichten in Frage kommt. Man darf dabei nicht etwa sagen, der Schluss gehe deswegen zu weit, weil man zur Zeit der Promulgation der Telegraphengesetze von der neuen Erfindung noch nichts gewusst habe. Für die Frage der Regalität ist es unerheblich, ob die Methode der elektrischen Telegraphie eine Gestalt angenommen hat, welche von der zur Zeit der Promulgation des Telegraphengesetzes *allein* und heute noch *vorwiegend* herrschenden erheblich abweicht. Freilich ist es richtig, dass man, namentlich auch bei der Verwendung des Wortes „Telegraphen*anlagen*“, wie es z. B. im deutschen Reichsgesetze über das Telegraphenwesen vom 6. April 1892 gebraucht wird,[9]) versucht ist, an eine direkte Verbindung der Abgabe- und Endstation zu denken. § 1 des zitierten Gesetzes bestimmt nämlich:

> Das Recht, Telegraphenanlagen für die Vermittlung von Nachrichten zu errichten und zu betreiben, steht ausschliesslich dem Reich zu. Unter Telegraphenanlagen sind die Fernsprechanlagen mitbegriffen.

Liegen bei der drahtlosen Telegraphie „Telegraphenanlagen“ vor? Man kann allerdings von einer Telegraphen*linie* bei ihr überhaupt nicht sprechen, weil das für die Linienbildung wesentliche Element, die zusammenhängende metallische Drahtverbindung der Stationen, fehlt. Auch der Luftraum wird bei der drahtlosen Tele-

---

avec le télégraphe ordinaire il a de très grandes ressemblances. Il est, si l'on peut dire, de la même famille que lui.

[9]) Vgl. zu dem Reichsgesetze *L. v. Bar,* Das Gesetz über das Telegraphenwesen des deutschen Reiches (Berlin) S. 5 und *G. Maas,* Das Gesetz über das Telegraphenwesen des deutschen Reichs vom 6. April 1892 (Berlin 1892). Voraus ging die Schrift von *Maas*: Der Telegraphengesetzentwurf und seine Gefahren (Berlin 1891).

graphie für die *Verbindung* der Stationen nicht in Anspruch genommen. Freilich ragt sowohl der Absende- als der Empfangsapparat meistens sehr hoch in den Luftraum hinein, aber eben in den Luftraum, der sich über einem oder mehreren Grundstücken erhebt. Auch bildet der Luftraum und die Luft das Medium, in welchem sich die elektrischen Wellen von der Absende- zur Empfangsstation (und umgekehrt) bewegen. Aber irgendeine Inanspruchnahme durch *körperliche* Gegenstände, wie bei der gewöhnlichen Telegraphie, erfolgt nicht. Das, was man ein Telegraphennetz nennt, gibt es hier nicht: eine *mechanische* Verbindung zwischen den Stationen liegt nicht vor, vielmehr nur eine rein dynamische. Die Aufstellung der korrespondierenden Apparate zum Zwecke der drahtlosen Telegraphie hängt von den beteiligten Grundeigentümern ab.

Bei der Benutzung des Luftraumes durch Telegraphenanlagen wurde vielfach nur an die Errichtung in den Luftraum hineinragender *körperlicher* Vorrichtungen gedacht, wie Telegraphenstangen samt Zubehör, Drähte usw. In dieser Hinsicht besteht in Deutschland ein besonderes Gesetz: das Gesetz vom 18. Dezember 1899 über die *Telegraphenwege*. Der Titel des Gesetzes ist bezeichnend, und sein § 1 lautet:

> Die Telegraphenverwaltung ist befugt, die Verkehrswege für ihre zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenlinien zu benutzen, soweit nicht dadurch der Gemeingebrauch der Verkehrswege dauernd beschränkt wird. Als Verkehrswege im Sinne dieses Gesetzes gelten, mit Einschluss des Luftraumes und des Erdkörpers, die öffentlichen Wege, Plätze, Brücken und die öffentlichen Gewässer nebst deren dem öffentlichen Gebrauche dienenden Ufer.

Eine Beschränkung des Vorrechtes des deutschen Reiches auf die mit Hülfe der *Elektrizität* betriebene Telegraphie ist im Gesetz nicht ausgesprochen, und ein dahin zielender Antrag wurde ausdrücklich abgelehnt. Bei der Beratung des Gesetzes ist wiederholt darauf hingewiesen worden, dass das Regal nicht nur auf die mit Hülfe des elektrischen Stromes betriebenen Anstalten Bezug habe, sondern dass alle in Zukunft einmal dem Schnellnachrichtenverkehr dienenden Einrichtungen, gleichviel welche bekannten oder noch zu entdeckenden Naturkräfte sie benutzen würden, in den

Bereich des § 1 des Reichstelegraphengesetzes fallen sollen. Aber freilich steht dies im Gesetz nicht ausdrücklich.

Das deutsche Reichsgericht hat den Begriff des Telegraphen extensiv interpretiert; denn es sprach aus, das Wort umfasse alle möglichen Methoden der Nachrichtenvermittelung in die Ferne, gleichviel, ob es sich dabei um die Benützung der elektrischen Kraft oder pneumatischer Bewegungskräfte oder um akustische Zeichen handle.[10])

Übrigens ist von einzelnen Staaten eine gesetzliche Formulierung des Telegraphenmonopols in der Art vorgenommen worden, dass darunter ohne weiteres auch neue Spezialitäten der Telegraphie fallen. So hat das *portugiesische* Dekret von 1866 (ruhend auf dem Gesetze von 1864) bestimmt:[11])

> Toute ligne télégraphique, *de quelque système qu'elle soit* et toute ligne de signaux maritimes destinée au service officiel du Gouvernement et à celui des particuliers, appartient à l'Etat.

Noch weiter geht das portugiesische Dekret vom 21. Dezember 1901, welches bestimmt, dass zum Monopol gehöre (Art. 1):

> L'établissement, l'administration et l'exploitation des lignes télégraphiques et téléphoniques et de tous les moyens pneumatiques, acoustiques, électriques ou d'autre nature, pour l'échange rapide de correspondances et celui de tous les services qui s'y rattachent.

Das *norwegische* Gesetz von 1871 hat dem Staate das Monopol eingeräumt „des communications par télégraphe, téléphone, *ou tout autre moyen de communication analogue*".[12])

Wenn nach den gemachten Ausführungen gesagt werden darf, dass die drahtlose Telegraphie als neue Spielart der Telegraphie unter das Telegraphenmonopol fällt, so folgt daraus weiter, dass auf den neuen Verkehrszweig die ganze in den einzelnen Staaten geltende interne Telegraphengesetzgebung Anwendung zu finden hat. Die neue Erfindung tritt mit andern Worten vollständig in die

---

[10]) R. G. Strafs. XIX, S. 57.

[11]) Vgl. die vom internationalen Telegraphenbureau in Bern herausgegebene verdienstliche Arbeit: La législation télégraphique (Bern 1876) S. 394. *Ich möchte dringend empfehlen, diese Publikation unter Zusammenstellung der seitherigen Gesetze in neuem Gewande herauszugeben.* Eine ähnliche Arbeit sollte auch das internationale Bureau der *Weltpostunion* herausgeben.

[12]) Vgl. mein Telephonrecht S. 43/4.

Rechts- und Gesetzesatmosphäre ein, in welcher die gewöhnliche Telegraphie steht. Eine sichtbare Gesetzeslücke besteht nach den gemachten Ausführungen für die Ordnung des internen Rechts der drahtlosen Telegraphie da nicht, wo eine komplete Telegraphengesetzgebung vorliegt.

Freilich ist es notwendig, wie schon gesagt wurde, den in den einzelnen Staaten bestehenden Rechtszustand speziell ins Auge zu fassen, weil in dieser Richtung wenigstens einzelne Textabweichungen vorliegen. Bekanntlich gibt es ja auch einige wenige Staaten, in welchen eine Monopolisierung nicht besteht. Hierher gehören namentlich die Vereinigten Staaten von Amerika. [13])

Wenn es sich nun darum handelt, anzugeben, welche Staaten sich zunächst mit dem bestehenden Telegraphengesetze begnügt haben, so ist folgendes auszuführen.

Zu dieser Gruppe gehört *Deutschland.* Nachdem das schon zitierte Gesetz über das Telegraphenwesen des deutschen Reichs von 1892 eine positive Grundlage für das Telegraphenmonopol in dem früher besprochenen weiten Umfange geschaffen hatte, durfte die drahtlose Telegraphie als ein Annex der Telegraphie angesehen werden. Das deutsche Reichspostamt hat denn auch am 30. März 1905 eine Verfügung erlassen, betitelt: „Vorschrift für den Gebrauch der Funkentelegraphie im öffentlichen Verkehr“, in Kraft seit 1. April 1905. [14]) Sie besteht aus verschiedenen Teilen.

Unter dem Titel *„Allgemeines“* wird bestimmt:

In dieser Vorschrift bezeichnet:

„Schiffstation“ eine Funkentelegraphenstation auf einem der Seeschiffahrt dienenden Schiffe.

---

[13]) Vgl. mein Telegraphenrecht 2. Aufl. S. 23. In der Zeitschrift The Electrician vom 20. Jan. 1905, S. 534—536 finden sich verschiedene Mitteilungen über eine Regelung der drahtlosen Telegraphie in den V. St. von Amerika (Report on wireless telegraphy), allein sie wurden hernach als unrichtig bezeichnet (The Electrician vom 3. Febr. 1905), indem bemerkt wurde: The present situation is that the Government monopoly is abandoned and commercial companies are permitted to operate.

[14]) Die Verfügung ist abgedruckt im Amtsblatt des Reichspostamts 1905, Nr. 16, S. 57. Sie ist in französischer Sprache wiedergegeben im Journal télégraphique XXIX S. 270.

„Küstenstation“ eine feste Funkentelegraphenstation auf dem Festlande, auf einer Insel oder auf einem dauernd verankerten Schiffe, deren Wirkungsbereich sich auf das Meer erstreckt.

„Funkentelegramm“ das mittels Funkentelegraphen übermittelte Seetelegramm.

Auf den Verkehr mit Funkentelegraphie finden die *im internationalen Telegraphenvertrage* nebst Ausführungsübereinkunft (Londoner Revision 1903) und der *Telegraphenordnung für das Deutsche Reich* enthaltenen Bestimmungen über Seetelegramme Anwendung, soweit diese Vorschriften keine Ausnahme festsetzen.

Die Auswechslung der Funkentelegramme mit dem Reichstelegraphennetze regelt sich nach den für die Seetelegramme erlassenen Bestimmungen.

Der Text der Funkentelegramme kann in jeder der *in der Londoner Ausführungsübereinkunft zum internationalen Telegraphenvertrage* zugelassenen Sprachen abgefasst werden.

In zweifelhaften Fällen liegt die Entscheidung bei der Reichstelegraphenanstalt, an welche die Funkentelegramme zur Weiterbeförderung abgegeben werden.

Unter dem Titel *„Bereich der Vorschrift“* wird gesagt:

Die Vorschrift regelt den funkentelegraphischen Verkehr zwischen den deutschen *„öffentlichen Küstenstationen“* und allen mit ihnen in Verkehr tretenden Funkentelegraphenstationen. Die Stationen auf Feuerschiffen verkehren in der Regel nur mit einer bestimmten Küstenstation und befördern

1. Telegramme (dienstliche und private), die von ihrer Besatzung ausgehen oder an diese gerichtet sind;
2. Telegramme, die ihnen etwa von Schiffen auf anderem als funkentelegraphischem Wege zur Weiterbeförderung zugehen.

Mit Schiffen in See dürfen diese Stationen funkentelegraphisch nur in Fällen der Not verkehren.

Die Küstenstationen, welche nicht „öffentliche Küstenstationen“ sind, (d. h. alle, die nicht unter 5a genannt sind), haben im Verkehr mit diesen nach den für Schiffstationen geltenden Bestimmungen dieser Vorschrift zu verfahren.

Die Vorschrift gilt ferner sinngemäss für den funkentelegraphischen Verkehr der unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe unter sich.

In dritter Reihe wird unter dem Titel *„Dienstbereitschaft der Küstenstationen“* bestimmt:

Jede öffentliche Küstenstation der Reichsmarineverwaltung ist zu jeder Tages- und Nachtzeit betriebsbereit, sofern dieselbe nicht von der vorgesetzten Behörde aus Betriebsrücksichten oder zu Manöver- oder zu Versuchszwecken gesperrt wird.

Die öffentlichen Küstenstationen haben

die Wellenlänge von.	365 m
die Reichweite (auf eine gleiche Station bezogen) ...	200 km
die Reichweite (auf ein Schiff mit 30 m hohem Mast bezogen bei normaler Witterung)	120 km

Hiernach folgt die Ordnung des Verfahrens, und hier finden sich Bestimmungen über:

a) Beförderungszeichen,

b) Reihenfolge der Beförderung (Staatstelegramme, Diensttelegramme, dringende Privattelegramme, nicht dringende Privattelegramme),

c) Anruf,

d) Beförderung,

e) Aufnahme und Empfangsbestätigung.

Zum Schlusse werden „Anrufzeichen der deutschen Küstenstationen und der deutschen Handelsschiffe“ angegeben.

Ferner ist hier *Frankreich* zu erwähnen. Die Textierung des Telegraphenmonopols war in diesem Staate in genereller und bestimmter Weise erfolgt. [15]) So wurde denn auch am 7. Februar 1903 ein Dekret erlassen (Décret relatif à l'établissement et à l'exploitation des postes de télégraphie sans fil destinés à l'échange de la correspondance officielle ou privée). Es enthält folgenden Ingress: [16])

Vu la loi du 2 mai 1837 sur le *monopole* des lignes télégraphiques;

Vu la loi du 9 novembre 1850 sur la télégraphie privée;

Vu le décret-loi du 27 décembre 1851 portant, dans son article premier, *qu'aucune ligne télégraphique ne peut être établie ou employée à la transmission des correspondances que par le Gouvernement ou avec son autorisation;*

---

[15]) Vgl. mein Telegraphenrecht 2. Aufl. S. 12 und mein Telephonrecht S. 40.

[16]) Das Dekret ist abgedruckt im Journal télégraphique, XXVIII, S. 85 und im Bulletin mensuel des Postes et des Télégraphes, 1904, S 63. Der Rapport an den Präsidenten findet sich S. 60—62.

Vu la loi du 5 avril 1878 autorisant l'Administration des Postes et des Télégraphes à consentir des abonnements à prix réduits pour la transmission des dépêches télégraphiques lorsque cette transmission s'effectue en dehors des conditions ordinaires établies pour l'application des taxes télégraphiques;

Sodann bestimmt es:

Article premier. — L'Administration des Postes et des Télégraphes est seule chargée de l'établissement et de l'exploitation des postes de télégraphie sans fil destinés à l'échange de la correspondance officielle ou privée.

Toutefois, les divers services de l'Etat pourront, après entente avec l'Administration des Postes et des Télégraphes, établir et exploiter directement des postes de télégraphie sans fil destinés exclusivement à la correspondance officielle.

Art. 2. — Des postes destinés à l'échange des correspondances d'intérêt privé pourront être établis et exploités par les particuliers après autorisation donnée par le Ministre du Commerce, de l'Industrie, des Postes et des Télégraphes, par application du décret-loi du 27 décembre 1851.

Les arrêtés d'autorisation détermineront les conditions d'établissement et d'exploitation de ces installations.

Später wurde dann gefunden, es sei richtiger, die von dem Departement der Marine aufgerichteten Installationen mit denjenigen der staatlichen Telegraphenanstalt zu vereinigen und ihr die Oberleitung zu überlassen, immerhin in der Meinung, dass die beiden Departemente Hand in Hand zu gehen haben, wenn es sich um neue Einrichtungen oder um Konzessionen an Private handle. Auf diese Weise erklärt sich das Dekret vom 27. Februar 1904 (Décret relatif aux postes côtiers de télégraphie sans fil), das bestimmt:[17])

Art. 1.

Le choix des emplacements des postes de télégraphie sans fil à établir sur les côtes doit, dans chaque cas, faire l'objet d'une entente entre l'Administration des Postes et des Télégraphes et l'Administration de la Marine.

---

[17]) Das Dekret ist abgedruckt im Bulletin mensuel des Postes et des Télégraphes, 1904, S. 65 und 66. Der Bericht an den Präsidenten findet sich daselbst S. 64 und 65.

Art. 2.

Les concessions à des particuliers de postes côtiers de télégraphie sans fil destinés à l'échange de la correspondance d'intérêt privé, prévues par l'article 2 du décret du 7 février 1903, ne pourront être accordées par le Ministre du Commerce, de l'Industrie, des Postes et des Télégraphes qu'après avis conforme du Ministre de la Marine.

Art. 3.

En cas de mobilisation, tous les postes de télégraphie sans fil appartenant à l'Administration des Postes et des Télégraphes et établis sur le littoral, ainsi que ceux concédés sur les côtes à des particuliers seront placés, au point de vue de l'exploitation, sous la direction de l'Administration de la Marine.

Art. 4.

L'Administration des Postes et des Télégraphes assure l'exploitation des postes de télégraphie sans fil sur le littoral. Le Département de la Marine lui cédera, à cet effet, les constructions existantes et le matériel dont il pourra disposer.

Hernach wurde vom Präsidenten der französischen Republik ein vom 28. September 1904 datiertes Dekret [18]) erlassen, aus dem ich den ersten Artikel heraushebe, — er lautet folgendermassen:

Est autorisé l'échange des télégrammes privés entre les navires en mer et les stations radiotélégraphiques situées sur le littoral de la France, de l'Algérie et de la Tunisie qui seront désignées à cet effet par le Ministre du Commerce, de l'Industrie, des Postes et des Télégraphes.

Ces stations côtières pourront être ouvertes au service intérieur seulement ou à la fois au service intérieur et au service international; la date d'ouverture de chaque station, l'étendue et la nature de son service seront fixées par arrêté du Ministre du Commerce, de l'Industrie, des Postes et des Télégraphes.

Italien nimmt eine besondere Stellung ein, weil es der Marconi-Gesellschaft eine Monopolstellung eingeräumt hat. Die von

[18]) Das Dekret ist abgedruckt im Journal télégraphique, XXIX, S. 32 und 33. Es nimmt Bezug auf das Gesetz vom 2. Mai 1837, 9. November 1850, auf ein Décret-Loi vom 27. Dezember 1851, auf Art. 2 des Gesetzes vom 21. März 1878, das Dekret vom 7. Februar 1903, das Dekret vom 27. Februar 1904 und das Dekret vom 29. Mai 1904. Das letztere ist abgedruckt im Bulletin mensuel des Postes et des Télégraphes, 1904, S. 272.

Italien erlassenen Vorschriften gelten nur für Küsten- und Schiffsstationen, die mit Marconi-Apparaten ausgerüstet sind.[19])

In der *Schweiz*[20]) ist die drahtlose Telegraphie bis jetzt noch nicht über das Stadium der Versuche[21]) hinausgekommen, dagegen erliess die schweizerische Telegraphendirektion am 4. Mai 1907 unter dem Titel „Radiotelegramme" ein Zirkular an die Inspektionen und Bureaux I. und II. Klasse folgenden Inhalts:

Telegramme, welche mittelst *drahtloser Telegraphie* (Radiotelegramme) nach Schiffen in See befördert werden sollen, können bis auf weiteres zu nachstehenden Bedingungen angenommen werden:

1. Das Telegramm soll in der Einleitung die Angabe „Radio" tragen.
2. Die Adresse muss enthalten:
   a) Name des Adressaten;
   b) Name des Adress-Schiffes und wenn möglich dessen Nationalität;
   c) Name der Küstenstation, von welcher aus das Telegramm an das betreffende Schiff per Radio übermittelt werden soll.

Aufnahme und Beförderung von Radiotelegrammen erfolgen einstweilen durch folgende Küstenstationen:

Deutschland: Arcona, Borkum (neuer Leuchtturm), Borkumriff, Bulk, Cuxhaven, Helgoland, Marienleuchte, Rixhöft.
Zu beziehen: Taxe für Deutschland nebst einer Zuschlagstaxe von Fr. 1.— per Telegramm.

Frankreich: Quessant (bei Brest), Porquerolles (bei Toulon).
Zu beziehen: Taxe für Frankreich nebst einer Zuschlagstaxe von 75 Cts. per Wort.

England: Crookhaven, Lizard (diese beiden hauptsächlich benützt für Schiffe in der Richtung Amerika), Niton, Rosslare.

---

[19]) Eine kurze Inhaltsangabe findet sich im Archiv für Post und Telegraphie (Berlin 1906), S. 330 und 331.

[20]) Vgl. mein Telegraphenrecht, 2. Aufl., S. 12 und mein Telephonrecht, S. 11 und 24. Das Telegraphenmonopol wurde in der Schweiz seinerzeit auf das Postregal gestützt!

[21]) Das schweizerische Militärdepartement installierte zwei Telefunken drahtlose Telegraphenstationen für eine Verbindung von Rigischeidegg und dem St. Gotthard. Vgl. The Electrician vom 6. Oktober 1905, S. 970.

Zu beziehen: Taxe für England nebst einer Zuschlagstaxe von 63 Cts. per Wort.

Italien: Asimara, Campo alle Serre, Capo Mele, Capo Sperone, Cozzo Spadaro, Forte Spuria, Monte Cappuccini, Palmaria Ponza, San Giuliano, San Maria di Leuca, Viesti, Venezia.

Jedes über eine italienische Küstenstation zu leitende Radiotelegramm hat in der Einleitung die Angabe „M M Radio“ zu enthalten.

Zu beziehen: Taxe für Italien nebst einer Zuschlagstaxe von 63 Cts. per Wort.

Niederlande: Scheveningen.

Zu beziehen: Taxe für Niederlande nebst einer Zuschlagstaxe von

a) 20 Cts. per Wort, im Minimum Fr. 2.— per Telegramm, für Schiffe, welche mit England verkehren.

b) 60 Cts. per Wort, im Minimum Fr. 6.— per Telegramm für Schiffe, welche in der Richtung Amerika verkehren.

Aus dieser Publikation ergibt sich, *dass innerhalb der Schweiz* die drahtlose Telegraphie noch nicht verwendet wird.

Ich gehe nun darauf über, diejenigen Staaten und Rechtsgebiete vorzuführen, welche gefunden haben, es müssen anlässlich der neuen Verkehrsanstalt der drahtlosen Telegraphie neue Normen erlassen werden.

Zweites Kapitel.

Das Eingreifen der Gesetzgebung durch Erlass von Spezialnormen.

Zwei Kategorien sind auseinanderzuhalten, die ich vorher bezeichnet habe.

1. Die Monopolisierung der drahtlosen Telegraphie.

Hier sind folgende Staaten zu erwähnen:

1. *Portugal.*

Im „Règlement pour l’établissement et l’entretien des lignes et des bureaux télégraphiques et téléphoniques de l’Etat“ (Décret

du 28 juin 1902) wird bestimmt (Titel III „Télégraphes sans fils conducteurs“):

Art. 102. L'établissement et l'exploitation de tous les systèmes de télégraphie électrique classifiés *comme télégraphie sans fils conducteurs, télégraphie hertzienne, télégraphie éthérique — ou semblables*, destinés à l'échange rapide des correspondances, sont *le monopole de l'Etat*, aux termes de la législation en vigueur.

Art. 103. Le Gouvernement se réserve le droit exclusif:

a) de l'établissement et de l'exploitation de tous les systèmes de télégraphie, mentionnés à l'article 102, non seulement en ce qui concerne les correspondances terrestres, mais aussi les correspondances entre la terre et la mer;

b) d'exécuter toutes les expériences avec les systèmes et les appareils actuellement inventés dans ce but ou qui pourront l'être à l'avenir.

Art. 109. Le Gouvernement sévira aux termes du titre IV de ce règlement contre ceux qui abusivement tenteront d'exploiter ou qui exploiteront quelqu'un des systèmes de télégraphie mentionnés à l'article 102, ainsi que contre ceux qui exécuteront ou tenteront d'exécuter furtivement des expériences et des essais de ces systèmes ou des appareils respectifs.

§ unique. — En temps de guerre on considérera comme acte d'espionnage la pratique des délits mentionnés dans cet article.

2. *Schweden.*

Es wurde am 26. April 1905 ein Gesetz erlassen („Loi concernant l'établissement des installations électriques de radiotélégraphie ou de radiotéléphonie“). Es enthält folgende Bestimmungen:

§ 1.

Quiconque désire établir dans ce royaume une installation électrique de radiotélégraphie ou de radiotéléphonie, pour l'usage public ou privé, doit solliciter l'autorisation du Roi pour l'entreprise.

§ 2.

A bord des navires destinés à la navigation maritime on peut sans autorisation spéciale établir des installations radiotélégraphiques ou radiotéléphoniques; toutefois les installations établies sans autorisation ne pourront être employées qu'en cours de route et hors de tout district de port.

§ 3.

Les autorisations accordées par le Roi, visées au paragraphe 1er, ne pourront être données que pour un certain temps. En accor-

dant l'autorisation, le Roi prescrit, sous la réserve des droits privés, la manière et les conditions sous lesquelles l'installation pourra être établie et exploitée.

§ 4.

Quiconque établit ou exploite, sans l'autorisation du Roi ou en opposition avec les prescriptions formulées en même temps que l'autorisation, une installation visée au paragraphe 1er, et quiconque exploite une installation visée au paragraphe 2 d'une manière autre que celle autorisée par la loi, sera condamné à une amende de 25—1000 couronnes, pourvu qu'il ne soit pas décerné d'amende pour cette infraction dans le Code Pénal général.

§ 5.

Si une installation visée au paragraphe 1er a été etablie sans autorisation du Roi ou en opposition avec les prescriptions formulées en même temps que l'autorisation, ou bien si l'autorisation d'installation a plus tard été révoquée par le Roi; enfin si une installation visée au paragraphe 2 a été exploitée d'une autre manière que celle permise par la loi, il appartiendra aux gouverneurs des provinces (= Konungens Befallningshafvande) de prendre les mesures nécessaires pour empêcher tout usage de l'installation.

§ 6.

Toute amende infligée d'après cette loi reviendra à l'Etat. Les amendes impayées par suite de l'insolvabilité des délinquants seront converties en peine de prison suivant le Code Pénal général.

§ 7.

Les dispositions de cette loi ne visent point les installations faites pour le compte de l'Etat.

Cette loi entrera en vigueur le 1er janvier 1906.

3. *Dänemark.*

Das Gesetz vom 19. April 1906 („Loi sur les télégraphes sans fil („Radiotélégraphes")[22]) bestimmt:

Art. 1.

L'Etat a *le privilège exclusif* d'établir et d'exploiter des télégraphes sans fil — radiotélégraphes — dans son territoire de terre ferme et dans la mer territoriale.

Art. 2.

Quant au territoire maritime du Danemark il n'est permis de se servir de stations télégraphiques à bord des navires navigant

[22]) Es ist abgedruckt im Journal télégraphique, XXXI, S. 264.

sous pavillon étranger que quand on observe les dispositions données à ce sujet par le ministre des travaux publics. Quand le ministre sera d'opinion que les circonstances l'exigent, il pourra défendre toute communication télégraphique de telles stations et prendre les dispositions nécessaires pour assurer le maintien de la défense.

Art. 5.

Les stipulations contenues dans l'art. 17 de la loi no. 84 du 11 mai 1897 regardant le devoir de silence des employés et des fonctionnaires du télégraphe ainsi que les peines prescrites dans le cas de contravention sont aussi valables pour le télégraphe sans fil — le radiotélégraphe. — De même les stipulations contenues dans l'art. 18 de la même loi regardant les règles analogues sur les employés des compagnies privées peuvent par le ministre de travaux publics être rendues applicables aux fonctionnaires des stations télégraphiques à bord des navires.

Art. 6.

Les contraventions aux dispositions données dans les articles 1—4 sont punies, à moins que le cas en question n'entraîne en même temps une plus grand peine, de confiscation des appareils installés ou employés illégalement; le contrevenant pourra encore être puni d'une amende à payer au fisc et montant jusqu'à 400 couronnes; les causes s'élevant des faits en question sont traitées en causes publiques de police et elles ne pourront être instituées que selon un ordre donné par le ministre des travaux publics.

Tous les intéressés auront à se conformer à ce que nous avons ordonné ci-dessus.

4. *Grossbritannien.*

Dieser Staat war in der Lage, gestützt auf die Telegraphenakte von 1869,[23]) das Monopol über die drahtlose Telegraphie zu beanspruchen, und es bedurfte im Grunde dazu eines Gesetzes ebensowenig wie bei der Telephonie.

Indessen erliess Grossbritannien noch weiter am 15. August 1904 ein Gesetz "to provide for the regulation of wireless tele-

---

[23]) In Grossbritannien befand sich die Exploitation des Telegraphen lange in den Händen von Privatgesellschaften. Vgl. Législation télégraphique, S. 189. Im Jahr 1868 wurde beschlossen, das Telegraphennetz im ganzen Lande aufzukaufen, und der Plan wurde auch durchgeführt; denn seit Anfang 1870 befindet sich die Telegraphie in den monopolistischen Händen des Staates. Vgl. *Meili,* Das Telegraphenrecht, 2. Aufl., S. 23 und Telephonrecht, S. 37.

graphy".[24]) Darin wird jede Erstellung von Apparaten und Werken drahtloser Telegraphie verboten, an eine Konzession gebunden und die Errichtung von Anlagen ohne Konzession unter Strafe gestellt. Ich hebe aus dem Gesetze heraus s. 1 Nr. 1 bis 3 und 7:[25])

1. A person shall not establish any wireless telegraph station, or instal or work any apparatus for wireless telegraphy, in any place or on board any British ship *except under and in accordance with a licence granted in that behalf by the Postmaster-General.*

2. Every such licence shall be in such form and for such period as the Post-master-General may determine, and shall contain the terms, conditions, and restrictions on and subject to which the licence is granted, and any such licence may include two or more stations, places, or ships.

3. If any person establishes a wireless telegraph station without a licence in that behalf, or instals or works any apparatus for wireless telegraphy without a licence in that behalf, he shall be guilty of *a misdemeanour*, and be liable, on conviction under the Summary Jurisdiction Acts, to a penalty not exceeding ten pounds, and on conviction on indictment to a fine not exceeding one hundred pounds, or to imprisonment, with or without hard labour, for a fine not exceeding twelve months, and in either case be liable to forfeit any apparatus for wireless telegraphy installed or worked without a licence, but no proceedings shall be taken against any person under this Act except by order of the Post-master-General, the Admiralty, the Army Council, or the Board of Trade.

7. The expression "wireless telegraphy" means any system of communication by telegraph as defined in the Telegraph Acts, 1868 to 1904, without the aid of any wire connecting the points from and at which the messages or other communications are sent and received: Provided that nothing in this Act shall prevent any person from making or using electrical apparatus for actuating machinery or for any purpose other than the transmission of messages.

5. *Argentinien.*

Am 26. September 1904 wurde ein Gesetz erlassen, wonach die drahtlose Telegraphie unter das Regime der Telegraphie gestellt worden ist. Art. 1 bestimmt:

---

[24]) Der englische *Gesetzesentwurf* von 1904 ist in französischer Übersetzung wiedergegeben im Journal télégraphique, XXVIII, S. 189 und 190.

[25]) Am 20. Juli 1906 wurde dieses Gesetz weiter in Kraft gesetzt bis zum 31. Dezember 1909 (gleichzeitig wurde Sectio 6 aufgehoben).

Declaranse comprendidas en las disposiciones de la ley do Telégrafos Nacionales de sieto de Octubre de mil ochocientos setenta y cinco, a las empresas de telefonos y do radio-telegrafia que liguen un Territorio Federal con una provincia, dos provincias entre si a un punto cualquiera de la Nacion con un estado extrangero.

Am 31. August 1906 wurde der Compañia Marconi de telegrafia sin hilos de Rio de la Plata die Konzession erteilt zur Errichtung von drahtlosen Stationen.

6. *Einzelne englische Kolonien.*[26])

a) British Guyana. Es erliess ein Gesetz vom 31. Januar 1903 („Telegraph Ordinance 1903“). Das Wort Telegraph ist folgendermassen definiert:

as meaning an electric, galvanic or magnetic telegraph, and includes apparatus for transmitting or making telegraphic, telephonic or other communication by means of electricity, galvanism or magnetism, *whether transmitted by wires or without wires.*

b) Kap der guten Hoffnung. Die Regierung erliess ein Gesetz vom 14. November 1902 (The electric Telegraphs Amendment Act). Es bestimmt, dass der im alten Telegraphengesetze von 1861 verwendete Ausdruck „electric telegraph“ so interpretiert werden soll:

as including any system or means of conveying signs, signals or communications by electricity, magnetism, electro-magnetism or *other like agency, and whether with or without the aid of wires;* including the system commonly known as wireless telegraphy or aetheric signalling, and *any improvements or developments of such system;* and the term "line of electric telegraph shall be interpreted as including any apparatus, instrument, mast, standard, wire, substance, matter or thing whatever, which is or may be used for the purpose of sending, transmitting, conveying, or receiving such signs, signals or communications.

c) Gamlia. Es bestimmt The telegraphic establishments (Maintenance of controle) Ordinance 1903:

Wireless telegraphy, including the Marconi apparatus and any similar or other mechanism for the transmission of telegraphic

---

26) Eine Zusammenstellung der hier in Betracht fallenden Gesetze findet sich in der Zeitschrift The Electrician vom 23. Oktober 1903, S. 17 und 18. Gewürdigt werden die Gesetze in einem das. S. 16 und 17 abgedruckten Artikel: Legislation for wireless telegraphy. Vereinzelte Notizen finden sich in The Electrician vom 18. März 1904, S. 879.

messages without the employment of wires or cables, is expressly declared to be a telegraphic apparatus within the meaning of the act.

Die *Goldküste* erliess 1903 einen Akt betitelt "The wireless telegraph Ordinance" ähnlichen Inhalts.

d) Malta. Das alte Telegraphengesetz von 1875 definierte das Wort Telegraph folgendermassen:

as meaning any work intended for the transmission of signals or messages from one place to another through one or more wires.

Und nun wurde 1903 weiter bestimmt:

and any work or apparatus intended for transmitting or receiving messages or other communications by means of electric signals.

Weiter ist Jamaica zu nennen, das the wireless telegraph act 1903 erliess (a. a. O. S. 18) und Lagos, woselbst The wireless telegraph Ordinance 1903 geschaffen wurde, ebenso Hong Kong 1903.

e) Neuseeland.

Das Gesetz vom 26. September 1903 (Act to provide for the establishment and control of stations for the purpose of wireless telegraphy) bestimmt:[27])

2.

The Governor may from time to time establish stations for the purpose of receiving and transmitting telegraph messages within New Zealand or between New Zealand and parts beyond New Zealand by what is commonly known as „wireless telegraphy", including in that expression every method of transmitting messages by electricity otherwise than by wires, whether such method is in use at the time of the passing of this Act or is hereafter discovered or applied.

3.

The provisions of Part I. of "The Electric Lines Act, 1884" shall, so far as applicable, mutatis mutandis, apply to stations established under this Act and to communications by wireless telegraphy.

---

[27]) Art. 1 bestimmt: The short Title of this Act is "The Wireless Telegraphy Act, 1903", and it shall form part of and be read together with "the Electric Lines Act, 1884".

4.

Every person who erects, constructs, or establishes any station or plant for the purpose of receiving or transmitting communications by wireless telegraphy without having first obtained the consent of the Governor in Council is liable to a penalty not exceeding five hundred pounds, and any plant, machinery, instruments, and material used by him for such purpose may be forfeited and dealt with as the Commissioner directs.

2. Weitergehende Bestimmungen.

Hier ist hinzuweisen auf[28])

a) die *Seychelles-Inseln.*

Sie erliessen 1903 "The telegraph and electrical stations Ordinance", die bestimmt:

that no telegraph or electrical apparatus, machinery, or implements whatsoever, whether for the purpose of electrical communications by what is generally known as "wireless telegraph" or for any other purpose connected with the transmission, emission or reception of messages between the Seychelles Islands and any place within or outside, shall be erected or used in any place in the Seychelles Islands, *whether on private property or not*, without the sanction of the Administrator previously obtained. The Administrator may refuse or grant such sanction under such conditions or restrictions as he may think fit. The word "place" shall include any ship or floating conveyance within or without the Seychelles Islands' waters, except vessels of his Majesty's navy...............

b) Bermuda.

Es erliess ein Gesetz vom 23. Juni 1903[29]) "under which it is unlawful for any persons in the Bermuda islands to transmit or receive messages accross the seas by means of any wireless telegraph, *or to instal, erect, construct, establish or maintain* in these islands *any apparatus* for use in telegraphing, unless furnished with a written licence from the governor, under a penalty for a first offence not exceeding £ 25, and for a second or subsequent offences £ 100, and forfeiture of instruments, apparatus etc.

---

[28]) Vgl. dazu The Electrician vom 23. Oktober 1903, S. 17. 18.

[29]) The Electrician vom 18. März 1904, S. 879.

Eine ähnliche Anordnung traf der Gouverneur von *British Honduras.*

c) Bahama.

Im Jahre 1903 wurde, in Ergänzung des Gesetzes von 1902, ein Gesetz erlassen,[30]) wodurch verboten wird:

> to erect, construct, establish or maintain any instrument or apparatus for the purpose of transmitting or receiving such messages.

d) Die Regierung von *St. Lucia* erliess am 30. Oktober 1903 folgende Anordnung:

> It shall not be lawful for any person whomsoever to establish erect, maintain or use in the colony any apparatus or installation of any kind whatsoever for the purposes of wireless telegraphy without having previously obtained from the governor a licence on that behalf to be granted on such terms and conditions as the governor may prescribe.[31])

---

[30]) The Electrician vom 23. Oktober 1903, S. 17.
[31]) The Electrician, 1903, S. 269.

An diese Darstellung über neue Gesetzesnormen reiht sich ungezwungen die Frage an, ob es nicht erwünscht oder gar geboten sei, dass auch diejenigen Staaten, welche bis jetzt keine Normen über die drahtlose Telegraphie erlassen haben, gesetzgeberisch eingreifen.

Die Beantwortung dieser Frage hängt naturgemäss schon im allgemeinen von dem Stande der Gesetzgebung in den einzelnen Staaten ab. Es wiederholt sich dabei zum Teil die gleiche Betrachtung, welche zu jener Zeit angestellt werden musste, als die Telephonie als Verkehrsanstalt auftrat, und damals wurde die Tele-

phonie als ein neues Mittel der Telegraphie erklärt.[32]) Immerhin ist die Frage nicht identisch. So lag speziell im deutschen Reiche die Sache eigentümlich. Dort bestand nicht einmal für das *Telegraphenmonopol* eine legale Basis:[33]) sie musste erst geschaffen werden. Dies geschah durch das Gesetz über das Telegraphenwesen des deutschen Reiches vom 6. April 1892.[34]) Nach § 1 dieses Gesetzes steht das Recht, Telegraphenanlagen für die Vermittelung von Nachrichten zu errichten und zu betreiben, ausschliesslich dem Reiche (bezw. laut § 15 Bayern und Württemberg) zu; vorbehalten sind einige gesetzlich fixierte Ausnahmen, von denen nachher noch zu sprechen sein wird.

1.

Was das *Monopol* anbetrifft, so wird es jedenfalls erwünscht sein, bei erster Gelegenheit die gesetzliche Definition entsprechend zu ändern, wie dies ja auch in einer Reihe von Staaten geschehen ist. Freilich wird in jedem einzelnen Staate speziell zu prüfen sein, ob die gegenwärtig darin geltende Gesetzgebung das Telegraphenmonopol so deutlich und klar feststelle oder umschreibe, dass die Spezialität der drahtlosen Telegraphie darunter fällt, und sodann, ob nicht etwa Einschränkungen des Monopols vorliegen, welche für die korrekte Ausgestaltung und den gehörigen Betrieb der drahtlosen Telegraphie hemmend und störend wirken und ob sie dafür nicht passen.

Auch ist hier das Bedürfnis der Eile ein sehr verschiedenartiges. So hat die Schweiz kaum ein dringliches Interesse, hier

---

[32]) In dem Werke von *Joyce* A treatise on electric law 2d ed. I. § 275 wird richtig ausgeführt: The telephone is regarded as a new means or species of telegraph. The application of the vocal method of transmission of intelligence and news, while a change in detail, is not one in substance of the business for which telegraph companies were granted corporate rights.

[33]) Vgl. mein Telephonrecht, S. 31.

[34]) Vgl. *Maas*, Der staats- und verwaltungsrechtliche Inhalt des Reichstelegraphengesetzes, Archiv für öffentliches Recht, Bd. VII, S. 489 ff; *Stenglein*, Die Post-, Bahn- und Telegraphengesetzgebung des deutschen Reiches (Berlin 1893), S. 57; *Dambach* a. a. O., S. 6.

rasch vorzugehen. Ihre hohen Berge scheinen den Hertzischen Wellen sehr unsympathisch zu sein, und wahrscheinlich brechen sich dieselben an den Bergeshöhen und -gipfeln. Leider besitzen wir ja auch keine Kolonien, und überdies stossen wir nicht an Meere an, durch deren Luftraum wir drahtlose Telegramme senden und empfangen könnten.

Darüber, ob es zweckmässig sei, eine Monopolisierung der drahtlosen Telegraphie vorzunehmen, will ich keine weitern Bemerkungen machen. Denn diese Frage ist in meinen Augen liquid: der Staat soll richtigerweise die neue Erfindung zum Regal erheben und dem Telegraphenmonopol angliedern. Vollends ist klar, dass der Staat das Recht hat, die drahtlose Telegraphie zum Regal zu erklären.

Die modernen Regalien sind gewisse an sich privatrechtliche Befugnisse, welche sich der Staat als solcher im Wege der Gesetzgebung oder des Gewohnheitsrechts aus Gründen des öffentlichen Wohles, beziehungsweise des allgemeinen Interesses, ausschliesslich vorbehalten hat. Das Recht des Staates zu der darin liegenden Beschränkung der Gewerbefreiheit ist aus seiner Souveränität herzuleiten. Das Recht, zu regalisieren, hört dort auf, wo die Souveränität des Staates aufhört.

Eine Reihe von Telegraphengesetzen hat die Errichtung gewisser Telegraphenanlagen freigegeben. So bestimmt § 3 des deutschen Telegraphengesetzes von 1892 folgendes:

> Ohne Genehmigung des Reichs können errichtet und betrieben werden:
>
> 1. Telegraphenanlagen, welche ausschliesslich dem inneren Dienste von Landes- oder Kommunalbehörden, Deichkorporationen, Siel- und Entwässerungsverbänden gewidmet sind;
> 2. Telegraphenanlagen, welche von Transportanstalten auf ihren Linien ausschliesslich zu Zwecken ihres Betriebes oder für die Vermittlung von Nachrichten innerhalb der bisherigen Grenzen benutzt werden;
> 3. Telegraphenanlagen:
>   *a)* innerhalb der Grenzen eines Grundstücks,
>   *b)* zwischen mehreren, einem Besitzer gehörigen oder zu einem Betriebe vereinigten Grundstücken, deren keines

von dem andern über 25 *km* in der Luftlinie entfernt ist, wenn diese Anlagen ausschliesslich für den der Benutzung der Grundstücke entsprechenden unentgeltlichen Verkehr bestimmt sind.

Die Exemption des § 3 Nr. 2 kommt den Transportanstalten zu gut. Zweifellos hat man bei der Redaktion des Gesetzes in erster Linie an Eisenbahnen gedacht, aber diese historische Reminiszenz kann nicht etwa zu einer restriktiven Interpretation des Begriffs der Transportanstalten führen. Unter Transportanstalten sind die auf dauernden Grossbetrieb eingerichteten Transportunternehmungen überhaupt zu verstehen. Ob es sich um Waren- oder Personentransport handle, ist gleichgültig.[35]) Während bei den Eisenbahnen die Telegraphenanlagen durch besondere Vorrichtungen repräsentiert werden, an denen die Eisenbahnlinie vorbeifährt, macht bei der drahtlosen Telegraphie der auf den Schiffen zur See installierte Apparat die Fahrt auf der ganzen Reise mit. Die drahtlosen Telegraphenanlagen auf den Schiffen freilich dienen nicht ausschliesslich den Zwecken ihres Betriebes, obschon man sagen kann, dass wenigstens ein Schiffstagblatt mit drahtlosen Telegrammen auch dazu gehöre. Es kann gewiss nicht geleugnet werden, dass die Orientierung über die Ereignisse der Welt, mit andern Worten, die Zeitungslektüre eines der primitivsten Bedürfnisse des heutigen Kulturmenschen ist. Was würde man zu einem Hotel ersten Ranges sagen, in dem keine Zeitungen aufliegen? Und die grossen Ozeandampfer, die ihre Passagiere tage-, ja wochenlang beherbergen, sind doch, wirtschaftlich angesehen, nichts anderes als „schwimmende Hotels“. Die Beschaffung der Tagesneuigkeiten gehört daher, sobald ein Fortschritt der Technik sie gestattet, zum *Betrieb* eines Passagierdampfers ebenso, wie die Beschaffung der Nahrung oder der Getränke für die Passagiere. Was den in § 3 Nr. 2 des Reichsgesetzes erwähnten konzessionsfreien Betrieb und die Benützung von Telegraphenanlagen „für die Vermittlung von Nachrichten *innerhalb der bisherigen Grenzen*“ anbetrifft, so wird damit auf den Umfang verwiesen, in welchem diese Befugnis für Transportanstalten beim Inkrafttreten des Telegraphengesetzes be-

---

[35]) *Dambach*, Das Telegraphenstrafrecht, S. 12/3.

stand. Massgebend ist hier ein unterm 8. März 1876 vom Reichspostamt veröffentlichtes Reglement.[36]) Nach § 2 dieses Reglements können die Eisenbahntelegraphenstationen Telegramme zur Beförderung annehmen:

a) wenn keine Reichstelegraphenstation an demselben Orte vorhanden ist, von *jedem*.

b) wenn eine Reichstelegraphenstation an demselben Orte besteht, von Reisenden, die mit Eisenbahnzügen ankommen, abreisen oder durchreisen.[37])

Dieses Privilegium, das ursprünglich den Eisenbahnen gewährt worden ist, hat § 3 Nr. 2 R.-G. auf alle Transportanstalten ausgedehnt; es müsste also z. B. auch auf Schiffahrtsunternehmungen sinngemässe Anwendung finden, gesetzt, man würde sogar meinen, dass dieselben dem Monopol des Flaggenstaats unterstehen, — eine Meinung, auf die ich später zurückkomme. Da aber auf dem Meere keine Telegraphenstation des Reiches sich befindet, könnte auf deutschen Schiffen zweifellos konzessionsfrei eine drahtlose Telegraphenanlage errichtet werden.[38])

Ähnliche Ausnahmen finden sich auch in andern Gesetzen.[39]) So bestimmt das portugiesische Dekret vom 21. Dezember 1901 in Art. 1 § 1 und 2 folgendes, nachdem in Art. 1 das Telegraphenmonopol weit umschrieben worden ist:

§ 1er. On ne comprend pas dans ces monopoles:

a) Les communications télégraphiques ou téléphoniques, installées dans l'enceinte d'une habitation, d'un atelier industriel ou d'un établissement commercial;

---

[36]) Zentralblatt für das Deutsche Reich, 1876, S. 155 f.

[37]) *L. v. Bar* a. a. O., S. 9.

[38]) Man *könnte* bei Schiffen auch noch den Exemptionsgrund des § 3 Nr. 3 litt. a anrufen und sagen, es handle sich bei ihnen um einen Ausfluss des Grundeigentumsrechts. Freilich ist dieser Standpunkt sehr gewagt, und er könnte nur darauf gestützt werden, dass Schiffe „schwimmende Gebietsteile" seien. Aber es gibt Juristen, welche diese Anschauung im Ernste vertreten (vgl. dazu auch § 864 Z. Pr. O.).

[39]) Die englischen Ausnahmebestimmungen vom Staatsmonopol sind abgedruckt in Art. 5 des Gesetzes 1869. Vgl. *Shelford,* Law of railways, 4. Aufl., 1869, S. 86.

b) les lignes télégraphiques ou téléphoniques privées qui sont entièrement comprises dans l'enceinte d'une propriété privée, sans traverser, au dessus ou au dessous, les voies publiques ou du domaine public et sans aucune liaison, directe ou indirecte, avec d'autres lignes d'échange de correspondances qui traversent ces voies ou qui se trouvent hors de l'enceinte de la même propriété;

c) les lignes télégraphiques ou téléphoniques, destinées exclusivement au service d'exploitation des chemins de fer d'intérêt général ou particulier.

§ 2[d]. Le Gouvernement pourra, cependant, accorder des autorisations pour l'établissement et l'exploitation de certaines communications télégraphiques aux termes du chapitre IV de ce décret.

2.

Weiter fragt es sich, ob der Inhalt des Monopols hinsichtlich der drahtlosen Telegraphie nicht ausgeweitet werden solle. Die in Europa in Kraft stehenden Gesetzesnormen statuieren in verschiedener Textierung gewisse Ausnahmen vom Staatsmonopol, und es muss untersucht werden, ob sie mit der drahtlosen Telegraphie vereinbar sind. Hier liegt nun freilich ein Gebiet vor, das ich bloss mit einer gewissen Reserve betrete; denn die Frage führt direkt in die Technik hinein. Es wird sich dabei darum handeln, ob die Errichtung und Benützung einer privaten Anstalt der drahtlosen Telegraphie innerhalb privaten Bodens dem Staatsmonopol nicht ohne weiteres schädlich sei oder sein könne.[40]) Verstehe ich die Sache recht, so ist darüber in der Technik das Protokoll jedenfalls noch nicht geschlossen, — ich meine: die Frage sei noch nicht definitiv gelöst. Und vorläufig hat man doch den Eindruck, dass bei der unendlich mimosenhaften Empfindlichkeit der Hertzischen Wellen eine Kollision oder Störung stattfinden kann, sobald ein Privatmann, wenn auch nur innerhalb des Luftraumes, welcher

[40]) In der Zeitschrift The Electrician 23. Okt. 1903, S. 16, wird folgendes gesagt: *It is evident* that, unless specific protective measures are enforced a single wireless telegraph station would render useless all stations within a

sich oberhalb seines Privatterrains (oder Hauses) befindet, drahtlos telegraphieren dürfte.[41])

Wenn dies aber wirklich richtig ist, dann muss das staatliche Monopol der drahtlosen Telegraphie in der denkbar weitesten Gestalt aufgestellt werden, in der Art, dass alle Schranken des bisherigen Telegraphenmonopols (S. 39—42) fallen.

3.

Wenn die positive Gesetzgebung dazu gelangt, anlässlich der drahtlosen Telegraphie neue Normen zu schaffen, so wird auch die Frage zu erwägen sein, ob vielleicht neue Strafrechtsvorschriften, die speziell darauf Bezug haben, eingeführt werden müssen.

Es wird sich empfehlen, die Einrichtungen der drahtlosen Telegraphie auch noch ausdrücklich unter das bestehende *Telegraphenspezialstrafrecht* zu stellen. So geschah es auch bei der Telephonie.

Beiläufig ist aus der schweizerischen Bundesgesetzgebung auch das Bundesgesetz betreffend die elektrischen Schwach- und Starkstromanlagen von 1902 (Art. 55 f.) herauszuheben.

Trotz aller Bemühungen, die Absende- und Empfangsstation auf den gleichen Ton zu stimmen, also eine exakte Syntonisation herbeizuführen, ist es möglich, dass die Hertzischen Wellen auf-

---

certain radius endeavouring to receive messages transmitted by means of Hertzian waves. Sollte dies jetzt absolut nicht mehr zutreffen? Von der Gefahr, von der ich im Texte spreche und von der die erwähnte Zeitschrift behauptet, sie sei evident, redet auch *Fauchille* (Annuaire, XXI, S. 76/7 und *Dupuis* wiederholt dessen Ausführungen in Revue générale de droit international public, XIV, S. 374. Vgl. auch S. 14 oben.

[41]) Im Anschlusse an die schon herausgehobene Stelle wird im Electrician vom 23. Oktober 1903, S. 17, hinzugefügt: Nor would it appear that, under existing law, individuals or a company could be prevented from erecting wireless telegraph stations for their own use and not for the transmission of messages as a business, even if such stations were a source of considerable annoyance and disturbance to the wireless telegraphic service of the Admiralty or any similar service that may be installed for the protection of vessels around our coasts. Moreover, under the existing law of the land there is nothing to prevent a giant station like the one at *Poldhu* from creating such a disturbance in the ether, with the view, for instance, of endeavouring to transmit signals across the Atlantic, as to render impossible the receipt of a Hertzian wave message at any other point on the coast. Die Marconi-Station Poldhu (Cornwallis) ist abgebildet in der Schrift von *Nesper*, S. 19.

oder abgefangen werden können. Liegt dann ein Diebstahl vor? Das Gesetz muss dies aussprechen.

In einem neuen Kleide präsentiert sich also hier die Frage, ob man mit dem bisherigen Diebstahlsbegriffe, der an einer fremden, beweglichen Sache haftet, auskomme: eine Frage, die sich schon früher bei der Elektrizität erhob.[42]) Die Strafrechtswissenschaft wird sich entschliessen müssen, einer neuen Idee Eintritt zu gewähren, dass es nämlich moderne Rechtsgüter gibt, die sich nicht in die bisherige Nomenklatur hineinpferchen lassen, oder aber von Fall zu Fall zu legiferieren.

---

[42]) Vgl. meine Broschüre: Die elektrischen Stark- und Schwachstromanlagen und die Gesetzgebung (Zürich 1899), S. 49—55 und: Der schweizerische Gesetzesentwurf über die elektrischen Stark- und Schwachstromanlagen (Zürich 1900), S. 36—39. *Pipia*, L'elettricità nel diritto, S. 3—6, führt aus, dass die Elektrizität ein Zustand sei. Er verbreitet sich ausführlich über die strafrechtliche Seite der Frage. Vgl. auch *F. Kohlrausch*, Die Energie oder Arbeit und die Anwendungen des elektrischen Stromes (1900), S. 66 ff.

Dritter Teil.

Die Stellung der drahtlosen Telegraphie im Völkerrecht.

In den vorhergehenden Erörterungen (S. 18) ist dargetan worden, dass die drahtlose Telegraphie im internen Rechte unter das bestehende Telegraphenrecht falle. Soweit es sich nun um die *international* bei dieser Institution auftretenden Fragen handelt, muss untersucht werden, welche Rechtssätze *die Theorie des Völkerrechts* zur Anwendung parat stelle, und ob etwa auch *völkerrechtlich* eine Anlehnung gefunden werden könne an gewisse Normen, welche das Völkerrecht hinsichtlich der *gewöhnlichen* Telegraphie aufgestellt hat, sei es im Stadium des Friedens, sei es in dem des Krieges. Dabei kommt ganz besonders zur Erwägung, ob gewisse im Völkerrechte bestehenden Rechtsbegriffe *analog* auf den neuen Tatbestand der drahtlosen Telegraphie ausgedehnt werden können, oder ob etwa hier neue Rechtsprinzipien aufgestellt werden müssen. Das Thema der drahtlosen Telegraphie stand nicht auf dem Programm der Friedenskonferenz von 1907, und obwohl bei dieser grossen internationalen Versammlung fast das ganze professorale Kollegienheft des Völkerrechts diskutiert wurde, blieb doch diese modernste Schöpfung in der Hauptsache unberührt, — immerhin spielte sie auch in jene im Haag ausgearbeiteten Konventions-Projekte hinein, die sich auf die Rechte und Pflichten der Neutralen im Land- und Seekriege beziehen: ich werde sie später zitieren.

Von besonderer Bedeutung ist aber völkerrechtlich die internationale Konvention, die ich schon in der Einleitung (S. 9) erwähnt habe. Diese Konvention mache ich zum Gegenstande besonderer Erörterungen (S. 66 unten).

Erstes Kapitel.

Die Anwendung der geltenden völkerrechtlichen Grundsätze auf die drahtlose Telegraphie.

A. In Friedenszeiten.

Es kommen hier verschiedene Fragen vor, die einer Besprechung würdig sind.

I.

Völkerrechtlich ist zweifellos, dass *die Errichtung und Einführung* von Telegraphenlinien in das Hoheitsgebiet eines andern Staates ohne dessen *vorherige* Genehmigung eine Verletzung des diesem Staate zukommenden Souveränitätsrechts enthalten würde, die Verwicklungen herbeizuführen geeignet wäre. Insbesondere ist zum Landen unterseeischer Telegraphenlinien die vorausgehende Genehmigung der Regierung des Uferstaates als unerlässlich angesehen worden. Wäre diese Genehmigung nicht nachgesucht, so würde der betreffende Staat berechtigt sein, sich von dem Moment an, wo die Telegraphenanlage in den Bereich seiner Staatshoheit eingeführt wird, also bei unterseeischen Kabeln da, wo dieselben sich dem Ufer auf drei Seemeilen nähern, der weiteren Fortführung und Landung zu widersetzen. [1]) Bei der drahtlosen Telegraphie handelt es sich freilich, wie schon ausgeführt, nicht um die Herstellung einer körperlichen Verbindung durch Draht, dagegen sind immerhin jene Einrichtungen, die man als Antennen, Kohärer oder Detektoren kennt, notwendig. *Was für die Errichtung und Le-*

[1]) Über die unterseeischen Telegraphenkabel vgl. die Schrift von *Scholz*: Krieg und Seekabel. Eine völkerrechtliche Studie (Berlin 1904) und *P. Jouhannaud:* Les câbles sous-marins, leur protection en temps de paix et en temps de guerre. Thèse (Paris 1904).

gung von Telegraphenkabeln[2]) *gilt, trifft zunächst jedenfalls auch für die genannten Installationen der drahtlosen Telegraphie zu.* Findet der gleiche Grundsatz auch Anwendung auf die in der Entsendung von elektrischen Wellen liegende Einwirkung auf das fremde Staatsgebiet (Staatsgebiet, Küsten- und Küstenmeergebiet)? Bei der Prüfung dieser Frage tritt die Eigentümlichkeit auf, dass wir es mit dem Luftraume oberhalb der Staaten und Meere und der Küstenmeere zu tun haben. Es frägt sich also, was hierüber *das völkerrechtliche Luftrecht* sage. In der Tat zogen die Vertreter des Völkerrechts den Luftraum schon mehrfach in den Kreis ihrer Betrachtungen, wenn auch noch nicht eingehend.[3]) Dabei muss namentlich die Frage als eine solche aktueller Natur bezeichnet werden, ob und wie die Berechtigung an der Luftsäule in ihrem Höhenumfange umschrieben werden könne. In der Tat hatte die Herrschaft über den Luftraum in hohen Regionen früher keine praktische Bedeutung,[4]) und es ist erst der drahtlosen Telegraphie und dem Luftballon zu verdanken, dass diese Frage ernsthaft auf die juristische Tagesordnung gesetzt worden ist. Diesem Standorte, auf den sich die Juristen stellen müssen, kommt allerdings eine grosse Eigentümlichkeit zu: es fehlt ihm zunächst die nötige Solidität der Basis! Man hat freilich gemeint, neulich sagen zu dürfen, der Boden sei im Grunde mehr als ein Annex der Luft

---

[2]) Vgl. auch *Fischer*, Die Telegraphie und das Völkerrecht (Leipzig 1876), S. 9.

[3]) *Heyking*, L'exterritorialité (1889), S. 3, spricht neben dem territoire terrestre, maritime et fluvial und dem territoire naval auch von einem *territoire aérien*, und dies geschieht auch von *Rivier*, Principes du droit des gens, I, S. 140; *Fauchille* verwendet dagegen die Bezeichnung *espace aérien* (Annuaire, XXI, S. 76). In dem von *Fauchille* bearbeiteten Manuel de droit international public von *Bonfils* (4. éd.) ist ein eigenes Kapitel über „domaine aérien“ enthalten (S. 279—299, Nr. 531. Nr. 1—7). Beiläufig gesagt, spricht *Rolland* auch noch von einem *territoire glaciaire* (Revue générale de droit international public, XI, S. 340/1) und *Scholz*, Krieg und Seekabel operiert mit einer Theorie des „Kabelterritoriums“ (S. 40).

[4]) *Rivier* meinte in dem eben zitierten Werke (I, S. 141), es sei die Beantwortung einer solchen Frage zurzeit noch nicht nötig (das Werk erschien 1896) eventuell fügte er hinzu, man müsse sich an die Analogie des Flintenschusses (Kanonenschusses) halten.

denn als ihr blosser Halt zu bezeichnen,[5]) — mir scheint dies eine Übertreibung zu sein.

Welche Rechte kann nun aber ein Staat gegenüber einem andern Staate bezüglich der Luft und der Luftwellen beanspruchen? Die Theorie hat immer gesagt, dass die Luft frei sei. Schon die römischen Juristen proklamierten diesen Satz. Dies hindert nun freilich nicht, dass jeder Staat staatsrechtlich und völkerrechtlich über die Luft bis auf eine gewisse Höhe verfügen darf. Aber bis zu welcher Höhe? Die Antwort kann nur lauten: soweit sein vernünftiges Interesse geht.[6]) Dieses Interesse ist im Völkerrechte verschieden von demjenigen, das im Privatrechte massgebend ist.

Es ist klar, dass der Luftraum einer souveränen Beherrschung des Staates grundsätzlich nur soweit zugänglich sein kann, als er sich über solche Flächen erhebt, über welche einem Staat wirklich die Souveränität zusteht. Hieraus ergibt sich, dass der Staat zunächst denjenigen Luftraum beherrscht, welcher von Flächen, die auf den Grenzen seines festländischen Territoriums vertikal stehen, begrenzt wird: er ist ein Teil der Erde und die Luft eine Pertinenz desselben. Abgesehen hiervon, kann der Staat nur noch die Herrschaft über denjenigen Luftraum beanspruchen und ausüben, der über dem Küstenmeere lagert, d. h. über jenen Wassersaum, der sich zwischen dem festen Territorium und dem offenen Meere hinzieht und dessen äussere Grenze gegen das offene Meer hin früher allgemein als durch Kanonenschussweite sich ergebend angenommen

[5]) Vgl. *Rolland*, La télégraphie sans fil et le droit des gens in Revue générale de droit international p. XIII, S. 65, der ausführt: Quel que paradoxal que cela puisse paraître, on pourrait presque dire que le sol doit être envisagé comme une annexe de l'air, comme son simple support. Que l'on veuille bien y réfléchir en effet. L'action des gouvernants, dans chaque Etat, s'exerce sur des faits qui se passent dans l'air en même temps que sur le sol. C'est dans l'air et non dans le sol que se produisent les différentes manifestations qu'ils surveillent, réglementent ou prohibent.

[6]) Ich habe in meinem Telephonrechte S. 88 f. das Recht *der Privaten* am Luftraum eingehend untersucht und ausgeführt, dass der Luftraum von derjenigen Höhe an frei und res communis sein müsse, welche dem *verständigen Interesse* des Privatrechts entrückt ist. Ich habe schon damals (1885) auf die spätern regelmässigen Züge der Luftschiffahrt hingewiesen (S. 100) und kam dann darauf wieder zurück in der Monographie: Die Anwendung des Expropriationsrechts auf die Telephonie (Basel 1888), S. 64—67.



wurde. Die neuere Theorie und Praxis aber strebt nach einer genauern Begrenzung und findet diese in der gleichmässigen Entfernung von drei Seemeilen, in der Regel von der tiefsten Ebbelinie aus berechnet.[7]) Dies ist die Dreimeilenzonen-Theorie.

Nun scheint freilich die vorhin gegebene Antwort, bis zu welcher Höhe die Herrschaft des Staates über den Luftraum, abgesehen vom Küstenmeer, reiche, einer präziseren Beantwortung zu bedürfen. Ist aber eine solche genauere Umschreibung überhaupt möglich?[8]) Die Frage wird von einzelnen Juristen bejaht. So führt Rolland, um der herrschenden Unsicherheit bezüglich der Berechtigung des Staates am Luftraum *auf seinem Territorium* abzuhelfen, aus, jeder Staat könne über den Luftraum bis zu der Höhe von 330 *m* disponieren und reglementieren. Zu dieser Begrenzung gelangte er, weil er annahm, dass die höchste Höhe der menschlichen Bauten 330 *m* (Eiffelturm) erreiche. Hinsichtlich des *Küstenmeeres* nimmt er eine Berechtigung an, soweit sie zur Verteidigung und zum Schutze nötig ist.[9])

Nun ist aber namentlich noch die Frage zu besprechen, wie es sich mit *der Luft oberhalb des Meeres* verhält, zumal die drahtlose Telegraphie dort ihren speziellen Wirkungskreis hat. Das Meer selber ist bekanntlich frei und dessen Beherrschung durch irgendeinen Staat ausgeschlossen. Wir verdanken dieses juristische Ergebnis dem berühmten Vertreter des Völkerrechts, Hugo Grotius.[10])

---

[7]) *Phillimore*, Commentaries upon international law 3d ed. I, § CLXXIX spricht von einem jus litoris (S. 254). Wie die Herrschaft des Staates über seine Küstengewässer zu charakterisieren sei, ist nicht ganz einfach. Man kann von einem staatsrechtlichen Eigentum sprechen, das allerdings durch die Natur des Elements abgeschwächt ist. Eine andere Konstruktion, wonach eine eigentumsgleiche Innehabung vorliegt, verteidigt *Stoerk*, Handbuch des Völkerrechts von *v. Holtzendorff*, II, S. 458 und 459, 461 ff. Siehe auch *Radnitzky* im Archiv für öffentliches Recht, 20, S. 335.

[8]) *Merignhac*, II, S. 398.

[9]) *Rolland* in Revue générale a. a. O., S. 68.

[10]) *Grotius* publizierte 1609 eine kleine Schrift: Mare liberum, die er „ad Principes Populosque liberos orbis christiani" richtete. Darin führte er (caput V) aus, dass das Meer niemandem gehöre: est igitur mare in numero earum rerum quae in commercio non sunt, hoc est quae proprii juris fieri non possunt... *Phillimore*, Commentaries upon international law 3d ed., I, S 247, § CLXXII nennt die Schrift von *Hugo Grotius* "a noble work, which cannot now be

Gilt das gleiche Prinzip auch bezüglich der Luft oberhalb des Meeres? Muss also dem freien Meere (mare liberum) ***auch die freie Luft oberhalb*** (aër liber) ***entsprechen? Diese Frage ist zu bejahen.*** [11])

Was zunächst die rechtliche Stellung des Meeres an sich anbetrifft, so ist die Geltendmachung eines internen staatlichen Telegraphenmonopols ganz ausgeschlossen, weil sich dies mit der Freiheit des Meeres nicht vertragen würde. Hierfür kann fast direkt auf Hugo Grotius abgestellt werden. Grotius kam nämlich auf das Fischereiregal zu sprechen, und da bemerkte er, dass das interne Fischereiregal keine Gültigkeit habe für das Meer, weil man ihm keine solche Last aufbürden könne, und dann fährt er fort, dass diejenigen, welche das Fischereirecht unter die auf dem Meere zu beachtenden Regale zählen, das juristische Wesen des Meeres verkennen: niemand könne es okkupieren. [12]) Und was

read without profit to the reader and admiration for the writer". Was würde *Selden* (1584—1654) sagen, wenn er es erlebt hätte, dass die Freiheit des Meeres allgemein anerkannt wird und speziell auch von den Engländern? Übrigens hat auch er in seinem Werke Mare clausum seu de dominio maris liber I, S. 214 (der Ausgabe 1636) die Geistesgrösse des *Hugo Grotius* anerkannt, wenn er ihn nennt: virum ingentis eruditionis et rerum humanarum divinarumque scientissimum.

[11]) Dieser Ansicht ist auch *Rolland* a. a. O., S. 66, wenn er sagt: *comme la haute mer est libre l'air qui la joint et la domine doit l'être aussi.* Les Etats y ont exactement les mêmes droits que sur la haute mer. Nous nous trouvons en présence d'un des cas dans lesquels les *règles du domaine aérien ne doivent être qu'une extension de celles du domaine maritime.* So sagt denn auch *v. Martitz*, Systematische Rechtswissenschaft (1906) in Kultur der Gegenwart, herausgegeben von *Hinneberg*, dass der Nachrichtenaustausch *durch Leitungs- und Funkentelegraphie* auf dem Meere, „der allgemeinen Hochstrasse der Nationen" *frei* sei (S. 476). Die in Bern erscheinende *Automobil-Revue, 1907, II*, enthält freilich in Nr. 4 die Mitteilung, dass dem niederländischen Parlament ein Gesetz vorgelegt werden solle, wonach jedem Ballon, Luftschiff oder Aeroplan der Zutritt zum niederländischen Luftgebiet verwehrt sei. Auf ein Zeichen der Grenzsoldaten hin habe jeder die Grenze passierende Aeronaut sofort den Abstieg zu bewerkstelligen zwecks Angabe von Name und Adresse. Zuwiderhandlung soll mit Strafe von 800 Fr. oder drei Monat Gefängnis geahndet werden. Indessen werden sich wohl die Niederländer am Geiste von *Hugo Grotius* nicht in dieser krassen Weise versündigen wollen.

[12]) Die betreffenden Worte von *Grotius* lauten kurz folgendermassen: Ceterum qui ipsam piscationem numerant inter Regalia, ne quidem illum locum, quem interpretabantur satis inspexerunt. Man braucht nur an die Stelle der „*Piscatio*" die modernste Institution der „*Radiotelegraphia*" zu setzen, so wird

Grotius vom Fischereiregal sagt, trifft buchstäblich auch auf die Radiotelegraphie zu. Grotius sagt vom Meere, es sei in seiner Unermesslichkeit eigentlich nicht Gegenstand von Rechten und nicht Gegenstand des Besitzes, und er fügt elegant hinzu, es sei eher Subjekt als Objekt des Besitzes. [13]) Und in der Tat schliesst das Meer die Möglichkeit einer exklusiven Errichtung und eines ausschliesslichen Betriebes der drahtlosen Telegraphie radikal aus. Zwar besteht der juristische Inhalt des Regals nicht darin, dass der Staat Telegraphenanlagen errichten und betreiben darf; dieses Recht hat er innerhalb der allgemeinen gesetzlichen Schranken auch ohne besondere gesetzliche Anerkennung, und das Wesen des Telegraphenmonopols liegt vielmehr in der Ausschliesslichkeit dieses Rechtes, d. h. in dem Verbot, dass niemand ohne die Erlaubnis des Staates eine solche Anlage errichte oder betreibe. [14]) Darnach müsste, wenn nicht aktuell, so doch wenigstens potentiell, einem Staat dieses exklusive Recht auf dem Meere zustehen; denn sonst würde ein wesentliches Element des Regalbegriffes, nämlich die Ausschliesslichkeit der betreffenden Tätigkeit, fehlen. Und hieran gebricht es. Kein Staat kann auf dem offenen Meere ausschliesslich herrschen; denn das Meer ist frei und steht allen Nationen in gleicher Weise offen. Die rechtliche und faktische Möglichkeit zur Aufrechthaltung der regelmässigen Ausschliesslichkeit fehlt, und deswegen ist ein Regal dort begrifflich *undenkbar*. [15]) Es setzt

---

meine Meinung direkt durch *Hugo Grotius* bestätigt. Das interne Radiotelegraphenregal gilt auf dem Meer weder gegenüber eigenen noch fremden Personen.

[13]) Die Stelle ist der Schluss einer geradezu poetischen Ausführung, die *Grotius* (S. 35 der Ausgabe von 1633) macht; er sagt: de Oceano quaeritur, quem immensum, infinitum, rerum parentem, coelo conterminum antiquitas vocari cujus perpetuo humore non fontes tantum et flumina et maria, sed nubes, sed ipsa quodammodo sidera pasci veteres crediderunt; qui denique per reciprocas aestuum vices terram hanc humani generis sedem ambiens, neque teneri, neque includi potest et possidet verius quam possidetur.

[14]) *Laband*, Das Staatsrecht des deutschen Reichs. 4. Aufl., 1901, III, S. 65. Note 4.

[15]) Damit stimmt auch die Ausführung im Electrician vom 23. Oktober 1903, S. 17, wenn gesagt wird: ...the State possesses the sole right to employ "wireless" telegraphy commercially within the United Kingdom — but within the United Kingdom only. Messages transmitted to a station within the United Kingdom from a point outside the 3-mile limit of the territorial waters do not come within this monopoly.

voraus die Ausübung der betreffenden regalisierten Tätigkeit auf einem der eigenen Hoheit unterworfenen Gebiete und *eine ausschliesslich kraft der eigenen, von dritter Seite völlig unabhängigen Souveränität. Und hieran gebricht es beim Meere und speziell auch bei der Luft oberhalb des Meeres.*

Das Institut de droit international stellte denn auch im Règlement sur le régime international de la télégraphie sans fil vollständig zutreffend folgenden Satz auf[16] (Art. 1):

> *L'air est libre.* Les Etats n'ont sur lui, en temps de paix et en temps de guerre, *que des droits nécessaires à leur conservation.*

Allerdings hatte Westlake folgende Resolution befürwortet:[16]

> L'Etat a un droit de souveraineté sur l'espace aérien au dessus de son sol, sauf un droit de passage inoffensif pour les ballons ou autres machines aériennes et pour la correspondance télégraphique sans fil.

Dieser Abänderungsvorschlag wurde aber verworfen.

Mit spezieller Rücksicht auf die drahtlose Telegraphie hat das Institut de droit international in seinem soeben erwähnten Règlement im Artikel 3 weiter den Satz aufgestellt:

> Chaque Etat a la faculté, dans la mesure nécessaire à sa sécurité de s'opposer, au-dessus de son territoire et de ses eaux territoriales et aussi haut qu'il sera utile, au passage d'ondes hertziennes, que celles-ci soient émises par un appareil privé placé à terre, à bord d'un navire ou d'un ballon.

Das Institut erkennt also eine Herrschaft über den Luftraum ausdrücklich nur über den Territorial- und den Küstenmeerluftraum an und schliesst hiermit (Art. 1 und 3) eine solche über den Luftraum des offenen Meeres aus.[17] Die Bestimmung der Höhe der Herrschaftssphäre überlässt das Institut dem Sicherheits- und Erhaltungsbedürfnis des Staates.

II.

Nun liesse sich die Frage aufwerfen, ob der einzelne Staat nicht berechtigt wäre, diejenigen Seeschiffe, die unter seiner Flagge

[16]) Annuaire, XXI, 1906, S. 327/8.

[17]) Vgl. *v. Ullmann* in Z. für internat. Privat- und ö. R. XVI, S. 566.

segeln, unter das interne Telegraphenmonopol zu stellen, oder ihnen vorzuschreiben, ein bestimmtes System der drahtlosen Telegraphie zu benützen.

Man könnte sich hier auf die bekannte Fiktion stützen, dass die Seeschiffe (Privat- und Staatsschiffe) zum Teil Mobilien, und zum Teil Immobilien des Flaggenstaates seien. Indessen darf diese Fiktion über die durch die hergebrachte Übung fixierten Spezialfälle nicht ausgedehnt werden. Bei dieser Übung ist ganz besonders an das Strafrecht zu denken: eine ganze Reihe deliktischer Handlungen könnte sonst nicht der Bestrafung unterzogen werden. *Es ist ein Satz der juristischen Not, welche jene Fiktion aufgebracht hat.* Allein es wäre ein grosser Irrtum, zu glauben, dass die ganze territoriale Gesetzgebung und Jurisprudenz eines bestimmten Staates ein nationales Schiff gewissermassen als juristisches Reisegepäck begleite. Mit Hülfe einer solchen phantastischen Fiktion würde sich das territoriale Recht (Staats-, Privat-, Verwaltungs-, Strafrecht) auf dem Meere widerspiegeln und jeder Vorgang, der eine rechtliche Bedeutung hat, dem durch die Nationalität des Schiffes markierten Recht unterstellt. Dies sind Früchte einer fessellosen Phantasie, die ernsthaft nicht in Betracht kommen. *Die Fiktion,* von der gesprochen wird, *ist nicht weiter auszudehnen, als die Not es gebietet.* Es würde sonst auf einem Umwege der Satz des Völkerrechts, dass das Meer frei ist, wieder umgedreht. Damit ist natürlich nicht gesagt, dass die auf ihm entstehenden Beziehungen zwischen Personen und Personen und Sachen *keine* Rechtsbeziehungen seien; ihre rechtliche Natur und ihre Wirkungen müssen vielmehr nach den gleichen Prinzipien bestimmt werden, die sonst für die örtliche Rechtsanwendung massgebend sind. Nur hat aus den hiefür in Betracht kommenden Anknüpfungsbegriffen die Fiktion der Territorialeigenschaft des Schiffes auf hoher See auszuscheiden. Man kann sofort die Probe darauf machen, ob meine Ausführung richtig ist. Wäre die Fiktion, dass das Schiff zum nationalen Staat gehört, vollkommen und generell richtig, so würden die privatrechtlichen Geschäfte, welche Italiener, Franzosen, Engländer, Schweizer auf deutschen Schiffen abschliessen, dem (in Deutschland bekanntlich so überaus mangelhaft geordneten) inter-

nationalen Privatrecht des B. G. B. unterstellt. Ferner würden die Kinder englischer Eltern, die dort geboren werden, ohne weiteres deutsche Staatsangehörige. Davon kann doch wahrlich keine Rede sein. Die Unmöglichkeit, auf dem Meere zu herrschen, wird nicht dadurch ersetzt, dass man die Schiffe dem nationalen Staate als eine Art portio desselben anfügt. Nun will ich freilich nicht sagen, dass die interne Gesetzgebung nicht in der Lage sei, in gewissen Richtungen, die für sie erreichbar sind, Vorschriften zu statuieren, die sich auch auf das offene Meer beziehen. Allein dann liegen ganz besondere Gründe vor, und namentlich bedarf es einer ausdrücklichen Norm. Aber gerade die Ausnahme bestätigt wieder die Regel. Nach dem deutschen Reichsgesetz vom 4. Dezember 1876 und der Verordnung vom 29. Mai 1877 ist es z. B. den Deutschen und den zur Besatzung eines deutschen Schiffes gehörigen Ausländern in den Gegenden zwischen dem 67. und 75. Grad nördlicher Breite und dem 5. östlicher und 17. Grad westlicher Länge vom Meridian von Greenwich aus gerechnet, verboten, den Fang von Robben vor dem 3. April jeden Jahres zu betreiben.[18]) Es bedurfte aber einer *ausdrücklichen* gesetzlichen Erwähnung des Tatortes; ohne eine solche wäre der Robbenfang in den erwähnten Meeresbezirken selbst dann nicht strafbar, wenn er etwa durch ein *allgemeines* deutsches Reichsgesetz verboten wäre, denn dieses würde sich eben nicht auf das offene Meer beziehen, weil dieses an sich der Souveränität und dem Gesetzgebungsrecht keines Staates unterworfen ist. Wie weit das örtliche Geltungsgebiet eines Gesetzes reicht, ist nach den allgemeinen Grundsätzen der Lehre von der örtlichen Rechtsanwendung zu ermitteln, und dass ein Telegraphengesetz der Natur der Sache nach sich nicht auf das offene Meer und auch nicht auf die Schiffe auf offener See beziehen kann und will, kann nach dem Gesagten als feststehend angesehen werden. Ferner ist zu sagen, dass das Institut de droit international es abgelehnt hat, die im offenen Meere von Schiffen aus erfolgende drahtlose Telegraphie unter das interterritoriale Telegraphenrecht zu stellen und sie den betreffenden

[18]) Vgl. *Gareis*, Institutionen des Völkerrechts. 2. Aufl., 1901, S. 81. Note 3.

internen Gesetzen zu unterwerfen. In dem Referate von Fauchille war (im Art. 3) folgende Bestimmung vorgeschlagen worden:

> Doivent, au point de vue de transmissions *par la télégraphie sans fil*, être assimilés au territoire de l'Etat, en quelque endroit qu'ils se trouvent, même dans la haute mer et dans l'atmosphère qui la domine, les ballons d'Etat, les navires d'Etat et les navires privés, qu'ils soient ou non liés *à l'Etat, par un contrat de subvention ou par affectation* à un service public.

Der Referent wollte also neben den Staatsballons die Staatsschiffe und die Schiffe der Privatgesellschaften, auf denen die drahtlose Telegraphie erfolgt, dem territorialen Recht unterstellen, dem sie angehören. Allein gegen den Artikel erhob sich von verschiedenen Seiten Opposition, und es wurde namentlich auch bestritten, dass sich diese Assimilierung der Schiffe und Ballons mit dem eigentlichen Territorium rechtfertigen lasse. *In der Abstimmung unterlag der zitierte Artikel 3. Würde einem Staate ausschliesslich das Recht zustehen, den unter seiner Flagge segelnden Schiffen über die Benützung der Luft oberhalb des Meeres bestimmte Vorschriften zu erteilen, so würde damit in die Rechte anderer Staaten eingegriffen.*[19])

Es bleibt also dabei, dass kein Staat auf dem Meere Souveränitätsrechte ausübt und dass das Meer sowohl wie das Luftmeer frei ist. Hier liegt denn auch der Grund, weswegen der Schutz der Telegraphenkabel[20]) *auf internationalem Wege* angeordnet werden musste.

---

[19]) Zu meiner Überraschung sehe ich allerdings, dass das dänische Gesetz von 1906 in Art. 3 eine höchst interessante Bestimmung erlassen hat, die folgendermassen lautet:

> A bord des navires sous pavillon danois, lesquels l'Etat ne possède pas lui-même, il n'est pas permis d'installer ou de se servir de stations télégraphiques ni dans la mer territoriale du Danemark ni au dehors de celui-ci que quand le ministre des travaux publics y a consenti. Quand les conditions fixées dans le consentiment quant à l'installation et l'exploitation de la station n'ont pas été observées, le ministre peut revoquer son consentiment.

Freilich wird hier ja nur die Zustimmung des Staates zu telegraphischen Installationen auf Seeschiffen gefordert, und es handelt sich dabei keineswegs um die Auflegung der Schranken des staatlichen Monopols. — Das *norwegische* Gesetz vom 16. Juli 1907 geht noch weiter als das dänische Gesetz.

[20]) Nebenbei gesagt, kann auch die Frage in neuer Gestalt auftauchen, wie weit die Freiheit des Meeres in der Tiefe gehe, — man denke an den Ärmelkanal und die projektierte Eisenbahn im Meeresuntergrunde (*Oppenheim* in Z. für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht von *Kohler,* II, S. 1).

Die Staatsverträge sind die allein richtigen Mittel, um ein rechtliches Verhalten der Nationen und Privaten auf dem Meere korrekt herbeizuführen und zu ordnen. Und in gleicher Weise muss auch bei der drahtlosen Telegraphie vorgegangen werden, zumal sie ihre Hauptrolle auf dem Meere spielt. Dabei sind freilich noch andere Fragen zu ordnen, — wir werden dies später sehen.

III.

Es entsteht nun völkerrechtlich weiter die Frage, ob ein Staat das Recht habe, gegen die Ausübung der drahtlosen Telegraphie, die durch einen anderen Staat (oder durch Privatgesellschaften) erfolgt, dann aufzutreten, wenn dieser Betrieb für ihn schädlich ist und wie Abhülfe verlangt werden könne.

Die Hertzischen Wellen, die vom Auslande kommen, können in der Tat störend auf die im internen Staate ausgehenden Wellen wirken, und man hat auch gesagt, dass damit möglicherweise Inkonvenienzen für den regulären Telegraphen- und Telephonbetrieb verknüpft seien. Wenn dies zutrifft, so kann der interne Staat sich zweifellos dagegen wehren. Man darf hier an die zivilistischen Analogien der Besitzesinterdikte, der Klage wegen Hineinwerfens oder Schüttens (actio de effusis et dejectis) und der Negatorienklage denken.

Die Abwehr stützt sich juristisch auf den Eingriff des einen Staates in die Rechtsatmosphäre des andern. *Die Berechtigung des internen Staates geht so weit in die Höhe der Luft, als eine Schädigung ihm gegenüber überhaupt erfolgen kann.* Hinsichtlich des Umfangs der Berechtigung verdient hier neuerdings erwähnt zu werden, dass sie sich bezieht auf das Absenden der Wellen im Luftmeere oberhalb des Territoriums und des Küstenmeeres. *Die Abwehr des geschädigten Staates erfolgt in der Weise, dass die drahtlose Telegraphie an den Grenzen aufgehalten, also ganz oder temporär sistiert wird.* Dies ist auch die Lösung, welche im internationalen Telegraphenvertrage von Petersburg adoptiert worden ist (Art. 7 und 8). Allerdings wurde bestimmt, dass der betreffende Staat dem andern beteiligten Staat von der Suspension Mitteilung zu machen habe. Allein das Institut de droit inter-

national hat mit Recht zwei ähnliche Bestimmungen für die drahtlose Telegraphie zur Friedenszeit adoptiert. Die betreffenden Bestimmungen lauten:

Art. 3.

Chaque Etat a la faculté, dans la mesure nécessaire à sa sécurité, de s'opposer, au-dessus de son territoire et de ses eaux territoriales, et aussi haut qu'il sera utile, au passage d'ondes hertziennes, que celles-ci soient émises par un appareil d'Etat où par un appareil privé placé à terre, à bord d'un navire ou d'un ballon.

Art. 4.

Au cas d'interdiction de la correspondance sans fil le gouvernement devra aviser immédiatement les autres gouvernements de la défense qu'il édicte.

Neben dieser Selbstabwehr steht dem bedrohten oder geschädigten Staate natürlich noch eine völkerrechtliche Klage zu, gerichtet auf ein Verbot und Schadenersatz.[21])

Nun erhebt sich allerdings noch die Frage, ob denn der Durchgang von Hertzischen Wellen *wirklich* gehemmt werden könne. Freilich stehen wir hier vor einem erheblichen Unterschiede der drahtlosen Telegraphie von der gewöhnlichen Telegraphie: die Unterbrechung des telegraphischen Verkehrs und die Wegnahme der Depeschen macht sich bei dieser letzteren Spielart sehr einfach, allein es wird gesagt, dass die Hertzischen Wellen wenigstens getrübt und gestört werden können.[22]) Indessen ist es nicht meine Sache, auf diese technisch schwierige Frage hier weiter einzutreten.

B. In Kriegszeiten.

I.

Es ist zweifellos, dass die drahtlose Telegraphie auch kriegsrechtliche Fragen hervorruft,[23]) — dies haben die letzten Kriege

---

[21]) Wenn und soweit eine Privatgesellschaft, welche die drahtlose Telegraphie exploitiert, geschädigt wird, könnte sie wohl auch eine privatrechtliche Schadenersatzklage erheben.

[22]) Vgl. *Rolland* a. a. O., S. 76/7 und S. 14 oben.

[23]) Vgl. dazu *Rolland* in der schon zitierten Abhandlung, S. 78 ff., ferner *Scholz*, Drahtlose Telegraphie und Neutralität und *Bruno Zuculin*, I cavi sottomarini e il telegrafo senza fili nel diritto di guerra, S. 75—91.

mit aller wünschbaren Deutlichkeit gezeigt.[24]) Bekanntlich besteht im Völkerrechte ein wichtiger Unterschied zwischen dem Land- und Seekriegsrechte, allein es ist neulich angeregt worden, das auf dem festen Lande geltende Telegraphenkriegsrecht auch auf die Ozeantelegraphie auszudehnen, und damit wenigstens die in diesem Spezialgebiete der Telegraphie bestehende Kluft[25]) in den beiden Kriegsarten zu beseitigen.[26]) Zu diesem Zwecke wurde betont, das Seekabel, das allerdings Amphibien-Natur habe, sei eine vom Meere überschwemmte Verkehrsstrasse, eine Brücke unter dem Wasser, es diene der Telegraphie auf dem Lande, sei dem Landtelegraphennetz angeschlossen und werde mit dem Lande in eine feste und dauernde Verbindung gebracht. Darnach seien die Seekabel völkerrechtlich als Pertinenz des Landes, dem sie nach der örtlichen Lage angehören, anzusehen, gerade wie Häfen und Buchten. Diese Konstruktion wird als Theorie eines Kabelterritoriums in die Literatur eingeführt.[27]) Die praktische Bedeutung dieser neuen Lehre ist nicht unerheblich, weil dann die staatliche Souveränität, die auf dem Lande besteht (mit Einschluss des Küstenmeeres), auch auf die einem bestimmten Staate angehörenden Kabel ausgedehnt, und weil davon das kriegsrechtliche Verhalten zu Eingriffen (wie Zerstörung, Beschädigung, Sperrung, Benützung, Kontrolle) abhängig gemacht wird. Dabei muss man sich erinnern,

[24]) Schon im Boerenkriege gelangte die drahtlose Telegraphie zu einer gewissen Verwendung und vollends dann im russisch-japanischen Kriege. Vgl. *Scholz*, S. 5 und *Bruno Zuculin* a. a. O, S. 74.

[25]) Der erwähnte Unterschied kam im Haag anlässlich der zweiten Friedenskonferenz 1907 bei der Stellung der Neutralen zum Ausdruck, indem ein Vertragsprojekt ausgearbeitet wurde, das sich auf die Rechte und Pflichten der Neutralen im *Landkriege* bezieht, und ein anderes Vertragsprojekt, das sich auf die gleiche Frage im *Seekriege* bezieht.

[26]) Vgl. *Scholz*, Krieg und Seekabel, S. 45. Dieser Jurist bemerkt dabei, es könne ein einheitliches internationales Telegraphenkriegsrecht geschaffen werden, ohne dass zwischen Land, Küstenmeer und hoher See unterschieden zu werden brauche. — Das „Seekriegsrecht“ in den V. St. von Amerika (Privatarbeit von *Stockton*) enthält Bestimmungen über die kriegsrechtliche Behandlung der Seekabel (Art. 5). Es ist als Seekriegsinstruktion für die amerikanischen Seeoffiziere bestimmt und findet sich (englisch und deutsch) abgedruckt in der Z. f. internat. Privat- und Strafrecht, XI, S. 385.

[27]) Vgl. *Scholz*, Krieg und Seekabel, S. 39, und *Scholz*, Drahtlose Telegraphie und Neutralität, S. 5 und 6.

dass die einen unterseeischen Kabel im Staate einer kriegführenden Macht oder beim Feinde landen, und die anderen das Staatsgebiet keiner der Kriegsparteien berühren. Die Verschiedenheit des hier in Frage kommenden Tatbestandes gab den Anlass dazu, die Kabel zu gruppieren in amikale Kabel (welche Punkte des einen eingreifenden Staates miteinander verbinden), in amikal-neutrale (welche den eigenen eingreifenden Staat mit einem neutralen verbinden), in amikal-hostile (welche den eigenen eingreifenden Staat mit dem feindlichen verbinden). Daran schliessen sich Kabel, die beim Feinde landen, und hier sind wieder zu unterscheiden: hostile Kabel (die Punkte feindlichen Gebiets miteinander verbinden), hostil-neutrale Kabel (die feindliches Gebiet mit neutralem verbinden). Endlich kommen interneutrale Kabel vor, welche zwei Punkte eines neutralen Staates oder zwei neutrale Staaten miteinander verbinden.[28]) Die von Scholz bezüglich der unterirdischen Kabel entwickelten Grundsätze können leider auf die drahtlose Telegraphie nicht ohne weiteres angewendet werden, so dass die bedauerliche Divergenz zwischen dem Land- und Seekriegsrechte im Telegraphenwesen aufs neue eintritt. Die Luftsphäre, die über den Staaten und den Meeren lagert, lässt sich zweifellos nicht bezeichnen als Pertinenz derjenigen Küstenstaaten, in denen die zur Bedienung der drahtlosen Telegraphie errichteten Anstalten (Antennen, Maste, Kohärer und sonstige Einrichtungen) liegen.

II.

Dagegen treten auch bei der drahtlosen Telegraphie wieder Fragen auf, die mit dem sonstigen Telegraphenkriegsrechte im engsten Zusammenhange stehen, und deswegen ist es auch erlaubt und geboten, sich daran anzulehnen.[29]) *Die weit grössere Schwierigkeit liegt auch hier darin, ob die dabei festzustellenden völkerrechtlichen Befugnisse effektiv ausgeübt werden können.* Wie soll die Suspension der Telegraphenverbindung erfolgen? Es gibt bei

[28]) Alle die erwähnten kurzen Bezeichnungen rühren von *Scholz*, S. 33 und 34 her. Sie wurden von *Bruno Zuculin* a. a. O., S. 31, 65 adoptiert.

[29]) Dies betont auch *Rolland* in Revue générale de droit international public, XIII, S. 79/80.

der drahtlosen Telegraphie, abgesehen von den erwähnten Einrichtungen, keine Linien oder Kabel, die zerstört oder beschädigt werden können, und es ist zunächst wenigstens nicht leicht erkennbar, wie die „Depeschen“ aufgehalten werden können. Allein die Technik macht stets Fortschritte, und so wird die Jurisprudenz am besten tun, an die Realisierbarkeit der den Staaten zustehenden Rechte wenigstens zu *glauben*, wenn sie auch darauf verzichten muss, darüber z. Z. Sicherheit zu besitzen. Diese an sich beklagenswerte Tatsache kann und darf sie nicht abhalten, die theoretische Existenz bestimmter völkerrechtlicher Befugnisse zu untersuchen: wir Juristen räsonnieren ja gar häufig auch im Privatrechte über subjektive Rechte, die im Einzelfalle deswegen unpraktisch sind, weil ihnen die Beweisbarkeit abgeht. Bei der drahtlosen Telegraphie steht man allerdings nicht bloss figürlich, sondern in Wirklichkeit mit den Deduktionen in der Luft, und es ist nicht zu verkennen, dass darin eine Gefahr liegt, der nicht alle Juristen auszuweichen verstehen, zumal dann nicht, wenn es sich um das Völkerrecht handelt.

1.

Es kann einem begründeten Zweifel nicht unterliegen, dass der kriegführende Staat gegen den andern speziell auch in Kriegszeiten berechtigt ist, den Betrieb der Telegraphie und damit auch der drahtlosen Telegraphie zu sistieren, sowie darüber eine umfassende Zensur auszuüben. Gewiss ist die Massregel sehr ernsthaft, zumal sie für den Weltverkehr, der sich auch auf die Telegraphie stützt, weitgehende Folgen hat. Der interne Staat hat *unter Umständen* schon in Friedenszeiten jenes Recht, und um so mehr muss es auch in Kriegszeiten zugunsten der kriegführenden Partei gegen den Feind anerkannt werden.[30]) Der Satz ist zwar in der über die reguläre Telegraphie abgeschlossenen Konvention von St. Petersburg nicht ausgesprochen, denn diese spricht überhaupt

---

[30]) *Dudley Field* hat in seinem International Code das Recht des kriegführenden Staats, die Verkehrsmittel zu sperren, für den Fall militärischer Notwendigkeit anerkannt. In Art. 914 wird gesagt: A belligerent may, *in case of military necessity,* suspend, wholly or in part, railway and telegraphic communication across its territorial boundaries.

nicht vom Kriege, allein das Kriegsrecht muss von ihm ausgehen. Was Art. 7 und 8 der Telegraphenkonvention für die Friedenszeit zum vertraglichen Völkerrecht erhebt, gilt faktisch (a fortiori) auch im Kriege zugunsten der Kriegführenden.[31])

2.

Die drahtlosen Telegramme müssen als Kriegskontrebande (resp. im Landkriege als Kriegsmittel) angesehen werden.[32]) Dies ist freilich eine Ausdehnung des Begriffs der Telegramme, allein sie rechtfertigt sich auch völkerrechtlich nach den frühern Ausführungen über das Verhältnis der drahtlosen Telegraphie zu dem Gattungsbegriff der Telegraphie.

3.

Eine besonders wichtige Frage ist die, ob die Verbreitung von drahtlosen Mitteilungen als Spionage behandelt werden dürfe. Sie muss verneint werden: es fehlt die Heimlichkeit des Handelns (wie auch bei den Luftschiffen).[33])

Auch die Zeitungskorrespondenten, die dem Feinde drahtlose Telegramme übermachen, dürfen nicht als Spione behandelt werden.[34])

Damit stimmt auch das Reglement des Institut de droit international, — unter Vorbehalt *einer* Ausnahme.[35])

Art. 7 bestimmt nämlich:

> Ne sont pas considérés comme espions de guerre mais doivent être traités comme prisonniers de guerre, s'ils sont capturés, les individus qui, malgré la défense du belligérant, se livrent à la transmission ou à la réception des dépêches par télégraphie sans fil entre les diverses parties d'une armée ou d'un territoire belligérant. Il doit en être autrement si la correspondance est faite sous des faux prétextes.

---

[31]) Zu diesem Resultate kommt auch *Bruno Zuculin* a. a. O., S. 75 u. 76.

[32]) Vgl. *Scholz*, Drahtlose Telegraphie und Neutralität, S. 19.

[33]) *Scholz*, Drahtlose Telegraphie und Neutralität, S. 23.

[34] *Kebedgy* in Rev. de droit intern. Deux. S., VI, S. 445, spez. S. 450, und *Scholz* a. a. O., S. 39. — In dem Buche von *Bonfils*, Manuel de droit international public, 4. éd. (bearbeitet von *P. Fauchille*), 1905, findet sich bezüglich des auf die drahtlose Telegraphie anwendbaren Kriegsrechtes der Abdruck der Note des russischen Admirals *Alexieff* (S. 625, § 1100).

[35]) Die Ausnahme wird auch von *Scholz* a. a. O., S. 46, aufgenommen.

Les porteurs de dépêches transmises par la télégraphie sans fil sont assimilés à des espions *lorsqu'il emploient la dissimulation ou la ruse.*

III.

Besonders wichtig ist natürlich, wie es sich mit der drahtlosen Telegraphie verhalte speziell im Verhältnisse der Neutralen zu den kriegführenden Mächten. Hier müssen verschiedene Eventualitäten ins Auge gefasst werden,[36]) von denen einzelne auch an der zweiten Friedenskonferenz von 1907 besprochen wurden.

Was *die Verpflichtungen der Kriegsparteien* anbetrifft, so ist zu sagen:

1. Aus dem Grundsatze, dass in neutralem Staatsgebiete von einer Kriegspartei kein feindlicher Akt vorgenommen werden darf, folgt, dass sie auch keine drahtlose Telegraphenstation darauf errichten und auch nicht von da aus drahtlos telegraphieren darf.

   An die Spitze der im Haag 1907 entworfenen „Convention concernant les droits et les devoirs des Puissances et des personnes neutres en cas *de guerre sur terre*" wurde folgender Satz gestellt:

   > Le territoire des Puissances neutres est inviolable.

   Dann wurde weiter gesagt (Art. 2):

   > Il est interdit aux belligérants de faire passer à travers le territoire d'une Puissance neutre des troupes ou des convois, soit de munitions, soit d'approvisionnements.

   Als weitere Folge des leitenden Grundsatzes wurde ausgesprochen (Art. 3):

   > Il est également interdit aux belligérants:
   >
   > *a)* d'installer sur le territoire d'une Puissance neutre *une station radiotélégraphique* ou tout autre appareil destiné à servir comme moyen de communication avec des forces belligérantes sur terre ou sur mer;
   >
   > *b)* d'utiliser toute installation de ce genre établie par eux avant la guerre sur le territoire de la Puissance

[36]) Vgl. dazu *Rolland* a. a. O., S. 80 ff.

neutre dans un but exclusivement *militaire*, et qu **n'a pas été ouverte** ***au service de la correspondance publique.***

Man fand eben, dass die Unverletzlichkeit des Territoriums des neutralen Staates unvereinbar sei mit der Nutzbarmachung eines der erwähnten Mittel, und speziell auch der drahtlosen Telegraphie. Japan hatte bezüglich litt. b vorgeschlagen, jede Installation zu untersagen, welche vor dem Kriege auf neutralem Gebiete errichtet wurde, allein auf den Antrag von Russland ist das Verbot restringiert worden.

In der im Haag 1907 weiter ausgearbeiteten „Convention concernant les droits et les devoirs des Puissances neutres en cas *de guerre maritime*" wurde ausgesprochen, dass die kriegführenden Staaten verpflichtet seien, die Rechte der neutralen Staaten vollständig zu respektieren, und sodann wurde speziell bestimmt (Art. 5):

> Il est interdit aux belligérants de faire des ports et des eaux neutres la base d'opérations navales contre leurs adversaires, notamment d'y installer *des stations radiotélégraphiques* ou tout appareil *destiné* à servir comme moyen de communication avec les forces belligérantes *sur terre ou sur mer.*

2. Die drahtlose Telegraphenverbindung zwischen zwei neutralen Staaten oder zwei Punkten eines neutralen Staates darf nicht gehindert oder geschmälert werden Freilich kann eine mittelbare Störung eintreten, indem die Kriegsparteien sich in der drahtlosen Telegraphie gegenseitig zu schädigen suchen. Man muss deswegen richtiger sagen, dass die interneutrale Verbindung kein Angriffsobjekt sein dürfe.[37])

Was die den Neutralen obliegenden Verpflichtungen anbetrifft so darf folgendes gesagt werden:

---

[37]) Vgl. *Scholz*, Drahtlose Telegraphie und Neutralität, S. 17. Anm. 25.

1. Es dürfen keine Einrichtungen drahtloser Telegraphie zugelassen werden, wodurch die Verbindung mit einer kriegführenden Macht herbeigeführt werden könnte.[38])

   China handelte neutralitätswidrig, als es die drahtlose Station auf dem Dache des russischen Konsuls duldete, der mit der russischen Kriegsmacht damit in Verbindung trat.[39])

2. Es muss auch eine Zensur ausgeübt bezw. den Privatgesellschaften auferlegt werden. Eventuell ist die Sperrung anzuordnen. Freilich wurde in der erwähnten Haager „Convention" bezüglich des Landkrieges in Art. 8 folgendes bestimmt:

> Une Puissance neutre n'est pas tenue d'interdire ou de restreindre l'usage, pour les belligérants, des câbles télégraphiques ou téléphoniques, *ainsi que des appareils de télégraphie sans fil, qui sont, soit sa propriété, soit celle de compagnies ou de particuliers.*

Damit ist also ausgesprochen, dass die Neutralen weder die in Händen des Staates noch die in denjenigen der Privaten liegenden drahtlosen Telegrapheneinrichtungen im Kriegsfalle zu sperren oder einzuschränken verpflichtet seien, wenn es sich um eine öffentliche Verkehrseinrichtung handelt. Man sagte sich im Haag, dass eine entgegengesetzte Auffassung allzugrossen Schwierigkeiten praktischer Art ausgesetzt wäre: *einmal* wäre eine hinlängliche und zuverlässige Kontrolle gar nicht möglich (den Wächtern müsste man Oberwächter beigesellen!), und *sodann* würde das Korrespondenzgeheimnis verletzt. Bei der Diskussion des zitierten Artikels 8 hat allerdings England in der Kommission das Begehren gestellt, ausdrücklich festzustellen: que la liberté d'un Etat neutre de transmettre des dépêches, au moyen de ses fils télégraphiques sur terre, de ses câbles sous-marins ou *de ses appareils radiotélégraphiques*,

---

[38]) Vgl. *v. Martitz*, Systematische Rechtswissenschaft (1906) in Kultur der Gegenwart, herausgegeben von *Hinneberg*, S. 478, und die Bemerkung von *John Bassett Moore*, A Digest of international law, VII, S. 941.

[39]) *Scholz*, Drahtlose Telegraphie und Neutralität, S. 13—16.

n'implique pas la faculté d'en user ou d'en permettre l'usage pour prêter *une assistance manifeste à l'un des belligérants*". Die Kommission teilte diese Meinung.

In der Tat kann darüber kein Zweifel walten. Die Gewährung einer Unterstützung könnte durch die drahtlose Telegraphie allerdings erfolgen, und der neutrale Staat muss deswegen eine aus der Neutralitätspflicht naturgemäss hervorgehende Zensur ausüben. Diese Pflicht steigert sich, wenn eine Telegraphenanlage vorliegt, mit welcher feindliches Gebiet und neutrales Gebiet verbunden werden kann, und hier ist die Tatsache speziell herauszuheben, dass die drahtlose Telegraphie nicht bloss vom Lande aus, sondern auch von Schiffen aus vorgenommen werden kann.[40]) Man könnte deswegen sagen, es sei nicht klar, wieso im Haag der Art. 8 in der erwähnten Fassung zur Annahme gelangte, allein man wollte dem neutralen Staate keine förmliche Obligation auflegen, die Sperrung oder Einschränkung der drahtlosen Telegraphie absolut anzuordnen, allein damit ist, wie sich aus der englischen Verwahrung ergibt, nicht gesagt, dass der Neutrale dispensiert sei von der Beobachtung der Pflichten, welche die Neutralität mit sich bringt und welche durch schrankenlose Gewährung drahtloser Depeschen verletzt werden könnten.

Besonders kritisch ist die Situation auf dem Meere, weil hier von Schiff zu Schiff und vom Lande auf ein Schiff drahtlos telegraphiert werden kann. Das Institut de droit international hat denn auch in dem mehrfach zitierten Reglement folgende Bestimmung für den Seekrieg aufgenommen (Art. 6):

> Sur la haute mer, *dans la zone* qui correspond à la *sphère de leurs opérations militaires*, les belligérants peuvent empêcher les émissions d'ondes, même par un sujet neutre.

[40]) Vgl. dazu *Scholz*, Drahtlose Telegraphie und Neutralität, S. 8 u. 9.



Diese Beschränkung auf die Zone der militärischen Operationen erklärt sich daraus, dass das Kriegsrecht nicht zu einer völligen Zerstörung der Welttelegraphie führen soll, — die Kriegsinteressen sind nicht die einzigen Gesichtspunkte, die für die ganze Welt den Ausschlag geben. Und nun steht fest, dass die Hertzischen Wellen überhaupt, und also auch diejenigen, welche *gegen* die drahtlose Telegraphie losgelassen werden, sehr weite Luftflächen influenzieren können.[41])

3. Vollends unzulässig wäre es, wenn der neutrale Staat selber kriegserhebliche Nachrichten auf den seiner Verwaltung unterstehenden Stationen an eine Kriegspartei expedieren wollte.

Zweites Kapitel.

Die internationale Konvention über die Radiotelegraphie von 1906.

Die gewöhnliche Telegraphie ist bekanntlich durch eine internationale Konvention geordnet, und zwar gilt die in St. Petersburg 1875 aufgestellte Fassung immer noch. Zu dieser stabilen Basis des internationalen Telegraphenrechts kommt noch ein Reglement, das mehrfachen Änderungen unterlag. Naturgemäss fanden seit Petersburg wieder verschiedene Konferenzen statt (z. B. 1895 in Budapest, 1903 in London). Es mag beigefügt werden, dass in Rom (1872) zum erstenmal die Vertreter der grossen Kabelgesellschaften erschienen.

Es lag nun nahe, auch die drahtlose Telegraphie zum Gegenstande einer Konvention zu machen, und der Gedanke wurde von Deutschland aufgegriffen.[42]) Die in England begründete Marconi-Gesellschaft hatte das naturgemässe Bestreben, sich eine monopolistische Stellung zu verschaffen, und sie war auf dem besten Wege,

[41]) Vgl. auch *Bruno Zuculin* a. a. O., S. 77.

[42]) Vgl. *Rolland* in der zitierten Abhandlung Revue générale XIII, S. 68 und 69.

sie zu erreichen. Es gelang ihr, mit dem britischen Lloyd ein Übereinkommen zu treffen, und es war vereinbart worden, dass die Stationen dieser Gesellschaft nur mit dem Marconi-System ausgerüstet werden, und ausschliesslich mit Schiffen, die dieses haben, in Verkehr treten dürfen, dass sie also für Schiffe, die Funkentelegraphen-Anlagen besonderer Systeme benützen, keine Nachrichten-Vermittlung auf funkentelegraphischem Wege übernehmen. Die Marconi-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie hatte 1904 Dienstvorschriften erlassen, denen zufolge die Marconi-Stationen mit solchen deutscher Systeme nicht in Verkehr treten dürfen, soweit nicht infolge besonderer Umstände oder der Sicherheit des Schiffes Ausnahmen angezeigt seien.

Die deutschen Ozeangesellschaften (Hamburg-Amerika-Linie und Bremer Norddeutscher Lloyd) waren im Anfang gleichfalls genötigt, mit der Marconi-Gesellschaft in Verbindung zu treten. Daher kommt es, dass die der Hamburg-Amerika-Linie gehörenden Schiffe „Amerika", „Deutschland", „Blücher" und „Moltke" mit Marconi-Apparaten versehen sind.[43]) Die Bremer Lloyd-Gesellschaft hatte mit der Marconi-Gesellschaft Verträge abgeschlossen, die indessen, so viel ich höre, teils auf 1. Januar 1907, teils auf 1. Juli 1907 ausser Kraft traten.

Nachdem die deutsche Telefunken-Gesellschaft begründet war, rüstete die Hamburg-Amerika-Linie einige Schiffe ihrer Flotte mit Apparaten des deutschen Systems aus („Meteor" und „Hamburg"). Nun ergab sich aber aus den geschilderten Tatsachen die Folge, dass deutsche Schiffe, die dem deutschen Telefunken-System huldigten, einen Verkehr nicht pflegen konnten. Dieser Zustand war nicht haltbar.

Dem deutschen Reiche gelang es, zunächst eine Vorkonferenz zusammenzuberufen, auf welcher die von der drahtlosen Telegraphie aufgeworfenen völkerrechtlichen Fragen zur Erörterung gelangten. Die Vorkonferenz, die in Berlin vom 4.—13. August 1903 tagte, war von Deutschland, Grossbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Spanien, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und

---

[43]) Ich entnehme dieses Detail der Zeitschr. The Electrician vom 5. Jan. 1906, S. 457.

Russland beschickt. Die Delegationen kamen überein, die Grundlagen festzustellen, welche den Gegenstand eines internationalen Vertrages bilden können — diejenigen Englands und Italiens unterzeichneten das Protokoll mit Vorbehalten.[44])

Eine definitive Konferenz war für 1904 in Aussicht genommen, sie wurde dann wieder verschoben und endlich ganz (sine die) vertagt.[45]) Sie kam aber doch zustande.

Am 3. Oktober bis 3. November tagte nämlich eine internationale Konferenz in Berlin, die glänzend beschickt war. An derselben nahmen teil: Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien, Österreich-Ungarn, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Ägypten, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Griechenland, Italien, Japan, Mexico, Monaco, Montenegro, Norwegen, die Niederlande, Persien, Portugal, Rumänien, Russland, Siam, Schweden, die Türkei und Uruguay.

Die damals beratene „Convention radiotélégraphique internationale“ nebst Schlussprotokoll und Règlement de service sind von folgenden Staaten unterzeichnet worden: Deutschland, Vereinigte Staaten von Amerika, Argentinien, Österreich-Ungarn, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Griechenland, Italien, Japan, Mexico, Monaco, Norwegen, den Niederlanden, Persien, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, der Türkei und Uruguay.

Daneben kam noch ein „Engagement additionnel“ zustande, das aber nur von folgenden Staaten unterzeichnet worden ist:

---

[44]) Vgl. über dies alles *O. Jentsch*, Telegraphie und Telephonie ohne Draht, 1904, S. 40—42 und Conférence préliminaire concernant la télégraphie sans fil (Berlin 1903).

[45]) *Rolland* meinte noch in seiner zitierten Abhandlung, die Konferenz werde wohl nicht so bald zusammentreten (S. 69). Über die internationale Vorkonferenz in Berlin und die darüber publizierten Protokolle findet sich ein Bericht in der Zeitschrift The Electrician vom 20. Nov. 1903, S. 157, 214. Diese Zeitschrift sprach sich am 5. Okt. 1906 folgendermassen über die Vorkonferenz aus: ...the first or "preliminary" Conference held in August 1903, was far from successful in promoting the desired result, as the Governments of two important countries out of the eight whose representatives attended — namely Great Britain and Italy — refused to sign the protocol embodying the recommendations of the Conference, owing to their agreements with the Marconi-Company.

Deutschland, Vereinigte Staaten von Amerika, Argentinien, Österreich-Ungarn, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Monaco, Norwegen, den Niederlanden, Rumänien, Russland, Schweden, der Türkei und Uruguay. Es fehlen hier also folgende Staaten: Grossbritannien, Japan, Italien, Mexico, Persien und Portugal.

Wenn es sich nun darum handelt, den Inhalt der internationalen Konvention zur Darstellung zu bringen, so ist folgendes zu sagen, — dabei bemerke ich, dass ich nur die hauptsächlichsten Gesichtspunkte heraushebe, die speziell für den Juristen ins Gewicht fallen. [46])

I.

Kraft des in Aussicht genommenen Staatsvertrages über die Radiotelegraphie treten die Staaten, die ihn genehmigen, in ein engeres völkerrechtliches Vertragsverhältnis, und es wird damit eine neue verkehrsrechtliche Rechtsunion geschaffen.

1. Es liegen zwei Verständigungen vor, die aus subjektiven Gründen (die beigetretenen Staaten sind nicht vollkommen identisch) und aus objektiven Gründen auseinandergehalten werden müssen:
   a) die Konvention, die sich auf den drahtlosen Telegraphieverkehr zwischen Land (Küste) und Schiff bezieht;
   b) das Engagement, das eine Interkommunikationspflicht der Schiffe statuiert.
2. Inhaltlich ruhen die zwei Verständigungen auf dem völkerrechtlichen Grundsatze, dass die Staaten ein Recht haben auf gegenseitigen Verkehr, und dass sie also die gegenseitige Ausübung der drahtlosen Telegraphie gestatten müssen und nichts tun dürfen, das ihr hindernd entgegentreten würde. Allerdings kann dieses völkerrechtliche

[46]) Vgl. dazu Documents de la Conférence radiotélégraphique internationale de Berlin 1906 publiés par le Département des Postes de l'Empire d'Allemagne (Berlin 1906). Es wird passend sein, die bisherige Konvention über die gewöhnliche Telegraphie von der neuen dadurch zu unterscheiden, dass man die letztere als die *Konvention über Radiotelegraphie* bezeichnet. Vgl. S. 15 oben.

Grundrecht weiter oder enger gefasst werden.[47]) Gerade bei der drahtlosen Telegraphie aber tritt es gewissermassen in seiner Reinheit auf: es handelt sich um die Benützung der Luft.

3. Die neue Verkehrsunion schliesst sich zum Teil an die schon bestehende internationale Telegraphenkonvention an.[48]) In dieser Beziehung ist aufmerksam zu machen auf:
   a) Art. 17 der Konvention,
   b) Art. XXXV und XLII des Règlement de service, das auf das internationale Telegraphenreglement verweist.

II.

Die materielle Bedeutung der internationalen Konvention über die Radiotelegraphie liegt ganz speziell darin, dass für den Verkehr zwischen Seeschiffen und der Küste durch völkerrechtliches Vertragsrecht eine Gleichberechtigung der verschiedenen radiotelegraphischen Systeme festgesetzt worden ist.

In Art. 3 der Konvention liegt *der Kern der Sache* (vgl. dazu Schlussprotokoll II und III und Reglement Art. I). Es bestand ein allgemeines völkerrechtliches Interesse, dass der Grundsatz zur Anerkennung gelangte, wonach allen Systemen freier Verkehr gestattet wurde. Das deutsche Reich trat deswegen mit vollem Rechte dafür ein, dass für die Konkurrenz aller drahtlosen oder funkentelegraphischen Systeme freie Bahn geschaffen wurde, und dass monopolistische Bestrebungen einzelner Systeme in den Hintergrund treten.

Diese Auffassung wurde auch auf der 1903 in Berlin abgehaltenen internationalen Konferenz von der Mehrzahl der vertretenen Staaten geteilt. Die meisten Küstenstaaten verfahren darnach bei der Errichtung oder der Konzessionierung drahtloser

---

[47]) Etwas zu weit bin ich in den Ausführungen gegangen, die im Handbuche des Völkerrechts von *v. Holtzendorff*, III, S. 265, enthalten sind.

[48]) Über die Telegraphenunion und die andern Rechtsunionen ist zu vergleichen meine Schrift: Die internationalen Unionen über das Recht der Weltverkehrsanstalten und des geistigen Eigentums (Leipzig 1889) und *P. S. Reinsch:* International Unions and their Administration in American Journal of international law, I, S. 579.

Telegraphenstationen, — abgesehen von England und Italien. In der Tat wäre auch eine andere Lösung möglich gewesen, wenn alle Konventionsstaaten das System Marconi adoptiert hätten, allein dieser Ausweg siegte nicht.

Von dem Zeitpunkte des Inkrafttretens der Konvention an haben diejenigen Staaten, die an dieser Radiotelegraphen-Union partizipieren, das Recht, zu verlangen, dass die Stationen der Schiffe und der Küsten Radiotelegramme ohne Unterschied des Systemes absenden und empfangen.[49]) Darnach hat z. B das deutsche Reich vom 1. Juli 1908 an (sofern dieser Termin eingehalten wird) einen völkerrechtlichen Anspruch gegenüber Grossbritannien, dahingehend, dass dieser Staat die seiner Souveränität unterworfenen Stationen für den internationalen Verkehr zu einem konventionsgemässen Verhalten zwingt. Und was das Verhalten der Schiffe auf dem Meere anbetrifft, so ist durch gegenseitige Übereinstimmung ein bestimmtes völkerrechtliches Vorgehen gesichert: *die internationale Konvention hat dasjenige Resultat erreicht, das ein Staat für sich allein niemals hätte herbeiführen können.*[50]) Es wäre daher, auf Grund der Genehmigung der Staatsverträge, nicht zulässig, dass z. B. England denjenigen Schiffen, welche die Flagge von Grossbritannien tragen, befehle, nur mit solchen Küstenstationen zu verkehren, die das Marconi-System führen.

III.

Die Konvention über die Radiotelegraphie hat dadurch einzelne Bestandteile des internationalen Telegraphenrechts auch auf die

---

[49]) Vgl. auch die Rede eines der deutschen Delegierten *(Krätke)*, die er an der Konferenz hielt, abgedruckt im Journal télégraphique, XXXI, 1907, S. 41 und in der Folgendes gesagt wird: ...les espérances que nous avons eues au début de nos délibérations, peuvent être considérées comme réalisées, car nous avons réussi à créer une base sans laquelle le développement des relations internationales était impossible. Le principe d'admettre chaque système qui a fait ses preuves — et c'était là le point capital de nos délibérations — a été reconnu...

[50]) Es ist grossartig, zu sehen, wie die internationalen Verständigungen Fortschritte machen. Vgl. die elegante Ausführung von *G. C. Buzzati:* Trattato di diritto internazionale privato secondo le convenzioni dell'Aja, vol. I, S. 3/4 (1907): Quello che cinquant'anni or sono era ancora un ideale a distanza,

drahtlose Telegraphen-Union herübergenommen, dass sie verschiedene Artikel der Telegraphenkonvention als anwendbar erklärte.

Die Bestimmungen, die hier in Frage kommen, gehören teils dem Völkerrechte, teils dem internationalen Privatrechte an. Art. 17 der Konvention über die Radiotelegraphie lautet:

> Les dispositions des articles 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 11, 12 et 17 de la Convention télégraphique internationale de St. Pétersbourg du 10/22 juillet 1875 sont applicables à la radiotélégraphie internationale.

1. Art. 1 der Telegraphenkonvention bestimmt:

> Les Hautes Parties contractantes reconnaissent à toutes personnes le droit de correspondre au moyen des télégraphes internationaux.

Indem diese Vertragsnorm hier als anwendbar erklärt wird, ist der Kontrahierungszwang in allgemeiner Weise auch gegenüber den Verkehrsanstalten der drahtlosen Telegraphie statuiert.[51]) Allerdings ist er durch die weiter zu erwähnenden Art. 7 und 8 sogar in Friedenszeiten (und auf Grund des Völkerrechts erst recht für die Kriegszeit) als modifiziert anzusehen.

2. Die Telegraphenkonvention bestimmt:

Art. 2.

> Elles (les Hautes Parties contractantes) s'engagent à prendre toutes les dispositions nécessaires pour assurer le secret des correspondances et leur bonne expédition.

Zu Art. 2 ist Art. VI Nr. 4 des Reglements zu vergleichen.

Art. 3.

> Toutefois, elles déclarent n'accepter, à raison du service de la télégraphie internationale, aucune responsabilité.

Durch Art. 3 wird jede zivilistische Haftpflicht beseitigt. Vgl. S. 17 oben.

Es muss freilich anerkannt werden, dass die Sache sich

---

oggi è un fatto; e ciò che ieri poteva esser stimata una utopia appare fra le non dense brume di un prossimo avvenire con profili sempre più netti e precisi.

[51]) Über den Kontrahierungszwang sprach ich mich ausführlich aus in meinem Telephonrecht, S. 152—173.



hier in einem andern Lichte zeigt als im gewöhnlichen Telegraphenrechte. Vgl. Art. XXVII des Reglements.

3. Art. 5 und 6 der Telegraphenkonvention bestimmen:

Art. 5.

Les télégrammes sont classés en trois catégories:

1. Télégrammes d'Etat: ceux qui émanent du Chef de l'Etat, des Ministres, des Commandants en chef des forces de terre et de mer et des Agents diplomatiques ou consulaires des Gouvernements contractants, ainsi que les réponses à ces mêmes télégrammes.

2. Télégrammes de service: ceux qui émanent des Administrations télégraphiques des Etats contractants et qui sont relatifs, soit au service de la télégraphie internationale, soit à des objets d'intérêt public déterminés de concert par les dites Administrations.

3. Télégrammes privés.

Dans la transmission, les télégrammes d'Etat jouissent de la priorité sur les autres télégrammes.

Art. 6.

Les télégrammes d'Etat et de service peuvent être émis en langage secret, dans toutes les relations.

Les télégrammes privés peuvent être échangés en langage secret entre deux Etats qui admettent ce mode de correspondance.

Les Etats qui n'admettent pas les télégrammes privés en langage secret, au départ et à l'arrivée, doivent les laisser circuler en transit, sauf le cas de suspension défini à l'article 8.

4. Art. 7 und 8 der Telegraphenkonvention bestimmen:

Art. 7.

Les Hautes Parties contractantes se réservent la faculté d'arrêter la transmission de tout télégramme privé qui paraîtrait dangereux pour la sécurité de l'Etat ou qui serait contraire aux lois du pays, à l'ordre public ou aux bonnes mœurs.

Art. 8.

Chaque Gouvernement se réserve aussi la faculté de suspendre le service de la télégraphie internationale pour un temps indéterminé, s'il le juge nécessaire, soit d'une manière générale, soit seulement sur certaines lignes et pour certaines

natures de correspondances, à charge par lui d'en aviser immédiatement chacun des autres Gouvernements contractants.

5. Die Telegraphenkonvention enthält ferner Bestimmungen über das innere und das Abrechnungsverhältnis der kontrahierenden Staaten.

Art. 11.

Les télégrammes relatifs au service des télégraphes internationaux des Etats contractants sont transmis en franchise sur tout le réseau des dits Etats.

Art. 12.

Les Hautes Parties contractantes se doivent réciproquement compte des taxes perçues par chacune d'elles.

6. Die Telegraphenkonvention reserviert innerhalb der Union separate Abmachungen. Art. 17 bestimmt:

Les Hautes Parties contractantes se réservent respectivement le droit de prendre séparément, entre elles, des arrangements particuliers de toute nature sur les points du service qui n'intéressent pas la généralité des Etats.

Auf diesem Vorbehalte, der einer allgemeinen Rechtsanschauung entspricht, ruht ein schon erwähntes „Engagement additionnel".

IV.

Die neue Rechtsunion ist dem bestehenden internationalen Telegraphenbureau in Bern angegliedert worden, immerhin in der Meinung, dass für die drahtlose Telegraphie eine besondere Abteilung eingerichtet ist.

Bei den Verhandlungen in der Kommission betreffend das Reglement vom 24. Oktober 1906 und in der Plenarsitzung vom 29. Oktober 1906 wurde es als wünschenswert bezeichnet, dass die Übernahme der betreffenden Arbeiten durch das internationale Bureau sobald als möglich zu geschehen habe, damit eine Wahrnehmung der Geschäfte durch eine andere Verwaltung in der Zwischenzeit vermieden würde. Die entstehenden Kosten würden nach dem Inkrafttreten der Convention radiotélégraphique zu liquidieren sein. Um die Übermittlung dieses Antrages an die Schweiz ist von der Konferenz die kaiserlich deutsche Regierung ersucht worden.

Es ist auf Art. 13 der Konvention und Art. XXXVII des Reglementes zu verweisen.

Der deutsche Geschäftsträger setzte den schweizerischen Bundesrat mit Note vom 4. Dezember 1906 von der Sachlage in Kenntnis und bemerkte dabei, dass das endgültige Ersuchen nach erfolgter Ratifikation der Abkommen werde gestellt werden. Der Bundesrat ermächtigte das internationale Telegraphenbureau mit umgehend erlassenem Beschlusse, die Mission anzunehmen. Die Schweiz hat alle Ursache, über diesen neuen Beweis des Vertrauens der Staaten erfreut zu sein, und der Bundesrat hat natürlich nicht gezögert, die ihm und speziell dem internationalen Telegraphenbureau eventuell übertragenen Verpflichtungen zu übernehmen. Es liegt hier ein völkerrechtliches Mandatsverhältnis vor.

Am 31. Dezember 1906 beschloss dann der Bundesrat auf den Antrag des internationalen Telegraphenbureau:

> Das internationale Bureau der Telegraphenverwaltungen wird bis auf weiteres in zwei von einander getrennte Abteilungen zerfallen, in eine Abteilung für das Telegraphenwesen und in eine solche für die Funkentelegraphie.

Die Kosten des neuen Bureaus werden auf Rechnung der dem Berliner Vertrag betreffend die internationale Funkentelegraphie vom 3. November 1906 beigetretenen Staaten bestritten.

V.

Die Konvention über die Radiotelegraphie trifft auch Bestimmungen über die Schlichtung von Streitigkeiten.

Im Gegensatze zu den vielen in der Neuzeit unter den europäischen Nationen abgeschlossenen Schiedsgerichtsvorverträgen[52])

---

[52]) Ich charakterisierte sie so in meinem Buche: Das internationale Zivilprozessrecht auf Grund der Theorie, Gesetzgebung und Praxis, S. 290. Es ist aber nie meine Meinung gewesen, zu sagen, sie seien nicht verbindlich. Damit erledigt sich die durchaus zutreffende Bemerkung von *O. Nippold:* Die Fortbildung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten. Ein völkerrechtliches Problem der Gegenwart speziell im Hinblick auf die Haager Friedenskonferenzen, 1907, S. 337, Note 11. Nach meiner Meinung *muss* die Doktrin des Völkerrechts, um rein wissenschaftlich zu werden, mit den zivilistischen Begriffen operieren.

liegt hier ein Schiedsgerichtsvertrag vor (Art. 18 und Reglement Art. VII). Solche spezielle Verständigungen sind weit wertvoller als jene Bestrebungen, die nach einem „Weltschiedsgerichtsvertrage" tendieren, d. h. einem Phantome nachjagen, an das nur solche Leute glauben können, die in naivem Sinne der Meinung sind, dass Jurisprudenz und Politik der Romantik angehören.

Es wird von der weiteren Entwicklung der drahtlosen Telegraphie abhängen, ob ein der internationalen Kabelschutzkonvention entsprechender Schutz auch hier herbeigeführt werden müsse. Durch die internationale Verständigung (Convention internationale pour la protection des câbles sous-marins von 1884)[53]) verpflichteten sich die hervorragendsten Staaten, die Angriffe gegen die Kabel unter Strafe zu stellen mit den Worten (Art. 2):

> La rupture ou la détérioration d'un câble sous-marin, faite volontairement ou par négligence coupable, et qui pourrait avoir pour résultat d'interrompre ou d'entraver, en tout ou en partie, les communications télégraphiques est punissable, sans préjudice de l'action civile en dommages-intérêts.........

In dieser Convention liegt *eine völkerrechtliche Verständigung*, bezüglich des Kabelschutzes Strafgesetze zu erlassen (ein pactum de lege ferenda poenali), und es lässt sich die Frage erheben, ob auch *die kabellosen Hertzischen Wellen* in ähnlicher Weise eines Schutzes teilhaftig werden sollten. Indessen ist die Zeit dazu wohl noch nicht gekommen.

---

[53]) Vgl. *Dambach* in *v. Holtzendorff:* Handbuch des Völkerrechts, III, S. 337—341; *Ullmann*, Völkerrecht, 2. Aufl., 1898, S. 213 und 292/3; *Gareis*, Institutionen des Völkerrechts, 2. Aufl. 1901, S. 189; *v. Liszt*, Das Völkerrecht, 5. Aufl., S. 247—249, und *P. Jouhannaud*, Les câbles sous-marins, leur protection en temps de paix et en temps de guerre, Thèse (Paris 1904). Die Convention ist abgedruckt im Journal télégraphique, X, S. 33–36. Die von den Einzelstaaten erlassenen Gesetze finden sich das. X, S. 32, 33, 58, 85, 132; XI, S. 42, 90, 91, 169; XII, 117, 142, 231. Der Wortlaut des Staatsvertrages ist ferner enthalten in Völkerrechtsquellen von *Fleischmann*, 1905, S. 189—191.

Schlussbemerkung.

Die Erfindung der drahtlosen Telegraphie und des lenkbaren Luftballons stellt die grossartigsten Triumphe des nie rastenden Geistes der neuzeitlichen Technik dar, und der Weltverkehr erhält durch die neu geschaffenen Verkehrsmittel eine weitere intensive Belebung, weil sie sehr ernsthaft dazu beiträgt, Raum und Zeit zu besiegen.

Die Grosstaten der Technik üben auf das moderne Leben einen gewaltigen Einfluss aus, insbesondere wird die Rechtswissenschaft aufs neue dazu angeregt, neben dem antiken Rechte auch dem modernen Rechte ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken und namentlich das Verkehrsrecht als *Spezialrechtsgebiet* zu pflegen. [1]) Die Weltverkehrsanstalten sind meines Erachtens die Herolde eines Weltrechts, das sich im Tempo der Geschichte innerhalb einzelner besonderer Gebiete zweifellos herausbilden wird. [2])

---

[1]) Es ist tief zu beklagen, dass die neuen Rechtszweige des modernen Lebens immer noch so vielfach verkannt werden, und dass namentlich auch an den deutschen und österreichischen Universitäten so ausserordentlich solid gemauerte Vorurteile gegen eine eingehende Berücksichtigung des modernen Rechts bestehen: es gibt dort eine Art Kautelarjurisprudenz gegen dessen Pflege!

[2]) Vgl. dazu meinen Aufsatz in der (in Berlin erscheinenden) internationalen Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik (herausgegeben von *Hinneberg*), 1907, I, S. 977 spez. 981. Er ist betitelt: Idealismus und Realismus im internationalen Rechte.

Beilagen:

Die internationalen Verständigungen.

A.

CONVENTION RADIOTÉLÉGRAPHIQUE INTERNATIONALE

conclue entre

l'Allemagne, les États-Unis d'Amérique, l'Argentine, l'Autriche, la Hongrie, la Belgique, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, le Danemark, l'Espagne, la France, la Grande-Bretagne, la Grèce, l'Italie, le Japon, le Mexique, Monaco, la Norvège, les Pays-Bas, la Perse, le Portugal, la Roumanie, la Russie, la Suède, la Turquie et l'Uruguay.

Les soussignés, plénipotentiaires des Gouvernements des Pays ci-dessus énumérés, s'étant réunis en Conférence à Berlin, ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, arrêté la Convention suivante:

Article 1er.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à appliquer les dispositions de la présente Convention dans toutes les stations radiotélégraphiques — stations côtières et stations de bord — ouvertes au service de la correspondance publique entre la terre et les navires en mer qui sont établies ou exploitées par les Parties contractantes.

Elles s'engagent, en outre, à imposer l'observation de ces dispositions aux exploitations privées autorisées, soit à établir ou à exploiter des stations côtières radiotélégraphiques ouvertes au service de la correspondance publique entre la terre et les navires en mer, soit à établir ou à exploiter des stations radiotélégraphiques ouvertes ou non au service de la correspondance publique à bord des navires qui portent leur pavillon.

Article 2.

Est appelée station côtière touto station radiotélégraphique établie sur terre ferme ou à bord d'un navire ancré à demeure et utilisée pour l'échange de la correspondance avec les navires en mer.

Toute station radiotélégraphique établie sur un navire autre qu'un bateau fixe est appelée station de bord.

Article 3.

Les stations côtières et les stations de bord sont tenues d'échanger réciproquement les radiotélégrammes sans distinction du système radiotélégraphique adopté par ces stations.

Article 4.

Nonobstant les dispositions de l'article 3, une station peut être affectée à un service de correspondance publique restreinte déterminé par le but de la correspondance ou par d'autres circonstances indépendantes du système employé.

Article 5.

Chacune des Hautes Parties contractantes s'engage à faire relier les stations côtières au réseau télégraphique par des fils spéciaux ou, tout au moins, à prendre d'autres mesures assurant un échange rapide entre les stations côtières et le réseau télégraphique.

Article 6.

Les Hautes Parties contractantes se donnent mutuellement connaissance des noms des stations côtières et des stations de bord visées à l'article 1er, ainsi que de toutes les indications propres à faciliter et à accélérer les échanges radiotélégraphiques qui seront spécifiées dans le Réglement.

Article 7.

Chacune des Hautes Parties contractantes se réserve la faculté de prescrire ou d'admettre que dans les stations visées à l'article 1er, indépendamment de l'installation dont les indications sont publiées conformément à l'article 6, d'autres dispositifs soient établis et exploités en vue d'une transmission radiotélégraphique spéciale sans que les détails de ces dispositifs soient publiés.

Article 8.

L'exploitation des stations radiotélégraphiques est organisée, autant que possible, de manière à ne pas troubler le service d'autres stations de l'espèce.

Article 9.

Les stations radiotélégraphiques sont obligées d'accepter par priorité absolue les appels de détresse provenant des navires, de répondre de même à ces appels et d'y donner la suite qu'ils comportent.

Article 10.

La taxe totale des radiotélégrammes comprend:

1° la taxe afférente au parcours maritime, savoir:
   a) la „taxe côtière" qui appartient à la station côtière,
   b) la „taxe de bord" qui appartient à la station de bord,

2° la taxe pour la transmission sur les lignes du réseau télégraphique calculée d'après les règles générales.

Le taux de la taxe côtière est soumis à l'approbation du Gouvernement dont relève la station côtière; celui de la taxe de bord, à l'approbation du Gouvernement dont le navire porte le pavillon.

Chacune de ces deux taxes doit être fixée suivant le tarif par mot pur et simple, avec minimum facultatif de taxe par radiotélégramme, sur la base de la rémunération équitable du travail radiotélégraphique. Chacune d'elles ne peut dépasser un maximum à fixer par les Hautes Parties contractantes.

Toutefois chacune des Hautes Parties contractantes a la faculté d'autoriser des taxes supérieures à ce maximum dans le cas de stations d'une portée dépassant 800 kilomètres, ou de stations exceptionnellement onéreuses en raison des conditions matérielles de leur installation et de leur exploitation.

Pour les radiotélégrammes originaires ou à destination d'un pays et échangés directement avec les stations côtières de ce pays, les Hautes Parties contractantes se donnent mutuellement connaissance des taxes applicables à la transmission sur les lignes de leurs réseaux télégraphiques. Ces taxes sont

celles qui résultent du principe que la station côtière doit être considérée comme station d'origine ou de destination.

Article 11.

Les dispositions de la présente Convention sont complétées par un Réglement qui a la même valeur et entre en vigueur en même temps que la Convention.

Les prescriptions de la présente Convention et du Réglement y relatif peuvent être à toute époque modifiées d'un commun accord par les Hautes Parties contractantes. Des conférences de plénipotentiaires ou de simples conférences administratives, selon qu'il s'agira de la Convention ou du Réglement, auront lieu périodiquement; chaque conférence fixera elle-même le lieu et l'époque de la réunion suivante.

Article 12.

Ces conférences sont composées de délégués des Gouvernements des Pays contractants.

Dans les délibérations, chaque pays dispose d'une seule voix.

Si un Gouvernement adhère à la Convention pour ses colonies, possessions ou protectorats, les conférences ultérieures peuvent décider que l'ensemble ou une partie de ces colonies, possessions ou protectorats est considéré comme formant un pays pour l'application de l'alinéa précédent. Toutefois le nombre des voix dont dispose un Gouvernement, y compris ses colonies, possessions ou protectorats, ne peut dépasser six.

Article 13.

Un Bureau international est chargé de réunir, de coordonner et de publier les renseignements de toute nature relatifs à la radiotélégraphie, d'instruire les demandes de modification à la Convention et au Réglement, de faire promulguer les changements adoptés et, en général, de procéder à tous travaux administratifs dont il serait saisi dans l'intérêt de la radiotélégraphie internationale.

Les frais de cette institution sont supportés par tous les Pays contractants.

Article 14.

Chacune des Hautes Parties contractantes se réserve la faculté de fixer les conditions dans lesquelles elle admet les radiotélégrammes en provenance ou à destination d'une station, soit de bord, soit côtière, qui n'est pas soumise aux dispositions de la présente Convention.

Si un radiotélégramme est admis, les taxes ordinaires doivent lui être appliquées.

Il est donné cours à tout radiotélégramme provenant d'une station de bord et reçu par une station côtière d'un Pays contractant ou accepté en transit par l'Administration d'un Pays contractant.

Il est également donné cours à tout radiotélégramme à destination d'un navire, si l'Administration d'un Pays contractant en a accepté le dépôt ou si l'Administration d'un Pays contractant l'a accepté en transit d'un Pays non contractant, sous réserve du droit de la station côtière de refuser la transmission à une station de bord relevant d'un Pays non contractant.

Article 15.

Les dispositions des articles 8 et 9 de cette Convention sont également applicables aux installations radiotélégraphiques autres que celles visées à l'article 1er.

Article 16.

Les Gouvernements qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande.

Cette adhésion est notifiée par la voie diplomatique à celui des Gouvernements contractants au sein duquel la dernière Conférence a été tenue et par celui-ci à tous les autres.

Elle emporte de plein droit accession à toutes les clauses de la présente Convention et admission à tous les avantages y stipulés.

Article 17.

Les dispositions des articles 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 11, 12 et 17 de la Convention télégraphique internationale de St-Pétersbourg du 10/22 juillet 1875 sont applicables à la radiotélégraphie internationale.

Article 18.

En cas de dissentiment entre deux ou plusieurs Gouvernements contractants relativement à l'interprétation ou à l'exécution, soit de la présente Convention, soit du Réglement prévu par l'article 11, la question en litige peut, d'un commun accord, être soumise à un jugement arbitral. Dans ce cas, chacun des Gouvernements en cause en choisit un autre non intéressé dans la question.

La décision des arbitres est prise à la majorité absolue des voix.

En cas de partage des voix, les arbitres choisissent, pour trancher le différend, un autre Gouvernement contractant également désintéressé dans le litige. A défaut d'une entente concernant ce choix, chaque arbitre propose un Gouvernement contractant désintéressé; il est tiré au sort entre les Gouvernements proposés. Le tirage au sort appartient au Gouvernement sur le territoire duquel fonctionne le Bureau international prévu à l'article 13.

Article 19.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à prendre ou à proposer à leurs législatures respectives les mesures nécessaires pour assurer l'exécution de la présente Convention.

Article 20.

Les Hautes Parties contractantes se communiqueront les lois qui auraient déjà été rendues ou qui viendraient à l'être dans leurs Pays relativement à l'objet de la présente Convention.

Article 21.

Les Hautes Parties contractantes conservent leur entière liberté relativement aux installations radiotélégraphiques non prévues à l'article 1 et, notamment, aux installations navales et militaires, lesquelles restent soumises uniquement aux obligations prévues aux articles 8 et 9 de la présente Convention.

Toutefois, lorsque ces installations font de la correspondance publique, elles se conforment, pour l'exécution de ce service, aux prescriptions du Réglement en ce qui concerne le mode de transmission et la comptabilité.

Article 22.

La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1er juillet 1908, et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé et jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où la dénonciation en sera faite.

La dénonciation ne produit son effet qu'à l'égard du Gouvernement au nom duquel elle a été faite. Pour les autres Parties contractantes, la Convention reste en vigueur.

Article 23.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront déposées à Berlin dans le plus bref délai possible.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la Convention en un exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement Impérial d'Allemagne et dont une copie sera remise à chaque Partie.

Fait à Berlin, le 3 novembre 1906.

B.

ENGAGEMENT ADDITIONNEL.

Les soussignés plénipotentiaires des Gouvernements de l'Allemagne, des Etats-Unis d'Amérique, de l'Argentine, de l'Autriche, de la Hongrie, de la Belgique, du Brésil, de la Bulgarie, du Chili, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grèce, de Monaco, de la Norvège, des Pays-Bas, de la Roumanie, de la Russie, de la Suède, de la Turquie, de l'Uruguay

s'engagent à appliquer à partir de la date de la mise en vigueur de la Convention les dispositions des articles additionnels suivants:

I.

Chaque station de bord visée à l'article 1er de la Convention sera tenue d'intercommuniquer avec toute autre station de bord sans distinction du système radiotélégraphique adopté respectivement par ces stations.

II.

Les Gouvernements qui n'ont pas adhéré à l'article ci-dessus peuvent, à toute époque, faire connaître, en adoptant la procédure indiquée à l'article 16 de la Convention, qu'ils s'engagent à en appliquer les dispositions.

Ceux qui ont adhéré à l'article ci-dessus peuvent, à toute époque, faire connaître, dans les conditions prévues à l'article 22 de la Convention, leur intention de cesser d'en appliquer les dispositions.

III.

Le présent engagement sera ratifié et les ratifications en seront déposées à Berlin dans le plus bref délai possible.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent engagement en un exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement Impérial d'Allemagne et dont une copie sera remise à chaque Partie.

Fait à Berlin, le 3 novembre 1906.

C.

PROTOCOLE FINAL.

Au moment de procéder à la signature de la Convention arrêtée par la Conférence radiotélégraphique internationale de Berlin, les plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

I.

Les Hautes Parties contractantes conviennent qu'à la Conférence prochaine le nombre des voix dont chaque pays dispose (article 12 de la Convention) sera décidé au début des délibérations de manière que les colonies, possessions ou protectorats, admis à bénéficier de voix puissent exercer leur droit de vote au cours de tous les travaux de cette Conférence.

La décision prise aura un effet immédiat et restera en vigueur jusqu'à sa modification par une Conférence ultérieure.

En ce qui concerne la prochaine Conférence, les demandes tendant à l'admission de nouvelles voix en faveur de colonies, possessions ou protectorats qui auraient adhéré à la Convention seront adressés au Bureau international six mois au moins avant la date de la réunion de cette Conférence. Ces demandes seront immédiatement notifiées aux autres Gouvernements contractants qui pourront, dans un délai de deux mois, à partir de la remise de la notification, formuler des demandes semblables.

II.

Chaque Gouvernement contractant peut se réserver la faculté de désigner, suivant les circonstances, certaines stations côtières qui seront exemptées de l'obligation, imposée par l'article 3 de la Convention sous la condition que, dès l'application de cette mesure, il soit ouvert sur son territoire une ou plusieurs stations soumises aux obligations de l'article 3, et assurant le service radiotélégraphique dans la région desservie par les stations exemptées d'une manière satisfaisant aux besoins de la correspondance publique. Les Gouvernements qui désirent se réserver cette faculté doivent en donner notification dans la forme prévue au deuxième alinéa de l'article 16 de la Convention, au plus tard trois mois avant la mise en vigueur de la Convention ou, dans le cas d'adhésions ultérieures, au moment de l'adhésion.

Les Pays dont les noms suivent déclarent, dès à présent, qu'ils ne se réserveront pas cette faculté:

Allemagne,
États-Unis d'Amérique,
Argentine,
Autriche,
Hongrie,
Belgique,
Brésil,
Bulgarie,
Chili,
Grèce,
Mexique,
Monaco,
Norvège,
Pays-Bas,
Roumanie,
Russie,
Suède,
Uruguay.

III.

Le mode d'exécution des dispositions de l'article précédent dépend du Gouvernement qui se sert de la faculté d'exemption; ce Gouvernement a pleine liberté de décider de temps en temps, suivant son propre jugement, combien de stations et quelles stations seront exemptées. Ce Gouvernement a la même liberté en ce qui concerne le mode d'exécution de la condition relative à l'ouverture d'autres stations soumises aux obligations de l'article 3 et assurant le service radiotélégraphique dans la région desservie par les stations exemptées d'une manière satisfaisant aux besoins de la correspondance publique.

IV.

Il est entendu qu'afin de ne pas entraver les progrès scientifiques, les dispositions de l'article 3 de la Convention n'empêchent pas l'emploi éventuel d'un système radiotélégraphique incapable de communiquer avec d'autres systèmes, pourvu toutefois que cette incapacité soit due à la nature spécifique de ce système et qu'elle ne soit pas l'effet de dispositifs adoptés uniquement en vue d'empêcher l'intercommunication.

V.

L'adhésion à la Convention du Gouvernement d'un pays ayant des colonies, possessions ou protectorats ne comporte pas l'adhésion de ses colonies, possessions ou protectorats, à moins d'une déclaration à cet effet de la part de ce Gouvernement. L'ensemble de ces colonies, possessions et protectorats ou chacun d'eux séparément peut faire l'objet d'une adhésion distincte ou d'une dénonciation distincte dans les conditions prévues aux articles 16 et 22 de la Convention.

Il est entendu que les stations à bord de navires ayant leur port d'attache dans une colonie, possession ou protectorat peuvent être désignées comme relevant de l'autorité de cette colonie, possession ou protectorat.

VI.

Il est pris acte de la déclaration suivante:

La délégation italienne en signant la Convention doit toutefois faire la réserve que la Convention ne pourra être ratifiée de la part de l'Italie qu'à la date de l'expiration de ses contrats avec *M. Marconi* et sa Compagnie, ou à une date plus rapprochée si le Gouvernement du Roi d'Italie pourra la fixer par des négociations avec *M. Marconi* et sa Compagnie.

VII.

Dans le cas où une ou plusieurs des Hautes Parties contractantes ne ratifieraient pas la Convention, celle-ci n'en sera pas moins valable pour les parties qui l'auront ratifiée.

En foi de quoi, les plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole final, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de la Convention à laquelle il se rapporte et ils l'ont signé en un exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement Impérial d'Allemagne et dont une copie sera remise à chaque Partie.

Fait à Berlin, le 3 novembre 1906.

D.

RÈGLEMENT DE SERVICE,

annexé à la

CONVENTION RADIOTÉLÉGRAPHIQUE INTERNATIONALE

Table des Matières.

I. Organisation des stations radiotélégraphiques.

I.

Le choix des appareils et des dispositifs radiotélégraphiques à employer par les stations côtières et les stations de bord est libre. L'installation de ces stations doit répondre, autant que possible, aux progrès scientifiques et techniques.

II.

Deux longueurs d'onde, l'une de 300 et l'autre de 600 mètres, sont admises pour le service de la correspondance publique générale. Toute station côtière ouverte à ce service utilise l'une ou l'autre de ces deux longueurs d'onde. Pendant toute la durée de son ouverture au service, chaque station doit être en état de recevoir les appels faits au moyen de sa longueur d'onde, et il n'y peut être fait usage d'aucune autre longueur d'onde pour le service de la correspondance publique générale. Toutefois, chaque Gouvernement peut autoriser l'emploi dans une station côtière d'autres longueurs d'onde destinées à assurer un service de longue portée ou un service autre que celui de la correspondance publique générale et établi conformément aux dispositions de la Convention, à condition que ces longueurs d'onde ne dépassent pas 600 mètres ou qu'elles soient supérieurs à 1600 mètres.

III.

1. La longueur d'onde normale pour les stations de bord est de 300 mètres. Toute station de bord doit être installée de manière à pouvoir se servir de cette longueur d'onde. D'autres longueurs d'onde peuvent être employées par ces stations à condition de ne pas dépasser 600 mètres.

2. Les navires de faible tonnage qui seraient dans l'impossibilité matérielle de réaliser le dispositif assurant la longueur d'onde de 300 mètres peuvent être autorisés à employer une longueur d'onde inférieure.

IV.

1. Il est procédé, par les soins du Bureau international, à l'établissement d'une nomenclature des stations radiotélégraphiques visées à l'article 1er de la Convention. Cette nomenclature donne pour chaque station les renseignements suivants:

1° nom, nationalité et position géographique pour les stations côtières; nom, nationalité, signal distinctif du Code international et indication du port d'attache du navire, pour les stations de bord;

2° indicatif d'appel (les indicatifs doivent être différenciés les uns des autres et chacun doit être formé d'un groupe de trois lettres);

3° portée normale;

4° système radiotélégraphique;

5° catégorie des appareils récepteurs (appareils écrivants, à réception auditive ou autres);

6° longueurs d'onde utilisées par la station (la longueur d'onde normale est soulignée);

7° nature du service effectué par la station:

Correspondance publique générale;

Correspondance publique restreinte (correspondance avec les navires...; correspondance avec les lignes de navigation de...; correspondance avec les navires munis d'appareils du système... etc.);

Correspondance publique de longue portée;

Correspondance d'intérêt privé;

Correspondance spéciale (correspondance exclusivement officielle); etc.

8° heures d'ouverture;

9° taxe côtière ou de bord.

2. Sont compris, en outre, dans la nomenclature les renseignements relatifs aux stations radiotélégraphiques autres que celles visées à l'article 1er de la Convention qui sont communiqués au Bureau international par l'Administration dont dépendent ces stations.

V.

L'échange de signaux et de mots superflus est interdit aux stations visées à l'article 1er de la Convention. Des essais et des exercices ne sont tolérés dans ces stations qu'autant qu'ils ne troublent point le service d'autres stations.

VI.

1. Aucune station de bord ne peut être établie ou exploitée par une entreprise privée sans autorisation du Gouvernement dont dépend le navire. Cette autorisation fait l'objet d'une licence délivrée par ce Gouvernement.

2. Toute station de bord autorisée doit satisfaire aux conditions suivantes:

a) le système employé doit être un système syntonisé;

b) la vitesse de transmission et de réception, dans les circonstances normales, ne doit pas être inférieure à 12 mots par minute, le mot étant compté à raison de 5 lettres;

c) la puissance transmise à l'appareil radiotélégraphique ne doit pas, dans les circonstances normales, dépasser un kilowatt. Une puissance supérieure à un kilowatt peut être employée si le navire se trouve dans la nécessité de correspondre à une distance de plus de 300 kilomètres de la station côtière la plus rapprochée, ou si, par suite d'obstacles, la communication ne peut être réalisée qu'au moyen d'une augmentation de puissance.

3. Le service de la station de bord doit être assuré par un télégraphiste possesseur d'un certificat délivré par le Gouvernement dont dépend le navire. Ce certificat constate la valeur professionnelle du télégraphiste en ce qui concerne:

a) le réglage des appareils,

b) la transmission et la réception auditive à une vitesse qui ne doit pas être inférieure à 20 mots par minute,

c) la connaissance des réglements applicables à l'échange des communications radiotélégraphiques.

4. En outre, le certificat constate que le Gouvernement a soumis le télégraphiste à l'obligation du secret des correspondances.

VII.

1. Si une Administration a connaissance d'une infraction à la Convention ou au Réglement commise dans une des stations qu'elle a autorisées, elle constate les faits et fixe les responsabilités.

En ce qui concerne les stations de bord, si la responsabilité incombe au télégraphiste, l'Administration prend les mesures nécessaires, et, le cas échéant, retire le certificat. S'il est constaté que l'infraction résulte de l'état des appareils ou d'instructions données au télégraphiste, il est procédé de même à l'égard de la licence accordée au navire.

2. Dans le cas d'infractions réitérées à la charge du même navire, si les représentations faites à l'Administration dont dépend le navire par une autre Administration restent sans effet, celle-ci a la faculté, après en avoir donné avis, d'autoriser ses stations côtières à ne pas accepter les communications provenant du navire en cause. En cas de différend entre les deux Administrations, la question est soumise à un jugement arbitral à la demande de l'un des Gouvernements en cause. La procédure est celle indiquée à l'article 18 de la Convention.

2. Durée du service des stations côtières.

VIII.

1. Le service des stations côtières est, autant que possible, permanent le jour et la nuit, sans interruption.

Toutefois certaines stations côtières peuvent avoir un service de durée limitée. Chaque Administration fixe les heures de service.

2. Les stations côtières dont le service n'est point permanent ne peuvent prendre clôture avant d'avoir transmis tous leurs radiotélégrammes aux navires qui se trouvent dans leur rayon d'action et avant d'avoir reçu de ces navires tous les radiotélégrammes annoncés. Cette disposition est également applicable lorsque des navires signalent leur présence avant la cessation effective du travail.

3. Rédaction et dépôt des radiotélégrammes.

IX.

Si le parcours d'un radiotélégramme s'effectue en partie sur des lignes télégraphiques ou par des stations radiotélégraphiques relevant d'un Gouvernement non contractant, il peut être donné cours à ce radiotélégramme, sous la réserve, tout au moins, que les Administrations dont dépendent ces lignes ou ces stations aient déclaré vouloir appliquer, le cas échéant, les dispositions de la Convention et du Réglement qui sont indispensables pour l'acheminement régulier des radiotélégrammes et que la comptabilité soit assurée.

X.

1. Les radiotélégrammes portent en préambule la mention de service „Radio“.

2. Dans la transmission des radiotélégrammes des stations de bord aux stations côtières, il est fait abstraction, dans le préambule, de la date et de l'heure de dépôt.

A la réexpédition sur le réseau télégraphique, la station côtière inscrit, comme indication du bureau d'origine, son nom suivi de celui du navire et elle donne, comme heure de dépôt, l'heure de réception.

XI.

L'adresse des radiotélégrammes destinés aux navires en mer doit être aussi complète que possible. Elle est obligatoirement libellée comme suit:

a) nom du destinataire avec indication complémentaire, s'il y a lieu;
b) nom du navire, tel qu'il figure à la nomenclature, complété par la nationalité et, au besoin, par le signal distinctif du Code international, en cas d'homonymie;
c) nom de la station côtière, tel qu'il figure à la nomenclature.

4. Taxation.

XII.

La taxe côtière ne peut dépasser 60 centimes par mot, celle de bord 40 centimes par mot.

Un minimum de taxe, qui ne peut dépasser la taxe côtière ou de bord d'un radiotélégramme de 10 mots, peut être imposé en ce qui concerne les taxes côtière ou de bord.

XIII.

Le pays sur le territoire duquel est établie une station côtière servant d'intermédiaire pour l'échange de radiotélégrammes entre une station de bord et un autre pays est considéré, en ce qui concerne l'application des taxes télégraphiques, comme pays de provenance ou de destination de ces radiotélégrammes et non comme pays de transit.

5. Perception des taxes.

XIV.

La taxe totale des radiotélégrammes est perçue sur l'expéditeur.

Les stations de bord doivent posséder à cet effet les tarifs utiles. Elles ont toutefois la faculté de se renseigner auprès des stations côtières au sujet de la taxation de radiotélégrammes pour lequels elles ne possèdent pas toutes les données nécessaires.

6. Transmission des radiotélégrammes.

a. Signaux de transmission.

XV.

Les signaux employés sont ceux du Code Morse international.

XVI.

Les navires en détresse font usage du signal suivant:

● ● ● ▬ ▬ ▬ ● ● ●

répété à de courts intervalles.

Dès qu'une station perçoit le signal de détresse, elle doit suspendre toute correspondance et ne la reprendre qu'après avoir acquis la certitude que la communication, motivée par l'appel de secours, est terminée.

Dans le cas où le navire en détresse ajoute à la fin de la série de ses appels de secours l'indicatif d'appel d'une station déterminée, la réponse à l'appel n'appartient qu'à cette dernière station. A défaut de l'indication d'une station déterminée dans l'appel de secours, chaque station qui perçoit cet appel est tenue d'y répondre.

XVII.

1. L'indicatif d'appel, suivi des lettres ● ▬ ▬ ● ● ▬ ● ▬ ● ● ● « P R B », signifie que le navire ou la station faisant l'appel désire communiquer avec la station appelée à l'aide du Code international de signaux.

La combinaison des lettres P R B est interdite, comme indication de service, pour tout autre objet que celui indiqué ci-dessus.

2. Les radiotélégrammes peuvent être rédigés à l'aide du Code international de signaux.

Ceux qui sont adressés à une station radiotélégraphique en vue d'une transmission ultérieure ne sont pas traduits par cette station.

b. Ordre de transmission.

XVIII.

Entre deux stations, les radiotélégrammes de même rang sont transmis isolément dans l'ordre alternatif ou par séries de plusieurs radiotélégrammes suivant l'indication de la station côtière, à la condition que la durée de la transmission de chaque série ne dépasse pas 20 minutes.

c. Appel des stations radiotélégraphiques et transmission des radiotélégrammes.

XIX.

1. En règle générale, c'est la station de bord qui appelle la station côtière.

2. L'appel ne peut être fait, en règle générale, que lorsque le navire se trouve à une distance de la station côtière inférieure à 75 pour cent de la portée normale de cette dernière.

3. Avant de procéder à un appel, la station de bord doit régler le plus sensiblement possible son système récepteur et s'assurer que la station côtière qu'elle veut appeler n'est pas en communication. Si elle constate qu'une transmission est en cours, elle attend la première suspension.

4. La station de bord fait emploi, pour l'appel, de l'onde normale de la station côtière.

5. Si, malgré ces précautions, un échange radiotélégraphique public est entravé, l'appel doit cesser à la première demande d'une station côtière ouverte à la correspondance publique. Cette station doit alors indiquer la durée approximative de l'attente.

XX.

1. L'appel comporte le signal ▬ ● ▬ ● ▬, l'indicatif répété trois fois de la station appelée, le mot « de » suivi de l'indicatif de la station expéditrice répété trois fois.

2. La station appelée répond en donnant le signal — · — · —, suivi de l'indicatif répété trois fois de la station correspondante, du mot « de », de son indicatif et du signal — · —.

XXI.

Si une station appelée ne répond pas à la suite de l'appel (article XX) répété 3 fois à des intervalles de 2 minutes, l'appel ne peut être repris qu'après un intervalle d'une demi-heure, la station faisant l'appel s'étant d'abord assurée qu'aucune communication radiotélégraphique n'est en cours.

XXII.

1. Aussitôt que la station côtière a répondu, la station de bord fait connaître:

a) la distance du navire à la station côtière en milles nautiques,

b) le relèvement vrai en degrés comptés de 0 à 360,

c) la route vraie en degrés comptés de 0 à 360,

d) la vitesse en milles nautiques.

e) le nombre de mots qu'elle a à transmettre.

2. La station côtière répond en indiquant le nombre de mots à transmettre au navire.

3. Si la transmission ne peut avoir lieu immédiatement, la station côtière fait connaître à la station de bord la durée approximative de l'attente.

XXIII.

Lorsqu'une station côtière est saisie d'appels provenant de plusieurs stations de bord, la station côtière décide de l'ordre dans lequel les stations de bord seront admises à échanger leurs correspondances.

Pour régler cet ordre, la station côtière s'inspire uniquement de la nécessité de permettre à toute station intéressée d'échanger le plus grand nombre possible de radiotélégrammes.

XXIV.

Avant de commencer l'échange de la correspondance, la station côtière fait connaître à la station de bord si la transmission doit s'éffectuer dans l'ordre alternatif ou par séries (article XVIII); elle commence ensuite la transmission ou fait suivre ces indications du signal — · — (invitation à transmettre).

XXV.

La transmission du radiotélégramme est précédée du signal — · — · — et terminée par le signal · — · — · suivi de l'indicatif de la station expéditrice.

XXVI.

Lorsque le radiotélégramme à transmettre contient plus de 40 mots, la station expéditrice interrompt la transmission après chaque série de 20 mots environ par un point d'interrogation · · — — · · et elle ne reprend la transmission qu'après avoir obtenu de la station correspondante la répétition du dernier mot bien reçu suivi d'un point d'interrogation.

Dans le cas de transmission par séries, l'accusé de réception est donné après chaque radiotélégramme.

XXVII.

1. Lorsque les signaux deviennent douteux, il importe d'avoir recours à toutes les ressources possibles pour l'achèvement de la transmission. A cet effet, le radiotélégramme est répété, à la demande de la station réceptrice, sans toutefois dépasser trois répétitions. Si, malgré cette triple transmission, les signaux sont toujours illisibles, le radiotélégramme est annulé. Si l'accusé de réception n'est pas reçu, la station transmettrice appelle de nouveau la station correspondante. Si aucune réponse n'est faite après trois appels, la transmission n'est pas poursuivie.

2. Si la station réceptrice juge que, malgré une réception défectueuse, le radiotélégramme peut être remis, elle inscrit la mention de service: « Réception douteuse » à la fin du préambule et donne cours au radiotélégramme.

XXVIII.

Toutes les stations sont tenues d'échanger le trafic avec le minimum de dépense d'énergie nécessaire pour assurer une bonne communication.

d. Accusé de réception et fin du travail.

XXIX.

1. L'accusé de réception se donne dans la forme prescrite par le Règlement télégraphique international précédé de l'indicatif de la station transmettrice et suivi de l'indicatif de la station réceptrice.

2. La fin du travail entre deux stations est indiquée par chaque station au moyen du signal ● ● ● ▬ ● ▬ suivi de son indicatif.

e. Direction à donner aux radiotélégrammes.

XXX.

1. En principe, la station de bord transmet ses radiotélégrammes à la station côtière la plus rapprochée.

2. Toutefois un expéditeur à bord d'un navire a le droit d'indiquer la station côtière par laquelle il désire que son radiotélégramme soit expédié.

La station de bord attend alors jusqu'à ce que cette station côtière soit la plus rapprochée. Si cette condition n'est pas réalisable, il n'est donné satisfaction à l'expéditeur que si la transmission peut s'effectuer sans troubler le service d'autres stations.

7. Remise des radiotélégrammes à destination.

XXXI.

Lorsque pour une cause quelconque un radiotélégramme provenant d'un navire en mer ne peut être remis au destinataire, il est émis un avis de non-remise. Cet avis est transmis au navire s'il est possible. Lorsqu'un radiotélégramme parvenu à une station de bord ne peut être remis, cette station en fait part au bureau d'origine par avis de service. Cet avis est transmis, autant que possible, à la station côtière par laquelle a transité le radiotélégramme, ou, le cas échéant, à la station côtière la plus rapprochée.

XXXII.

Si le navire auquel est destiné un radiotélégramme n'a pas signalé sa présence à la station côtière dans le délai indiqué par l'expéditeur ou, à défaut d'une telle indication, jusqu'au matin du 29e jour suivant, cette station côtière en donne avis à l'expéditeur.

Celui-ci a la faculté de demander par avis de service taxé, télégraphique ou postal, adressé à la station côtière, que son radiotélégramme soit retenu pendant une nouvelle période de 30 jours pour être transmis au navire et ainsi de suite. A défaut d'une telle demande, le radiotélégramme est mis au rebut à la fin du 30e jour (jour de dépôt non compris).

Toutefois, si la station côtière a l'assurance que le navire est sorti de son rayon d'action avant qu'elle ait pu lui transmettre le radiotélégramme, cette station en avise l'expéditeur.

8. Télégrammes spéciaux.

XXXIII.

Ne sont pas admis:

a) les télégrammes avec réponse payée,
b) les télégrammes-mandats,
c) les télégrammes avec collationnement,
d) les télégrammes avec accusé de réception,
e) les télégrammes à faire suivre,
f) les télégrammes de service taxés, sauf en ce qui concerne le parcours sur les lignes du réseau télégraphique,
g) les télégrammes urgents, sauf en ce qui concerne le parcours sur les lignes du réseau télégraphique sous réserve de l'application des prescriptions du Réglement télégraphique international,
h) les télégrammes à remettre par exprès ou par poste.

9. Archives.

XXXIV.

Les originaux des radiotélégrammes et les documents y relatifs retenus par les Administrations ou les exploitations privées sont conservés au moins pendant 12 mois à compter du mois qui suit le mois du dépôt du radiotélégramme avec toutes les précautions nécessaires au point de vue du secret.

Ces originaux et documents sont, autant que possible, envoyés au moins une fois par mois, par les stations de bord, aux Administrations dont elles relèvent.

10. Détaxes et remboursements.

XXXV.

1. En ce qui concerne les détaxes et remboursements il est fait application des dispositions du Réglement télégraphique international en tenant compte des restrictions indiquées à l'article XXXIII du présent Réglement et sous les réserves suivantes:

Le temps employé pour la transmission radiotélégraphique, ainsi que la durée du séjour du radiotélégramme dans la station côtière ou dans la station

de bord, ne comptent pas dans les délais concernant les détaxes et rembourse ments.

Le remboursement est supporté par les différentes Administrations ou exploitations privées qui ont participé à l'acheminement du radiotélégramme, chaque Administration abandonnant sa part de taxe. Toutefois, les radiotélégrammes auxquels sont applicables les articles 7 et 8 de la Convention de St-Pétersbourg restent soumis aux dispositions du Réglement télégraphique international, sauf lorsque l'acceptation de ces radiotélégrammes est le résultat d'une erreur de service.

2. Lorsque l'accusé de réception d'un radiotélégramme n'est pas parvenu à la station qui l'a transmis, la taxe n'est remboursée que lorsqu'il a été établi que le radiotélégramme donne lieu à remboursement.

II. Comptabilité.

XXXVI.

1. Les taxes côtières et de bord n'entrent pas dans les comptes prévus par le Réglement télégraphique international.

Les comptes concernant ces taxes sont liquidés par les Administrations des Gouvernements intéressés. Ils sont établis par les Administrations dont relèvent les stations côtières et communiqués par elles aux Administrations intéressées.

2. Pour la transmission sur les lignes du réseau télégraphique, le radiotélégramme est traité, au point de vue des comptes, conformément au Réglement télégraphique international.

3. Pour les radiotélégrammes originaires des navires, l'Administration dont relève la station de bord est débitée par celle dont relève la station côtière des taxes côtières et télégraphiques ordinaires perçues à bord des navires.

Pour les radiotélégrammes à destination des navires, l'Administration qui a perçu les taxes est débitée directement par l'Administration dont relève la station côtière des taxes côtières et de bord. Cette dernière crédite l'Administration dont relève le navire de la taxe de bord.

Toutefois, dans le cas où l'Administration qui a perçu les taxes est la même que celle dont relève la station de bord, la taxe de bord n'est pas débitée par l'Administration dont dépend la station côtière.

4. Les comptes mensuels servant de base à la comptabilité spéciale des radiotélégrammes sont établis radiotélégramme par radiotélégramme avec toutes les indications utiles et dans un délai de 6 mois à partir du mois auquel ils se rapportent.

5. Les Gouvernements se réservent la faculté de prendre entre eux et avec les exploitations privées (entrepreneurs exploitant des stations radiotélégraphiques, compagnies de navigation etc.) des arrangements spéciaux en vue de l'adoption d'autres dispositions concernant la comptabilité.

12. Bureau international.

XXXVII.

Le Bureau international des Administrations télégraphiques sera chargé sous réserve du consentement du Gouvernement de la Confédération suisse et de l'approbation de l'Union télégraphique, des attributions déterminées à l'article 13 de la Convention.

Les dépenses supplémentaires résultant du fonctionnement du Bureau international, en ce qui concerne la radiotélégraphie, ne doivent pas dépasser 40000 francs par an, non compris les frais spéciaux auxquels donne lieu la réunion d'une Conférence internationale.

Ces dépenses font l'objet d'un décompte spécial et il est fait application à leur sujet des dispositions du Réglement télégraphique international. Toutefois, en attendant la réunion de la prochaine Conférence, chaque Gouvernement contractant fait connaître au Bureau international la classe dans laquelle il désire être inscrit.

XXXVIII.

Les différentes Administrations font parvenir au Bureau international un tableau conforme au modèle ci-joint et contenant les indications énumérées dans le dit tableau pour les stations visées à l'article IV du Réglement. Les modifications survenues et les suppléments sont communiqués par les Administrations au Bureau international du 1er au 10 de chaque mois. A l'aide de ces communications, le Bureau international dresse une nomenclature qu'il tient au courant. La nomenclature et ses suppléments sont imprimés et distribués aux Administrations intéressées; ils peuvent également être vendus au public au prix de revient.

Le Bureau international veille à ce que l'adoption d'indicatifs identiques pour les stations radiotélégraphiques soit évitée.

13. Dispositions diverses.

XXXIX.

Les Administrations facilitent la communication aux agences d'informations maritimes qu'elles agréent des renseignements concernant les avaries et sinistres maritimes ou présentant un intérêt général pour la navigation dont les stations côtières peuvent régulièrement donner communication.

XL.

Les transmissions échangées entre les stations de bord visées à l'article 1er de la Convention doivent s'effectuer de manière à ne pas troubler le service des stations côtières, celles-ci devant avoir, en règle générale, le droit de priorité pour la correspondance publique.

XLI.

1. A moins d'arrangements spéciaux entre les intéressés, les dispositions du présent Réglement sont applicables, par analogie, à l'échange radiotélégraphique entre deux navires en mer, sauf les exceptions suivantes:

a) Article XIV. La taxe de bord revenant au navire transmetteur est perçue sur l'expéditeur et celle revenant au navire récepteur est perçue sur le destinataire.

b) Article XVIII. L'ordre de transmission est réglé chaque fois de commun accord entre les stations correspondantes.

c) Article XXXVI. Les taxes des radiotélégrammes en question n'entrent pas dans les comptes prévus à cet article, ces taxes étant acquises aux Administrations qui les ont encaissées.

2. La retransmission des radiotélégrammes échangés entre les navires en mer est subordonnée à des arrangements spéciaux entre les intéressés.

XLII.

Les dispositions du Réglement télégraphique international sont applicables, par analogie, à la correspondance radiotélégraphique en tant qu'elles ne sont pas contraires aux dispositions du présent Réglement.

Conformément à l'article 11 de la Convention de Berlin, ce Réglement entrera en vigueur le 1er juillet 1908.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le Réglement en un exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement Impérial d'Allemagne et dont une copie sera remise à chaque Partie.

Fait à Berlin, le 3 novembre 1906.

E.

(Annexe à l'article XXXVIII du Réglement.)

Administration de . . . .

État Signalétique

des stations radiotélégraphiques.

a) Stations côtières.

Nom	Nationalité	Position géographique	Indicatif d'appel	Portée normale	Système radiotélégraphique	Catégorie des appareils récepteurs (appareils écrivants, appareils à réception auditive ou autres)	Longueurs d'onde (la longueur d'onde normale est soulignée)	Nature du service effectué par la station	Heures d'ouverture (avec l'indication du méridien, auquel elles se rapportent)	Taxe côtière avec indication du minimum de taxe	Observations

b) Stations de bord.

Nom	Nationalité	Signal distinctif du Code international de signaux	Indication du port d'attache	Indicatif d'appel	Portée normale	Système radiotélégraphique	Catégorie des appareils récepteurs (appareils écrivants, appareils à réception auditive ou autres)	Longueurs d'onde (la longueur d'onde normale est soulignée)	Nature du service effectué par la station	Heures d'ouverture	Taxe de bord avec indication du minimum de taxe	Observations
						1° Navires de guerre						
						2° Navires de commerce.						

Rechts- und staatswissenschaftliche Literatur

aus dem Verlage

Art. Institut Orell Füssli in Zürich.

Affolter, Bundesrichter, **Dr. A.**, ***Grundzüge des schweizer. Staatsrechts.*** (VIII, 239 S.) 8°. 1901. Fr. 3.—, geb. in Ganzlwd. Fr. 4.—.

Aktenmaterial betreffend die ***Bauverpflichtungen der Nordostbahn.*** (44 S.) 8°. 1887. Fr. 1.—.

Armenpfleger, Der, Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge. (Redaktion Pfarrer A. Wild, Mönchaltorf.) Seit Oktober 1903. Jährlich 12 Nrn. (Einzelne Nrn. à 30 Cts.) Fr. 3. —.

Bader, Rechtsanwalt, **Dr. R.**, ***Der Klerus und sein Recht,*** nach dem Zürcher Richtebrief. (97 S.) 8°. 1901. Fr. 2. 50.

Bader, Rechtsanwalt, **Dr. R.**, ***Schweizerische Rechtsgeschichte und Kodifikation.*** Akademische Antrittsrede vom 19. Oktober 1901. (27 S.) 8°. 1901. Fr. 1. 20.

Baerlocher, V., ***Handbuch der Zinseszins-, Renten-, Anleihen- und Obligationenrechnung.*** (XXXI, 249 S.) Mit 5 Tafeln von Féd. Thoman. gr. 8°. 1886. Fr. 15.—.

Beiträge zur Kunde und Fortbildung der ***zürcherischen Rechtspflege.*** Herausgegeben unter Mitwirkung eines Vereins praktischer Rechtsgelehrter von Dr. Joseph Schauberg 3 Bde. à 3 Hefte. (496, 472, 458 S.) gr. 8°. 1841–1843. à Band Fr. 6. .

Beleuchtung des im Auftrage der Regierungen der Kantone Zürich, Schaffhausen, Aargau und Thurgau von den Herren Ständerat Zschokke, Nat.-Rat Dr. Kaiser und Steinmann-Bucher abgegebenen ***Gutachtens über die Situation der Nordostbahn*** und die Auszahlung von Dividenden. (54 S.) 8°. 1882. Fr. 1. —.

Bildung, Die, obligatorischer Berufs-Syndikate. Ein Wurf zur Rettung von Handwerk und Kleingewerbe. (31 S.) gr. 8°. 1893. Fr. 1.—.

Blätter, Schweizer, für handelsrechtliche Entscheidungen, Band I—XX, 1882—1901 à 24 Nrn. Pro Jahrgang (soweit noch vorhanden) Fr. 8.—.

— — ***Register*** zu Bd. I—X, 1882—1891, von Dr. Th. Weiss in Lausanne (55 S.) 8°. 1898. Fr. 3. 50.

— — ***Register*** zu Bd. XI—XX, 1892–1901 ist in Vorbereitung.

Blätter für Zürcherische Rechtsprechung. Neue Folge der Schweizer Blätter für handelsrechtliche Entscheidungen. Seit Januar 1902 (Einzelne Nrn. à 1 Fr.) Jährlich 24 Nrn. Fr. 8.—.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Hafner, Bundesrichter, **Dr. H.**, Ueber den ***Begriff der höhern Gewalt im deutschen Transportrecht.*** (71 S.) gr. 8⁰. 1886. Fr. 3.—.

Hafner, Rechtsanwalt, **Dr. Karl**, ***„Meisterrecht und Arbeiterrecht".*** Wegleitende Entscheide des gewerblichen Schiedsgerichts Zürich aus dem Zeitraum 1899 bis Mitte 1903. Im Auftrage des Gewerbeverbandes Zürich zusammengestellt und bearbeitet. (180 S.) 8⁰. 1904. Fr. 3. 50, geb. in Lwd. Fr. 4. 50.

Hafner, Rechtsanwalt, **Dr. Karl**, ***Schule und Kirche in den Strafanstalten*** der Schweiz. (86 S. mit 2 Tab.) 8⁰. 1906. Fr. 1. 80.

Handbuch der Aktiengesellschaften und Geldinstitute der Schweiz. — Manuel des sociétés anonymes et des Banques en Suisse. VI. Jahrg. 1896. (VI, 582 S.) gr. 8⁰. Fr. 15. —, geb. Fr. 16. —.

Heuberger, J., ***Die Sachmiete*** nach dem schweizerischen Obligationenrechte, mit Berücksichtigung des gemeinen Rechts und des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich. (XV u. 240 S.) gr. 8⁰. 1889. Fr. 6. —.

Hiestand, Dr. jur., Paul, ***Unterleibsbruch und Unfallsbegriff.*** (Veränderter Separatabdruck aus der Zeitschrift für Versicherungsrecht und -Wissenschaft, herausgegeben von E. Baumgartner in Strassburg i. E.) (31 S.) 8⁰. 1897. Fr. 1. —.

Hitzig, Prof. **Dr. H. F.**, ***Altgriechische Staatsverträge über Rechtshülfe.*** (Separatabzug aus der Festschrift zu Ehren von Ferdinand Regelsberger. (70 S.) gr. 8⁰. 1907. Fr. 3. —.

Hodler, Polizei-Bureauchef, **Fritz**, ***Das schweizerische Zentralpolizeibureau.*** Mit Benützung der amtlichen Berichte, Kreisschreiben und Korrespondenzen. (29 S.) 8⁰. 1905. Fr. —. 50.

Hoffmann-Merian und **Steimann-Bucher.** ***Zur Zollfrage.*** 2 Referate im Auftrage des Vorstandes des Schweizer. Gewerbevereins für dessen Sektionen bearbeitet. (76 S.) 8⁰. 1881. Fr 1. 60.

Hölder, Dr. Ed., ***Die römische Ehe.*** Ein akademischer Vortrag. (46 S.) gr. 8⁰. 1874. Fr. 1. 50.

Hotz, J. H., ***Leitfaden für Geschworene,*** enthaltend eine populäre und durch praktische Beispiele erläuterte Anleitung, die Pflichten eines Geschworenen gehörig zu erfüllen. Mit Erklärung der notwendigsten Rechtsbegriffe und Kunstausdrücke und allgemeine Regeln über den Beweis. (XI, 272 S.) 8⁰. 1853. Fr. 2. —.

Hotz, Advokat, **Otto**, ***Der Nachlassvertrag*** im Bundesgesetze vom 10. April 1889, kommentiert und mit alphabetischem Sachregister. (95 S.) 12⁰. 1893. Fr. 1. 20.

Jäger, Bundesrichter, **Dr. C.**, Das Bundesgesetz betreffend ***Schuldbetreibung und Konkurs.*** Unter Berücksichtigung der Praxis der Bundesbehörden und der Entscheidungen kantonaler Gerichte und Aufsichtsbehörden für den praktischen Gebrauch erläutert. 2. unveränd. Aufl. (VII, 584 u. 56 S.) 8⁰. 1905. Geb. in Lwd. Fr. 10. —.

Kaiser, Dr. Simon, ***Dichtung und Wahrheit*** oder der Banknoten-Spektakel in der Schweiz im Herbste 1879. (84 S.) 8⁰. 1879. Fr. 1. 50.

Meisterhans, Dr. K., ***Die Schweiz und die öffentlichen Schiedsgerichte.*** Eine historische Studie. (40 S.) gr. 8⁰. 1892. Fr 1. —.

Monatschronik der Zürcherischen Rechtspflege, oder Mitteilung der wichtigeren Urteile und Beschlüsse des Obergerichtes und anderer Gerichte des Kantons Zürich und der von denselben angewandten Grundsätze samt einer Uebersicht ihrer sämtlichen behandelten Geschäfte. 6 Jahrgänge in 12 Bdn. von je 6 Heften. gr. 8⁰. 1833—1838. (Nur die Jahrgänge 1834, 1836, 1837 u. 1838 sind noch vorhanden.) Pro Jahrgang Fr. 15. —.

Monatschronik der zürcherischen Rechtspflege. Sach- und Materienregister über alle 6 Jahrgänge 1833—1838. (82 S.) gr. 8⁰. 1838. Fr. 6. —.

Müller, Dr. jur. Hans, ***Die Expropriations-Entschädigung.*** Vortrag gehalten vor dem Zürcher Juristen-Verein. (32 S.) 8⁰. 1900. Fr. —.50.

Niesper-Meyer, A., ***Der Schutz des industriellen Eigentums*** in der ***Schweiz*** und im Deutschen Reich. Systematisch geordnete Sammlung der bezüglichen neuern und neuesten Gesetze, Verordnungen, Bestimmungen und Bekanntmachungen. Ein Leitfaden für Erfinder, Patentinhaber, Industrielle und Kaufleute, Gewerbetreibende, Handwerker etc. Mit Anmerkungen. (VI, 186 S.) 8⁰. 1892. Fr. 4. -.

Orelli, Dr. Aloys von, ***Die Jury in Frankreich und England.*** Ein Beitrag zur Reform der zürcherischen Strafrechtspflege. (VI, 108 S.) 8⁰. 1852. Fr. 1. 20.

Orelli, Dr. Aloys von, ***Studien über den gerichtlichen Eid.*** (73 S.) 8⁰. 1858. Fr. 1. 50.

Pressel, Wilh. von, ***Les chemins de fer en Turquie d'Asie.*** Projet d'un réseau complet. (96 p.) in 8⁰. Avec une carte colorée. 1902. Fr. 2. 50.

Ragionenbuch, Schweizerisches, ***Verzeichnis der*** im schweizerischen Handelsregister ***eingetragenen Firmen*** (Annuaire suisse du Registre du Commerce). Von den Handelsregisterführern auf Grund der Originalregister nach dem Stande vom 31. Dezember alljährlich revidiert. Jährlich 1 Band. (seit 1894). geb. Fr. 10. —.

Reininghaus, Fritz, ***Gerechtigkeit und wirksamen Rechtsschutz*** schaffe das schweizerische Zivilgesetz für die aussereheliche Mutter und ihr Kind. Unzulänglichkeit des 8. Titels der bundesrätlichen Gesetzesvorlage und Gesichtspunkte für einen neuen Entwurf. (IV, 75 S.) gr. 8⁰. 1905. Fr. 1. 50.

Reininghaus, Fritz, ***Le Indagini sulla paternita.*** (20 p.) 8⁰. 1905. Fr. —. 50.

Reininghaus, Fritz, ***L'Obligation de Recherche en Paternité.*** (19 p.) in 8⁰. 1905. Fr. —. 50.

Reininghaus, Fritz, ***Verpflichtung des Staates die aussereheliche Vaterschaft festzustellen.*** (20 S) 8⁰. 1905. Fr. —. 50.

Rüttimann, Prof. **Dr. J. J.,** ***Das nordamerikanische Bundesstaatsrecht,*** verglichen mit den politischen Einrichtungen der Schweiz. 2 Teile in 3 Bdn. gr. 8⁰. komplett Fr. 16. —.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Rüttimann, Prof. **Dr. J. J.**, ***Das nordamerikanische Bundesstaatsrecht,*** verglichen mit den politischen Einrichtungen der Schweiz. gr. 8⁰. (Einzeln:) I. Teil: Gesetzgebung, Regierung und Rechtspflege in der nordamerikanischen Union und in der schweizerischen Eidgenossenschaft. (XVI, 450 S.) gr. 8⁰. 1867. Fr. 8. —.

— — II. Teil, 1. Abtlg: Die Bundesstaatsgewalt in der nordamerikanischen Union und in der schweizerischen Eidgenossenschaft. (2 0 S.) gr. 8⁰. 1872. Fr. 5. —.

— — II. Teil, 2. Abtlg.: Die Bundesstaatsgewalt in der nordamerikanischen Union und in der schweizerischen Eidgenossenschaft. (406 S.) gr. 8. Fr. 8. —.

Rüttimann, Prof. **Dr. J. J**, ***Kleine vermischte Schriften*** juristischen und biographischen Inhalts. Nebst seiner Biographie und Portrait. (307 S.) 8⁰. 1876. Fr. 7. —.

Sachregister, alphabetisches, zu dem Gesetze betreffend ***die zürcherische Rechtspflege*** vom 2. Dezember 1874, und zu der hierauf bezüglichen obergerichtlichen Verordnung zu diesem Gesetze vom 19. Dezember 1874. (6 S.) 8⁰. 1875. Fr. 1. 50.

Schneider, Dr. A., Beiträge zur Kenntnis ***der römischen Personennamen.*** (VIII, 85 S.) gr. 8⁰. 1874. Fr. 3. —.

Schroeder, Ed. Aug., ***Das Recht im Irrenwesen,*** kritisch, systematisch und kodifiziert. Sozialwissenschaftliche Rechtsuntersuchungen, 2., unveränderte Aufl. (XVI, 152 S.) gr. 8⁰. 1904. Fr. 5. 35.

Schroeder, Ed. Aug., ***Zur Reform des Irrenrechtes.*** Sozialwissenschaftliche Rechtsuntersuchungen. (VIII u 72 S.) 1891. gr. 8⁰. Fr. 1. 80.

Sieber, Dr. J. ***Das Recht der Expropriation*** mit besonderer Berücksichtigung der schweiz. Rechte. (VIII u. 265 S.) 8⁰. 1889. Fr. 5. —.

Situation und Rekonstruktion der Nordostbahn. Bericht der von einer Aktionärversammlung gewählten Kommission. (44 S.) Mit 8 graph. Tabellen in Farbendruck. 8⁰. 1877. Fr. 2. —.

Soral, Henri, ***Le Nord-Est et les chemins de fer suisses.*** Union ou rachat. Lettre à Mr. G. Stoll, ancien directeur du Nord-Est-Suisse. (13 p.) 8⁰. 1888. Fr. 1. —.

Steiger, Dr. jur. J., ***Trusts und Kartelle*** im Auslande und in der Schweiz. (58 S.) gr. 8⁰. 1907. Fr. 1. —.

Stoll. G., ***Justification du système de construction*** et exploitation privées des chemins de fer suisses. (64 p.) 8⁰. 1888. Fr. 1. 50.

Stoll, G., ***Ueber die Finanzlage der schweizer. Nordostbahn-Gesellschaft.*** (44 S.) 1887. Fr. 1. —.

Stoll. G., ***Zur Ehrenrettung des Privatbahn-Systems*** der Schweiz. (69 S.) 8⁰. 1888. Fr. 1. —.

Streng, Herm., ***Altes und Neues aus der Eisenbahn-Statistik.*** (58 S.) gr. fol. 1884. Fr. 3. —.

Studie über Schweizerische Eisenbahnfragen. 1. Die 5 Normalbahnen im Lichte der Statistik. — 2. Unsere Alpenbahnen. — 3. Unsere Sekundärbahnen. — 4. Die Rückkaufsfrage. (90 S.) Mit 8 graph. Tafeln. 8⁰. 1895. Fr. 3. 50.

